

19. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2008

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Wie sicher ist unser Geld -
Zusammenbruch der Finanzmärkte?

Wer sind die Täter? - Die Rolle von
Rechtsordnung, Geldinstitutionen und Anlegern

Kann man Geld sichern?
Notwendige Veränderungen

Betrachtungen und Berichte,
Initiativen und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Wie sicher ist unser Geld? - Die Krise der Finanzmärkte - Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsrichtungen (Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Zs.fassung Christoph Strawe) _____ 5
Zusammenbruch der Finanzmärkte?
Zur aktuellen Situation _____ 5
Wer sind die Täter? _____ 14
Kann man Geld sichern? _____ 18

Berichte und Betrachtungen

UN-Naturschutzkonferenz (BUND) _____ 23
Kongress und Demo „Planet Diversity“ _____ 23
Lebensmittelpreiskrise (Attac) _____ 24
Revolutionäre Empfehlungen im Weltlandwirtschaftsbericht (Willi Vogt) _____ 25
Dokumentation: Die 22 Empfehlungen des Berichts _____ 26
Hunger bekämpfen (Germanwatch) _____ 29
Nyendo-Projekt _____ 29
Wasser-Allianz Augsburg _____ 29
Europa-Symposium Wien (Sabine Soucek) _____ 30
Lichtverschmutzung (Michael Rist, Jens Martignoni) _____ 31
Sind Schulen zum Geldverdienen da? (Wilhelm Neurohr) _____ 32
Gibt es ein menschengerechtes Bodenrecht? (Gabriele Wickenhäuser) _____ 34
Versuch über das „tetraedrische Bewusstsein“ (Alfred Groff) _____ 36

Termine und Initiativen

Tagung Berlin „Grundlos boden los“ (Johannes Mosmann) _____ 42
Führung in der Selbstverwaltung (Gerhard Herz) _____ 43
Freie Bildungstiftung (Thomas Brunner) _____ 43
Summer School Social Banking _____ 45
Veranstaltungen im forum 3 _____ 45
Engagement und Bewusstsein - mit Orland Bishop und Nicanor Perlas _____ 46
Hat die Selbstverwaltung eine Zukunft? _____ 47
Selbstverwaltung und Selbsterziehung _____ 47
Studiengang Sozialentwicklung _____ 48

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Die „Sozialimpulse“ beschäftigen sich diesmal schwerpunktmäßig mit der Krise der Finanzmärkte. Wir wollen dazu beitragen, Ursachen transparent zu machen und damit die Einschätzung der Entwicklung zu erleichtern. Vor allem aber wollen wir einen Beitrag leisten zur Auseinandersetzung um eine soziale Geldordnung im Kontext einer fairen Ökonomie. Dass der finanzmarktgetriebene Kapitalismus nicht zukunftsfähig ist, empfinden immer mehr Menschen. Um so wichtiger ist es zu erkennen, welche Richtung die Suche nach einer Alternative einschlagen muss, wenn sie nicht in Halbheiten stecken bleiben oder in überholte Vorstellungen zurückfallen will.

Das Heft war zum Zeitpunkt des irischen Referendums über den EU-Vertrag von Lissabon bis auf das Editorial fertig gestellt. So ergreife ich hier die Gelegenheit, ein paar Gedanken dazu zu äußern: Die Iren waren die einzigen, die überhaupt in der Lage waren, in einer Volksabstimmung über den Vertrag zu befinden. Das erschütternde Ergebnis von über 53 Prozent Nein-Stimmen bestätigt vieles, was in dieser Zeitschrift in den letzten Jahren zum Thema europäische Integration geschrieben wurde - nicht aus der Position eines Nein zu Europa, sondern aus dem Impuls heraus, Europas innere Gestaltung und seine Rolle in der Welt im Sinne der Ideale von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit sehen zu wollen. Das irische „Nein“ ist eine Ohrfeige für die europäischen Eliten, die aus der Ablehnung des EU-Vertrages bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden die falschen Schlüsse gezogen haben. Man ignorierte die Stimme der Zivilgesellschaft, die das Scheitern als Folge des Versuchs sah, Europa ohne die Bürgerinnen und Bürger von oben zu organisieren.

Die Zivilgesellschaft hat einen neuen, direkt demokratisch gewählten Konvent gefordert, der ergebnisoffen unter permanenter Bürgerbeteiligung Vorschläge für ein Dokument über eine demokratisch verfasste Zukunft Europas erarbeiten solle. In Referenden in allen EU-Staaten solle das Ergebnis zur Abstimmung gestellt werden, ein Bürgerinitiativverfahren solle nötigenfalls auch Alternativen unter fairen Bedingungen abstimmbar machen. Ein größerer Kontrast als der zwischen diesem Ansatz und dem Verhalten der Eurokraten ist kaum denkbar: Diese modelten die Inhalte des Verfassungsvertrages zum Lissabon-Vertrag um und versuchten sie unter Vermeidung unbequemer Diskussionen und Volksabstimmungen unter einem neuen Etikett durchzusetzen. Die Reaktion auf die neuerliche Blamage ist leider wieder keine Neubesinnung, sondern ein „Weiter so“: Man wolle den Ratifizierungsprozess fortsetzen, schließlich könne es eine neue Abstimmung in Irland mit diesmal „richtigen“ Ergebnis geben, - so war unter anderem zu hören. Kurz: man hat Absichten, die man stur verfolgt und für die man versucht, Legitimation zu organisieren: ein gelinde gesagt äußerst reduktionistisches Demokratieverständnis!

Wenn wir ein friedentiftendes, demokratisches, soziales, ökologisches und freiheitliches Europa wollen, müssen wir, die Bürgerinnen und Bürger, uns noch stärker für dieses Ziel engagieren. Dabei wollen die Sozialimpulse weiter mithelfen.

Ihr 

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

China geht weiter gewaltsam gegen die Demonstrationen in Tibet vor. Der Dalai Lama mahnt zur Gewaltlosigkeit und droht in diesem Zusammenhang mit seinem Rücktritt +++ Die US-Notenbank FED ermöglicht die Übernahme der Investmentbank Bear Stearns durch die J.P. Morgan Bank mit einer Garantie von 30 Milliarden Dollar. Kunden hatten zuvor in 2 Tagen 17 Milliarden Dollar von der Bear Sterns abgezogen +++ Die FED senkt erneut innerhalb kurzer Zeit den Leitzins, jetzt auf 2,25 % +++ Im Kosovo kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kfor-Soldaten und serbischen Demonstranten, die ein Gericht besetzt hatten +++ Auf einem Tonband droht El Kaida-Chef Bin Laden der Europäischen Union Vergeltung für Mohammed-Karikaturen in Zeitungen an. Die Authentizität des Bandes wird allerdings von einigen auch bezweifelt +++ Tausend Demonstranten nehmen an den diesjährigen Ostermärschen teil und protestieren gegen den Krieg in Afghanistan und im Irak. Die ersten Ostermärsche hatten 1958 stattgefunden +++ Ex-Bundesfinanzminister Eichel fordert stärkere Kontrollen der internationalen Finanzmärkte +++ Deutsche Bank-Chef Ackermann fordert das Eingreifen des Staates in der Finanzkrise; er glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes +++ Der Internationale Währungsfonds IWF schlägt angesichts der Finanzkrise Alarm +++ Deutschland und Israel verabreden eine verstärkte Zusammenarbeit +++ Die geplante Transrapidstrecke zum Münchner Flughafen wird wegen übermäßig gestiegener Kosten (3 Milliarden Euro) nicht gebaut +++ Offensive der irakischen Armee gegen radikal-schiitische Milizen in Basra +++ Sieben Branchen wollen in Deutschland einen Mindestlohn einführen. Das bleibt unter den Zielvorgaben der SPD +++ Die deutsche Regierung will die Renten um nominell 1,1 Prozent anheben, aus der Opposition wird dies als Gefährdung des Konsolidierungskurses kritisiert +++ Ein durch den holländischen Rechtspopulisten Geert Wilders ins Internet gestellter antiislamischer Film erregt Aufsehen und gibt zur Sorge vor Attentaten Anlass +++ Einigung zwischen der Gewerkschaft ver.di und den öffentlichen Arbeitgebern über einen neuen Tarifvertrag, der bis Ende 2009 läuft. Es ergeben sich effektive Lohnsteigerungen von etwa 8 Prozent für die knapp 2 Millionen Beschäftigten. Zunächst hatte ein Streik gedroht, nachdem ver.di den Schlichterspruch von Ex-Ministerpräsidenten Lothar Späth abgelehnt hatte +++ Beim NATO-Gipfel in Bukarest setzt sich US-Präsident Bush mit seinem Vorschlag, die Ukraine und Georgien als Beitrittskandidaten der NATO abzulehnen, nicht durch. Russlands noch amtierender Präsident Putin hatte erklärt, dies würde von Russland als Bedrohung seiner Sicherheit betrachtet werden. Zugleich rief er zu freundschaftlichen Beziehungen auf +++ In Simbabwe verliert der seit fast 30 Jahren amtierende Staatspräsident Robert Mugabe bei den Parlamentswahlen die Mehrheit. Die Opposition sieht ihn auch bei der Präsidentenwahl geschlagen, während Mugabe selbst auf eine Stichwahl setzt. Nach wie vor werden Manipulationen und Gewaltakte des für seine diktatorischen

Methoden berüchtigten ehemaligen Freiheitskämpfers Mugabe befürchtet. Es kommt schließlich zu einer Stichwahl +++ Frankreich wird bis Ende 2008 über die volle Reintegration in die NATO entscheiden. Damit erscheint eine Revision der von Charles de Gaulle begründeten militärischen Sonderrolle des Landes möglich +++ Die Öffnung des Grenzübergangs auf dem Ledra-Boulevard in Nikosia wird als erster Schritt auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung der in einen griechischen und türkischen Teil gespaltenen Insel gefeiert +++ Das Olympische Feuer wird nach China gebracht und unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen auf dem Platz des himmlischen Friedens übergeben. Beim weltweiten Fackellauf kommt es zu spektakulären Demonstrationen gegen die chinesischen Menschenrechts- und Tibetpolitik +++ Der chinesische Bürgerrechtler Hu Jia wird in Peking zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt +++ Das EU-Parlament appelliert an China, seine Zusagen zur Achtung der Menschenrechte einzuhalten. Die EU-Staaten sollten nicht an der Eröffnungsfeier der Spiele teilnehmen, falls sich Peking nicht zum Dialog mit dem Dalai Lama bereit finde +++ Die geplante Anhebung des Biosprit-Pflichtanteils beim Tanken in Deutschland auf 10 Prozent tritt nicht in Kraft, da nach neuen Informationen 3 Millionen Fahrzeuge den neuen Treibstoff nicht vertragen und auf teureres Superplus-Benzin umsteigen müssten. Die CO2-Grenzwerte müssten auf technischem Weg durch die Autoindustrie realisiert werden, hieß es +++ Die Verluste der Bayerischen Landesbank durch die globale Finanzkrise fallen mit über 4 Milliarden Euro noch höher als erwartet aus +++ Die Zahl der Arbeitslosen im März in Deutschland wird mit 3,5 Millionen angegeben +++ In Hessen bleibt der bisherige Ministerpräsident Koch mangels Gegenkandidatur bis auf Weiteres geschäftsführend im Amt +++ Die Klinikärzte in Deutschland erstreiten Gehaltserhöhungen +++ Der deutsche Bundestag lockert das Stammzellengesetz. Es dürfen nun mehr und neuere Stammzelllinien zur Forschung nach Deutschland importiert werden +++ Die Vorstandssprecherin der Kreditanstalt für Wiederaufbau Ingrid Matthäus-Meier tritt zurück. Sie wolle nicht für die von anderen verschuldeten Probleme der KfW den Kopf hinhalten. Die KfW - Träger staatlicher Fördermaßnahmen - hatte 1,8 Milliarden Euro auf Wertpapiere abschreiben müssen, die sie in einer Rettungsaktion von der IKB Deutsche Kreditbank AG übernommen hatte. Diese Lasten trägt letztlich der Steuerzahler. Die IKB ist tief in die amerikanische Hypothekenkrise verwickelt +++ Bundesfinanzminister Steinbrück kündigt Widerstand gegen die Ausgabenwünsche von 4 MinisterkollegInnen an +++ Weltweite Steigerung der Lebensmittelpreise. In einer Reihe armer Länder, so in Haiti,

Stand des Kostenausgleichs

Bis Anfang Juni waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) knapp 26.000 von geplanten 36.000 Euro eingegangen. Es müssen also noch gut 10.000 Euro finanziert werden! Wir sind für jede Mithilfe dankbar. Herzlichen Dank auch für alle bisherigen Beiträge!

* 16. März bis 7. Juni

kommt es zu Hungerrevolten +++ Der UN-Weltagrarrat fordert angesichts der Nahrungsmittelkrise eine radikale Reform der Landwirtschaft. Er kritisiert die exportorientierte industrielle Agrarproduktion und fordert den Einsatz von natürlichem Dünger und traditionellem Saatgut +++ Kritik an der Ausbildung libyscher Polizisten durch deutsche Polizeikräfte +++ Die Firma Microsoft droht Yahoo mit feindlicher Übernahme, nachdem Yahoo ein Übernahmeangebot in Höhe von 42 Milliarden Dollar zurückgewiesen hat +++ Silvio Berlusconi gewinnt mit seiner Bewegung „Volk der Freiheit“ die Parlamentswahlen in Italien +++ Besuch des Papstes in den USA. Benedikt fordert vor der UN verstärkte Anstrengungen der Völkergemeinschaft zur Wahrung der Menschenrechte. Auch trifft er sich mit Opfern sexueller Übergriffe von Priestern +++ In Hamburg gibt es die erste schwarzgrüne Landesregierung +++ In Kenia kommt eine Koalitionsregierung zu Stande. Beobachter zeigen sich skeptisch, ob sie mit ca. 100 Ministern arbeitsfähig sein wird +++ Wladimir Putin wird zum Führer der Regierungspartei gekürt +++ Tauziehen in der SPD um den Börsengang der Bahn. Es setzt sich ein Kompromissvorschlag von SPD-Chef Beck durch, wonach 24,9 % der Anteile in Privatbesitz übergehen, - das Streckennetz soll staatlich bleiben. SPD-Linke und die Bewegung gegen eine „Börsenbahn“ kritisieren den Kompromiss, die CDU geht darauf ein +++ Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten Milbrandt. Ihm wird Mitschuld an der Krise der Sachsen-LB zugeschrieben +++ Einigung in der Koalition auf den Entwurf eines Gesetzes über die Befugnisse des Bundeskriminalamts (BKA). Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass Wohnungen von Terrorverdächtigen oder sogar Wohnungen Dritter, die von Terrorverdächtigen betreten werden, durch Kameras überwacht werden dürfen, wogegen Bürgerrechtler scharf opponieren +++ Das deutsche Bundeskabinett beschließt ein Gesetz zur strengeren Regelung von Gentests +++ Die Inflationsrate in der Euro-Zone erreicht mit 3,6 Prozent den höchsten Wert seit Inkrafttreten der Währungsunion +++ Der deutsche Bundestag stimmt dem EU-Reformvertrag von Lissabon zu +++ Der Bundesnachrichtendienst hat einen afghanischen Minister bespitzelt und die E-Mails einer deutschen Reporterin an ihn mitgelesen +++ Nach dem Erfolg von Hillary Clinton in Pennsylvania geht das Duell mit Barack Obama weiter, Obama gewinnt mit großer Mehrheit in North Carolina, Clinton knapp in Indiana. Obamas Chancen steigen weiter, nachdem u.a. der gescheiterte Präsidentschaftsbewerber John Edwards sich auf seine Seite schlägt +++ China erklärt sich zu Gesprächen mit Vertretern des Dalai Lama bereit +++ In Paraguay wird der ehemalige Bischof Fernando Lugo zum Präsidenten gewählt. Die seit 1947 andauernde Alleinherrschaft der rechten Colorado-Partei wird damit beendet +++ 24 Jahre hat ein Mann in Österreich seine Tochter in einem Verlies festgehalten und mit ihr in dieser Zeit 7 Kinder gezeugt, von denen 3 ebenfalls dort gefangengehalten wurden +++ In der Türkei wird der Paragraph 301 des Strafgesetzbuches, mit dem Kritik am Staat unterbunden worden war, abgeändert +++ Die EU unterzeichnet ein Assoziierungsabkommen mit Serbien +++ Starke Gewinne der Konservativen bei den Kommunalwahlen in England und Wales +++ Ein Wirbelsturm zerstört große Teile Birmas und tötet weit über 100.000 Menschen. Die internationale Hilfe wird durch das birmesische Militärregime behindert, das sogar eine Lieferung der UNO

beschlagnahmen lässt. Das Regime will die von ihm inszenierte „Volksabstimmung“ über eine neue Verfassung wie geplant durchführen +++ Amtseinführung des neuen russischen Präsidenten Medwedjew, Ex-Präsident Putin wird zum Regierungschef gewählt +++ Israel feiert den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung. In einer Rede vor der Knesseth bezichtigt US-Präsident Bush Präsidentschaftsaspirant Obama einer Appeasement-Politik gegenüber terroristischen Kräften +++ Kontroverse über den Vorschlag der CDU/CSU, in Deutschland einen Nationalen Sicherheitsrat zu bilden +++ Bei den Wahlen in Serbien wird die Pro-EU-Allianz stärkste Kraft, verfehlt aber eine regierungsfähige Mehrheit +++ Bundespräsident Köhler bezeichnet in einem Interview die Finanzmärkte als „Monster“ +++ Verheerendes Erdbeben in China, es werden bis zu 50.000 Tote befürchtet, Millionen sind obdachlos, weil zu viele Gebäude dem Beben nicht standhielten. Auch werden Staudammbrüche befürchtet. In einer gewaltigen Hilfsaktion, die von Ministerpräsident Wen Jiabao persönlich vor Ort geleitet wird, wird auch die Armee eingesetzt +++ Der Besuch des Dalai Lama in Deutschland führt zu politischen Kontroversen +++ EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima, Thema ist unter anderem die Kooperation bei Klima und Energie. Im Vorfeld findet in Lima ein alternativer Gipfel der Zivilgesellschaft statt +++ Laut drittem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist jeder dritte Deutsche von Armut bedroht, d.h. er wird mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens auskommen müssen +++ Bundespräsident Horst Köhler wird zum zweiten Mal für das Amt kandidieren. Die SPD stellt - nach längerem Schwanken - Gesine Schwan als Gegenkandidatin auf +++ Die vorgesehene zweite Diätenerhöhung innerhalb kurzer Zeit für die Mitglieder des Deutschen Bundestages wird ausgesetzt. Sie sei nicht vermittelbar +++ Übergriffe auf Ausländer, vor allem aus Simbabwe, in den südafrikanischen Townships. Es kommt zu Massendemonstrationen und Militäreinsätzen gegen diese Gewalt +++ Die Deutsche Telekom wird beschuldigt, Gespräche von Journalisten und Aufsichtsräten abgehört und Bewegungsprofile aufgrund von Handydaten erstellt zu haben. Die Bonner Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf +++ Tausende Milchbauern beteiligen sich an einem Lieferstreik, mit dem sie faire Preise für ihre Milch durchsetzen wollen. Der Streik endet, nachdem die Discounter den Milchpreis um 10 Cent anheben. Das Kartellamt kündigt eine Prüfung des Vorgangs auf seine Wettbewerbskonformität hin an +++ Nepal schafft die Monarchie ab +++ In Dublin einigen sich 109 Staaten auf ein Verbot von Streubomben - die USA, Russland und Israel blieben dem Treffen fern. Deutschland kündigt an, seine vorhandene Streumunition unverzüglich zu vernichten +++ In Bonn geht die neunte Artenschutzkonferenz der Vereinten Nationen mit einer Vereinbarung für die Schaffung neuer Schutzgebiete zu Ende. Auch soll ein Abkommen gegen „Biopiraterie“ vorbereitet werden. Umweltorganisationen würdigen dies zwar, bezeichnen jedoch die Ergebnisse als insgesamt unzureichend +++ Ernährungsgipfel der UN in Rom +++ Störfall in slowenischen Atomkraftwerk Krsko, bei dem das europäische Frühwarnsystem für AKW-Stör- und Unfälle betätigt wird +++ Barrack Obama erreicht die für die Präsidentschaftskandidatur notwendige Zahl von Delegierten. Hillary Clinton fordert nun zur Unterstützung für Obama auf +++ Der russische Staatspräsident Medwedew ist zu Gast in Berlin +++

Wie sicher ist unser Geld?

teilweise in freier Zusammenfassung der Referate und Gespräche - die Ergebnisse der Tagung für die Leser der „Sozialimpulse“ aufzubereiten.

Zusammenbruch der Geld- und Finanzmärkte? Zur Analyse der aktuellen Situation*

„Hoffentlich wird es morgen nicht so schlimm, wie es heute schon ist.“ (Karl Valentin)

Die Krise der Finanzmärkte - Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsrichtungen

Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl
Zusammenfassung: Christoph Strawe

Die jüngste Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten hat die Menschen aufgeschreckt und eine Vielzahl von Ängsten ausgelöst: Droht ein Börsenkrach globalen Ausmaßes? Werden die Banken mit in die Krise hineingerissen? Wird das internationale Finanzsystem zusammenbrechen? Dabei gibt es auch ganz persönliche Fragen: Was wird aus meinen Ersparnissen, aus meinen Vermögensanlagen, vor allem aus meiner Alterssicherung? Bis vor kurzem glaubten sich viele in der Obhut hochdotierter Experten der Notenbank und der Geschäftsbanken. Nun wird von diesen eingestanden, man habe die Situation völlig falsch eingeschätzt. Sind die Notenbanken noch in der Lage, die Entwicklung in den Griff zu bekommen?

Am 12. April fand im Anthroposophischen Zentrum Kassel eine Tagung statt, bei der Udo Herrmannstorfer und Prof. Harald Spehl gemeinsam mit den TeilnehmerInnen versuchten, eine sachgerechte Beurteilung der Symptome und Ursachen zu erarbeiten und notwendige Veränderungen aufzuzeigen. Dabei erwies sich, dass es weder mit der Beseitigung der Symptome getan ist noch mit Durchhalteparolen: die Ursachen reichen von der Geldordnung über Wirtschaftsstrukturen bis zu jedem einzelnen. Nur wenn auf allen Ebenen Neuorientierungen beginnen, kann die Angst überwunden werden. Im Folgenden hat C. Strawe versucht - teilweise in Anlehnung an den Wortlaut,

Die aktuelle Situation wird durch einen Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 9. April beleuchtet. Dort findet sich eine Zahl, die kaum fassbar ist :auf 1 Billion Dollar (in Ziffern: 1.000.000.000.000) beläuft sich nach Aussagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) der Verlust, den die Finanzmärkte der Welt seit Beginn der Krise erlitten haben** - umgerechnet etwa 625 Milliarden Euro. Die Zahl ist nicht unstrittig, was auf die Schwierigkeiten hindeutet, den Schaden überhaupt angemessen einzuschätzen. Er ist auf jeden Fall hoch genug, um die Frage zu provozieren, ob es sich um den Beginn eines Dominoeffekts handeln könnte, der mit dem Zusammenbruch der Weltfinanzmärkte enden könnte. Was ist passiert, wohin führt es?

Handel mit Kreditderivaten expandiert

Wie aus dem Kasten unten ersichtlich ist, ist in den letzten Jahren ein Markt förmlich explodiert und zu einem herrschenden Finanzmarkt der Welt geworden, den es davor fast nicht gab und der Ende 2007, kurz vor dem Absturz, allein in USA einen Wert von 45,5 Billionen US-Dollar angenommen hatte: der sogenannten Credit Default Insurance Market, auf dem Papiere gehandelt werden, bei denen der Ausfall von Krediten versichert wird. Man spricht auch von Kreditderivaten und „Swaps“. (Swap = Tausch; Derivat = Papier, dessen Preis vom Preis anderer

* Zu diesem Thema referierte Harald Spehl. Udo Herrmannstorfer und Finanzpraktiker aus dem Teilnehmerkreis ergänzten.

** Für die Amerikaner ist der Begriff Billion identisch mit unserer Milliarde. Hier ist jeweils die europäische Billion (1.000 Milliarden) gemeint, die Amerikaner würden von einer Trillion sprechen.

Im Schatten eines unregulierten Marktes ...

Von Anfang 2001 bis Ende 2007 stieg der Wert

- des Markt für Kreditderivate von nahe Null auf 45,5 Billionen US-Dollar
- des US-Aktienmarktes von ca. 12 auf 21,9 Billionen US-Dollar
- des US Hypothekenkreditmarktes von ca. 3 auf 7,1 Billionen US-Dollar
- des Markts für staatliche Schatzbriefe der USA von ca. 2 auf 4,4 Billionen USD

Quelle: Thomson Proprietary Research, International Swaps and Derivatives Association. Nach: New York Times, 17. Februar 2008

Produkte oder Papiere abhängt oder davon abgeleitet wird). Die Statistik im Kasten auf der vorigen Seite unten stammt von der International Swaps and Derivatives Association, in der die Einrichtungen zusammengeschlossen sind, die solche Papiere emittieren: große Banken und andere Finanzinstitutionen.

Der Vergleich mit anderen Märkten lässt die Relationen erkennen. Man sieht, dass der Markt für Kreditderivate weit stärker gewachsen ist als der Aktienmarkt, zu Kurswerten gerechnet. Auch der Umfang der Hypotheken in den USA steigt kontinuierlich an, aber ebenfalls weit weniger stark als der „Swap-Markt“, dann kommen die amerikanischen Staatspapiere, mit denen die USA ihre Staatsschulden finanzieren und die international gehandelt werden. Auch hier steigt der Wert, aber das alles ist nicht vergleichbar mit der Expansion auf dem „Swap-Markt“. Anders gesprochen: Der Bestand in diesem Markt für verbriefte Kreditrisiken war Ende 2007 höher als der Wert aller börsennotierter Unternehmen, der Hypotheken und der vom amerikanischen Staat herausgegebenen Schatzanweisungen!*

Man mag sagen, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen. Das ist zwar nicht ganz falsch, aber auch nicht wirklich richtig, denn nach den herrschenden Gelddefinitionen handelt es sich in allen Fällen um Vermögenswerte. Ob man diese tatsächlich so realisieren könnte, ist eine ganz andere Frage. Denn wenn alle Eigentümer ihre Aktien oder andere Papiere zum Tageswert verkaufen wollten, würden die Werte natürlich zusammenbrechen.

Was ist der Grund der explosionsartigen Expansion von sogenannten Finanzinnovationen, Papieren wie den

* Bei allen Zahlen dieser Art muss natürlich immer darauf gesehen werden, um wieviel Prozent von was es sich handelt. Wenn Eier für 2 Euro zehnmal an einem Tag den Besitzer wechseln, habe ich einen Umsatz von 20 Euro, die Eier sind jedoch nach wie vor nur 2 Euro wert. Ähnlich beim Tausch von Geldbeträgen. Durch die technischen Möglichkeiten ergeben sich heute immer kürzere Laufzeiten im Finanzgeschäft. Um so gravierender ist, dass unsere SWAP-Statistik keineswegs Umsätze, sondern Bestände erfasst.

Derivate und nominelles BIP

US-Derivate	164,2 Billionen US-Dollar
JP Morgan Chase	98,2 Billionen US-Dollar
Citigroup	33,3 Billionen US-Dollar
Bank of America	32,1 Billionen US-Dollar
Welt-Bruttoinlandsprodukt	53,4 Billionen US-Dollar
US-Bruttoinlandsprodukt	14,1 Billionen US-Dollar
Bruttoinlandsprodukt BRD	2,5 Bio. Euro (3,8 Bio.USD)

Quelle: <http://wirtschaft-querschuss.blogspot.com/2008/04/im-gebl-des-derivate-casino-kniersch.html>, verlinkt über: http://www.sbest.de/zur_kritik_des_finanzsystems.htm. Die letztgenannte Seite enthält eine Fülle nützlicher Verweise auf Material zur Krise der Finanzmärkte. Bei der Aufstellung handelt es sich um das „Volumen der Derivate der TOP 3 US-Banken nach den Daten vom Comptroller of the Currency (OCC's) im Verhältnis zum nominalen BIP der USA und dem nominalen Welt-BIP [...]“. Die Derivate-Position von JP Morgan Chase wurde um das Derivatevolumen der übernommenen Investmentbank Bear Stearns in Höhe von 13,4 Billionen Dollar erweitert.“ (a.a.O.)

Swaps oder anderer Derivate? - Wenn dieser Markt zusammenbricht, kann man sich vorstellen, dass das eine riesige Schockwelle im gesamten Finanzsystem auslöst! -

Abkoppelung von den Realwerten

Die großen Akteure auf diesem Markt sind die gleichen, die in der Krise die großen Verluste erlitten haben, vor allem die fünf größten amerikanischen Banken, die diesen Markt beherrschen. Europäische und asiatische Banken sind auch beteiligt, aber längst nicht in diesem Umfang. Zu den fünf gehören die im Kasten unten aufgeführten: die JP Morgan Chase, die Citigroup und die Bank of America. Die entsprechend bewerteten Papiere werden dem weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. dem US-BIP und dem deutschen BIP gegenübergestellt, also der Summe aller Güter und Dienstleistungen für Verbrauch und Investition. Man sieht an den Größenordnungen auf einen Blick, dass das Volumen dieser Derivate-Expansion nicht so sehr viel zu tun haben kann mit den tatsächlichen realen Vorgängen. Offenbar bewegen wir uns in einem Bereich, der sich von den realen Vorgängen weitgehend abgekoppelt hat.

Was aber findet da eigentlich statt? Üblicherweise liegen den Derivaten Geldgeschäfte zugrunde. Jemand will zum Beispiel ein Haus bauen, hat nicht genug Geld und braucht einen Kredit. Er geht zur Bank, die Bank prüft sein Vorhaben und gibt ihm den Kredit - üblicherweise dinglich gesichert, das heißt die Bank erhält eine entsprechende Sicherheit durch eine Hypothek auf dem Grundstück. Oder ein Unternehmer braucht Kredit, um zu investieren. Er kann aber auch ein Wechselkursicherungsgeschäft machen, um eine Einnahme in Dollar, die er in 2 Jahren erwartet und dann in Euro transferieren muss, gegen Kursverluste abzusichern. Das wäre dann ein sogenanntes Swap-Geschäft.

Nehmen wir das erste Beispiel: Ich habe in diesem Fall als Hypothekenschuldner ein Verhältnis zur Bank als meinem Gläubiger. Die Bank hat das Risiko, dass ich als Kreditnehmer nicht zahle. Das heißt, bevor sie den Kredit vergibt, prüft sie, wie risikoreich ich als Kunde bin. Die Bank behält das Grundpfandrecht, bis ich den Kredit getilgt habe, - das heißt sie kann notfalls Haus und Grundstück zwangsversteigern, wenn ich nicht zahlen kann. Und ihr gesamtes Portfolio, das heißt die Gesamtheit der Kredite, die sie vergeben hat, hat eine bestimmte Risikostruktur. Da gibt es Kreditnehmer, bei denen man sich fragt, ob sie wirklich in der Lage sind, Zins und Tilgung pünktlich zu zahlen. Bei anderen scheint da gar kein Problem, beispielsweise bei einem höheren Beamten mit entsprechender Pensionsberechtigung. Wir haben hier immer ein Zusammengehen und eine direkte Beziehung zwischen dem, der das Geld gibt und dem, der das Geld braucht.

Jede Art von Kreditgeschäften bedeutet für die Bank, dass sie eigenes Kapital bindet. Sie muss das ausgeliehene Geld ja irgendwo her nehmen. Selbst wenn sie sich selber wieder über einen Kredit refinanziert, muss sie dafür Sicherheiten anbieten. Die Bankenaufsicht in den verschiedenen Staaten sorgt dafür, dass das Kreditvolumen in einem bestimmten Verhältnis zum Eigenkapital stehen muss. Eine

Bank kann daher z.B. aus 100 Millionen Euro Eigenkapital nicht unendlich viele Kredite machen.

Abspaltung des Kreditrisikos und Verwandlung in ein handelbares Wertpapier

So wurde das jahrelang von den Banken gemacht. Dann kamen „Finanzinnovateure“, die fanden, das könne man besser und vor allem lukrativer machen. Sie sagten: Ihr könnt doch eigentlich viel mehr Geld aus Euren Krediten machen, wenn ihr das Risiko, dass ein Kredit nicht zurückgezahlt wird, von dem Kredit selber abspaltet. Trennt also das Risiko und das eigentliche Geschäft und macht das Risiko zu einem eigenen handelbaren Wertpapier. Genau das ist die Geschichte, über die wir reden. Nicht dass Swaps generell etwas Schlechtes wären. Die Absicherung von Zins- und Kursrisiken ist sinnvoll und unproblematisch, wenn sie zwei Partner mit passenden Interessen zusammenbringt. Problematisch wird es, wenn diese Geschäfte in großem Umfang spekulativ erfolgen.

Was geschieht dadurch, dass ein neuer Teilmarkt nur für die Risiken geschaffen wird? Zunächst werden Forderungen auf Zins und Tilgung verschiedener Bonität (Risikoklassen) in einen Pool zusammengefasst. Diesen Pool muss man für Käufer attraktiv machen. Das bedeutet, dass man möglichst einen Garanten heranziehen muss, der sagt: dieser Pool ist ein guter Pool, er ist attraktiv für Investoren. Zunächst tritt die schon genannte Internationale Swap- und Derivate-Assoziation in Aktion, die bestimmte Regeln aufstellt, wie ein solcher Pool zusammengesetzt sein muss. Dieser Pool kann hochriskante, weniger riskante und nicht riskante Forderungen beinhalten. Dann kommen die Ratingagenturen ins Spiel. 90% des Weltmarktes für Ratings teilen sich übrigens drei große amerikanische Ratingagenturen. Sie bescheinigen den Emittenten, welche Risikostruktur ihr Pool hat. Die beste Risikostruktur wird mit der Auszeichnung Tripel A (AAA) bezeichnet, dann geht es herunter über AAB usw., Tripel B - bis schließlich der „Schrott“ kommt, d.h. hoch riskante Forderungen.

Die Ratingagenturen und die wundersame Erhöhung der Sicherheit

Nun geschieht ein Wunder. Angenommen in einem Pool sind Papiere enthalten, von denen viele nicht mit A geratet sind. Aber der Gesamtpool kriegt dennoch das Rating AAA. Man findet in allen Darlegungen, dass in mit A bewerteten Pools nur 80-90% mit A bewertete Papiere sind. Wie kann das gehen? - Die Ratingagentur wertet Statistiken aus, die angeben, wieviel Prozent von einer bestimmten Kategorie Papiere nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht zurückgezahlt worden sind. Nehmen wir einmal an, das seien 10 %. Dann sagt die Ratingagentur: allen Erfahrungen nach beträgt der Ausfall 10 %, die restlichen 90 % sind sicher. Bewertet wird dabei der Gesamtpool. Entscheidend ist, dass jetzt nicht mehr Einzelpapiere oder der Gesamtpool Gegenstand der weiteren Geschäfte sind, sondern dass der Gesamtpool in Tranchen aufgeteilt wird und diese Teile des Gesamtpools einzeln an den Markt und an die Kunden gebracht werden. In unserem

Finanzmärkte sind „Monster“

Bundespräsident Horst Köhler zur Finanzkrise

Erleben wir nicht gerade so etwas wie eine Sinnkrise des globalen Kapitalismus? - H. Köhler: Kapitalismus heißt nicht nur Rendite einfahren, sondern vor allem: mit Risiko umgehen können. Die Finanzkrise zeigt, gerade daran haben es zu viele Akteure in den Bankhäusern der Welt missen lassen. [...] Man muss der Finanzwelt einen Spiegel vorhalten. Sie hat sich mächtig blamiert. Und ein klar vernehmbares Mea Culpa vermisse ich noch immer. Nur ein Kapitalismus, der bereit ist, sich in Verantwortung zu binden, hat Zukunft. Gerade auch in Verantwortung für die Schwachen.

Was muss passieren, damit die Weltfinanzmärkte nicht außer Kontrolle geraten? - H. Köhler: Ich will hoffen, das Schlimmste ist überstanden. Doch wir waren nahe dran an einem Zusammenbruch der Weltfinanzmärkte. Das wird auch noch Schleifspuren in der Realwirtschaft nach sich ziehen. Das einzig Gute an der Krise ist: Jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken verwiesen werden muss. Nötig sind eine strengere und effizientere Regulierung, mehr Eigenkapitalunterlegung für Finanzgeschäfte, mehr Transparenz und auch eine globale Institution, die unabhängig über die Stabilität des internationalen Finanzsystems wacht. Ich habe schon vor einiger Zeit vorgeschlagen, den Internationalen Währungsfonds mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Haben die Banker so viele Derivate geschaffen, dass sie am Ende selbst nicht mehr verstanden haben, wie die wirken? - Horst Köhler: Ganz offensichtlich. Die Überkomplexität der Finanzprodukte und die Möglichkeit, mit geringstem eigenem Haftungskapital große Hebelgeschäfte in Gang zu setzen, haben das Monster wachsen lassen. Es hat kaum noch Bezug zur Realwirtschaft. Dazu gehören auch bizarr hohe Vergütungen für einzelne Finanzmanager.“

Aus einem Interview mit dem STERN. 15.05.2008.
Quelle: <http://www.bundespraesident.de/dokumente/-,2.645252/Rede/dokument.htm>

Beispiel kann der Emittent bis zu 90 % des Pools in Tranchen ausgeben, die mit AAA, dem höchsten Rating und somit als absolut sicher gekennzeichnet sind, und für die letzten 10 % kann er das Risiko selbst behalten oder an die Institution, die die Forderungen für den Pool geliefert hat, zurückgeben.* Wenn eine Tranche an den Kapitalmarkt geht, wird ein rechnerischer Anteil des Pools verkauft; nicht mehr einzelne Papiere. Dies führt zu einer sehr undurchsichtigen Risikosituation. Wer trägt das Ausfallrisiko? Die Bank, die das „Finanzprodukt“ herausgebracht hat, der „Investor“, die Ratingagentur? Die Ratingagenturen beharren darauf, nur eine - korrekte - allgemeine Bewertung, keineswegs aber eine konkrete Investitionsempfehlung ausgesprochen zu haben.

* Die „Schrott-Tranche“ - in unserem Beispiel die 10 %-Tranche - kann auch an eine „Heuschrecke“ gehen: ein „Private Equity Fonds“ sagt: „Ich nehme die, will aber dafür auch einen Superzinssatz.“

Kreditderivate

Spezielle Form von Finanzkontrakten, die es gestattet, Kreditrisiken von den ihnen zugrunde liegenden Geschäften (Kreditbeziehungen) zu isolieren und getrennt zu handeln. Der Risikoverkäufer (Sicherungskäufer beziehungsweise -nehmer) kann damit das Bonitäts- oder Ausfallrisiko eines gewährten Kredits, gekauften Wertpapiers oder einer sonstigen Forderung gegen Zahlung einer Prämie für eine festgesetzte Frist an einen Kontrahenten (Risikokäufer oder Sicherungsverkäufer beziehungsweise -geber) abtreten, ohne die betreffende Aktivposition veräußern zu müssen. Im Gegenzug verpflichtet sich der Risikokäufer bei Eintritt eines vertraglich fixierten Ereignisses (u. a. Bonitätsverschlechterung, Zahlungsverzug beziehungsweise Konkurs des Schuldners), den Schaden zu übernehmen, z. B. durch eine Ausgleichszahlung. Grundformen sind Credit-Default-Swaps, Credit-linked-Notes, Credit-Spread-Options und Total-Return-Swaps. Kreditderivate werden nicht an Börsen, sondern überwiegend im Interbankengeschäft gehandelt.

Meyers Lexikon online, <http://lexikon.meyers.de> (Stand 10.6.08)

Scheinbar ein gutes Geschäft für alle...

Der Clou bei der Sache ist: Die Bank oder sonstige Institution, die die Papiere auf den Kapitalmarkt bringt, bekommt Eigenkapital frei. Und das ist hoch interessant, weil sie nun neue Kredite vergeben kann. Und außerdem streut sie ihre Risiken durch deren Übertragung auf andere breit! Dafür muss natürlich eine gewisse Prämie bezahlt werden, und daran verdienen diejenigen, die die Papiere kaufen, sehr gutes Geld. Dabei muss man wissen, dass die Tranchen des Pools - gesetzt, es handelt sich um Hypotheken - nicht über deren gesamte Laufzeit auf den Markt gebracht werden, sondern für kürzere Fristen: drei Monate, sechs Monate usw. Der Emittent - also z.B. die Bank, die die Swaps ausgegeben hat, muss für diese Zeit dafür sorgen, dass die Käufer die Prämie, den Swapsatz bekommen - nach Ablauf der Frist, für die er das Risiko verkauft hat, muss er es dann wieder zurücknehmen. Das ist nicht so schwierig, weil die Bank dafür kein zusätzliches Eigenkapital braucht, und das ist unproblematisch, solange die Tranchen wieder am Markt platziert werden können.. - Von technischen Feinheiten sei hier abgesehen, z.B. davon, ob ein Eigentumsübergang stattfindet oder nicht. - Das Prinzip heißt: Aus kurz mach lang, kurzfristige Finanzierung für langfristige Kredite. Die Sache erscheint kalkulierbar, solange die Banken das Risiko in Form der Swaps immer wieder neu auf den Markt bringen können zu den jeweiligen Konditionen. Solange das so funktionierte, arbeitete da eine Art Rendite-Maschine. Ob die Banken das Geld, das sie durch die Emission der Swaps erhalten bzw. freibekommen haben, tatsächlich in realwirtschaftliche Investitionen weiterkreditiert haben oder ob sie selber wieder an den Geldmarkt gegangen sind, ist allerdings eine offene Frage. Soweit letzteres praktiziert wurde, hat sich das System gewissermaßen selbst ernährt.

Wenn wir uns hier auf Kreditderivate aus Hypothekenkrediten konzentriert haben, ist das natürlich nur eine Sparte in einer großen Fülle von sogenannten Finanzinnovationen, bei denen ganz unterschiedliche Geschäfte zugrunde liegen können - vom Warentermingeschäft bis zu Wetten auf Aktienkurse. Und deshalb existiert auch eine bunte und für den Laien undurchschaubare Vielfalt von Bezeichnungen für diese Produkte. Durch immer neue Finanzprodukte dieser Art kommt dann auch das immense Marktvolumen zustande, das anfangs dargestellt wurde.

Es gibt im übrigen noch ein weiteres Instrument, das es einer Bank ermöglicht, ihren Eigenkapitalbedarf bei der Kreditvergabe zu verkleinern - und das ebenfalls jetzt viele Banken in existenzbedrohende Schwierigkeiten gebracht hat: Das ist die Auslagerung von Krediten in Zweckgesellschaften. Das haben z.B. verschiedene Landesbanken und die Industrielandkreditbank, aber auch viele Geschäftsbanken praktiziert*

Durch Zusammenbruch des Vertrauens drohende Dominoeffekte

Für diese Art Swaps gibt es übrigens keinen offiziellen Markt. Sie werden nicht an den Börsen gehandelt, sondern auf dem sogenannten OTC-Markt, das heißt „über den Tresen“, auf inoffiziellen Handelsplätzen, über Telefonhandel. Das funktioniert, solange es funktioniert. Damit es nicht mehr funktioniert, braucht es nur einen kleinen Auslöser: den Zusammenbruch von Vertrauen. Denn das Ganze ist auf Vertrauen aufgebaut. Rating und ähnliches ist nur etwas, auf das sich das Vertrauen stützt.**

Bei ordnungsgemäßem Handel fällt das Risiko nach der vereinbarten Frist, z.B. einem halben Jahr, wieder zurück an den Emittenten. Der kann ein neues Paket schnüren und auf den Markt bringen. Ein Problem

* Wie das funktioniert, erläuterte ein Teilnehmer aus der Versicherungswirtschaft: Da wurden dann Kredite gegeben, die vielleicht 10 Jahre Laufzeit hatten, z.B. 6 % Zinsen, ein gutes Rating. Selbst konnte sich die Bank am Markt mit sagen wir 5,75 Prozent refinanzieren. D.h. man hatte ein Margen von 0,25 Prozent. Je höher die Beträge sind, um so mehr kann man auf diese Weise verdienen. Bei der Sachsen LB ist es ein zweistelliger Milliardenbetrag, der in einer solchen Zweckgesellschaft außenstehend ist. Die Gesellschaft hat sich Gelder jeweils auf 1/2 Jahr oder 1 Jahr geholt. Solange wie das Rating des Baukreditpools und das Rating der Gesellschaft dasselbe oder ähnlich ist, läuft der Prozess problemlos weiter. Wenn aber nach 1 Jahr die Gelder fällig werden, die Zweckgesellschaft Gelder braucht und am Markt der Eindruck entstanden ist, dass diese Gesellschaft nicht mehr so sicher ist wie vorher, dann bekommt sie am Markt das Geld nicht mehr mit 5,75 Prozent, sondern vielleicht nur noch mit 7 Prozent. Das heißt jetzt macht die Zweckgesellschaft in den nächsten Jahren 1 Prozent minus. Und das hält die Sachsen-LB nicht lange durch. Aus den heutigen Abschreibungen werden jeden Tag Verluste.

Wenn ein Haus in den USA für 200.000 US-Dollar, die es nicht wert war, beliehen und jetzt für 100.000 US-Dollar verkauft wird, dann kann sich das auf die Kette der Finanzierung so auswirken, dass diese 100.000 US-Dollar heute bei der WestLB als Verlust stehen müssen. Das sind dann keine vorbeugenden Abschreibungen mehr, das Geld ist schlicht weg.

Wenn der Käufer des Hauses, der jetzt 100.000 US-Dollar zahlt das Objekt irgendwann wieder teurer verkaufen kann, dann macht er diesen Gewinn und nicht die West-LB.

** Auch der sogenannte vor- und nachbörsliche Handel von Wertpapieren wird zwischen den Beteiligten per Telefon abgewickelt.

Die US-amerikanische Hypothekenkrise als Ausgangspunkt der Finanzkrise

entsteht dann, wenn die Zinsen steigen und wenn sich die Risikoeinschätzungen verändern, - und genau das ist passiert. Die Risikoeinschätzung der Papiere, denen US-Hypotheken mit zweifelhaften Zins- und Tilgungsaussichten zugrundelagen (Sub-Prime-Market) verschlechterte sich angesichts steigender Zinsen und fallender Immobilienpreise in den USA dramatisch. Dies führte zu einer allgemeinen Vertrauenskrise, der Markt brach regelrecht zusammen, da niemand mehr bereit war, neue Papiere zu kaufen oder anderen Banken kurzfristige Kredite zu geben

Die Banken oder sonstigen Institute, die die am Swap-Markt gehandelten Papiere in ihren Forderungen hatten, mussten diese nun zu ihrem Tageswert bewerten. Da der Markt aber zusammengebrochen war, musste der aktuelle Wert geschätzt werden und konnte zwischen dem Anschaffungswert und Null, also vollständigem Verlust, liegen! Es ging also um die Frage, zu welchem Preis die Tranchen, die sie hielten, handelbar wären, wenn damit gehandelt würde. Und die Differenz zu dem früheren Wert muss man abschreiben. Ob tatsächlich ein Verlust eintritt, entscheidet sich erst noch, wenn der Swap-Markt wieder funktionsfähig ist. Inzwischen führen die Abschreibungen jedoch zu Verlusten, die zum Konkurs der Institute führen können.* Der Schwund des Vertrauens zwischen den Banken und die Angst, in die Folgen eines Zusammenbruchs einer Bank zu geraten, führten zudem zu einer Liquiditätskrise, da die Banken nicht mehr bereit waren, sich untereinander kurzfristige Kredite zu geben.

In einer solchen Situation, in der der Verdacht besteht, dass in dieser Kette einer nicht mehr zahlen kann, ist das gesamte Kartenhaus in Gefahr. Das Problem besteht darin, dass niemand den genauen Wert der Verluste und ihre Verteilung auf die Beteiligten kennt, - es gibt verschiedene Schätzungen und der IWF kommt eben auf den genannten Schätzwert von einer Billion Dollar.**

Wer argumentieren würde, dass die Vernichtung spekulativer „Blasenwerte“ doch eigentlich eine erwünschte Bereinigung sei, verkennt die Wirkungen. Das gilt selbst in Ländern wie Deutschland, wo die Sicherheit für die Bankkunden, durch eine Bankpleite nicht alles zu verlieren, noch recht groß ist. Wenn eine große Bank schließen muss, reagieren Menschen und ziehen Geld auch von bislang gesunden Banken ab. Es droht die Panik, der Bankrun, die allgemeine Pleite und mit ihr Elend für Millionen. Niemand kann das wollen. Andererseits stellt sich die Frage, ob private Spekulanten damit quasi eine Sicherheit haben, dass negative Folgen ihrer Geschäfte automatisch von der Gesellschaft getragen werden, wenn die allgemeinen Risiken nur groß genug sind.

Mit der Frage nach dem Ausgangspunkt kommen wir zur US-amerikanischen Hypothekenkrise. Mit dieser „Hypothekenblase“ hat alles angefangen. Wer zahlt da real, um welche „Basispapiere“ - im Gegensatz zu den „abgeleiteten Papieren“ („Derivaten“) geht es da?

Wenn man verstehen will, warum gerade die USA der Ausgangspunkt der Krise waren, dann muss man das dortige System der Hypothekengewährung anschauen, das sich sehr stark von unserem unterscheidet. Hierzulande haben wir eine „grundsolide“ Hypothekengesetzgebung: man beleih nur zwischen 50 und 80 % des Wertes von Haus und Grundstück.*** Es gibt keine Kreditvergabe ohne Einkommensprüfung. In den USA wurden massenhaft Kredite an finanzschwache Kunden ohne jede Einkommensprüfung gegeben. Deshalb spricht man auch von einer „Subprime Crisis“ - einer Krise aufgrund minderwertiger Kredite. Hinzu kommt, dass bei uns eine Zinsbindung von 10 oder gar 15 Jahren durchaus normal ist, durch welche die Zinsbelastung kalkulierbar wird. Das kennt man in den USA kaum. Der Zins ist variabel und damit unkalkulierbar. Den Kunden wurden von den Anbietern die Kredite in unverantwortlicher Weise förmlich aufgedrängt, weil mit der Kreditvergabe hohe Provisionen verbunden waren. Sie wurden damit gelockt, dass man die Kreditnehmer 3 Jahre zinsfrei stellte, - danach war aber der Marktzins fällig.

Da sei kein Risiko dabei, erklärte man, denn selbst wenn das Einkommen für Zins und Tilgung nicht reichen sollte, werde auf Grund der ständig steigenden Immobilienpreise eine Umschuldung problemlos möglich sein, und dabei seien dann auch noch ein Auto oder andere Anschaffungen finanzierbar. Das war im Grund genommen die Gewährung von Krediten, deren Deckung in der Hoffnung auf Immobilienpreissteigerungen bestand - und das konnte nicht auf Dauer gut gehen. Die Tilgung eines Kredits durch Verkauf oder Versteigerung ist letzte Sicherheit, aber nicht Finanzierungsinstrument - ein Kredit sollte prinzipiell zurückbezahlt werden können.

Der Irrsinn hatte aber Methode. Denn es ist gerade das überhöhte Risiko, das einerseits zur Absicherung in Form von Derivaten drängt, andererseits eben wegen dieses Risikos exorbitante Gewinne verheißt. Wenn Hypothekarkredite dieser Art nur nach dem Primärrisiko beurteilt würden, würde sich keine Bank darauf einlassen. Aber wenn man Instrumente schafft, um in der geschilderten Weise den Einzelfall statistisch in einem Pool aufgehen zu lassen, hat man eine Form gefunden, in der sich solches Geschäft doch lohnt. Die Verbriefung - auch die Ausgliederung in Zweckgesellschaften - machen es scheinbar überflüssig, jeden Einzelkredit zu decken. So glaubte man, die Risiken beherrschen zu können.****

* Die amerikanische Investmentbank Bear Stearns, die beinahe Pleite gegangen und mit Hilfe einer Risikoübernahme in Höhe von 30 Milliarden Dollar durch die amerikanische Notenbank von J.P. Morgan übernommen wurde, war ein solcher Fall von Überschuldung.

** Ob diese Billion ein realer Betrag ist, das ist genauso eine Frage, wie die, ob der Börsenwert von Daimler-Benz ein realer Betrag ist. - Wenn ich 2 Aktien verkaufe ja, wenn alle, nein!

*** Daher hat auch bei uns unmittelbar nur der Verluste, der in den USA in Immobilien investiert hat, während der deutsche Pfandbriefmarkt nahezu unberührt geblieben, der Zins praktisch identisch geblieben ist. Im übrigen ist natürlich ist das Risiko nicht nur eine Frage der Beleihungshöhe, sondern vor allem auch der Lage des Objekts. Es gibt Objekte in Randlagen, die schwer verkäuflich und damit auch mit 50 % noch zu hoch beliehen sind, und andere, die man im Grund risikolos zu 100 % finanzieren könnte.

**** Man muss sich i. ü. klarmachen, dass die Banken keine Schulden haben, die sie tilgen müssen, sondern als Gläubiger

Die entsprechende „Finanzinnovation“ kam zwar aus den USA, wurde aber dann weltweit verwendet. Die Beteiligten am Handel der beschriebenen Papiere sind keineswegs nur amerikanische Banken. Sogar die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat selbst solche Pakete an den Markt gebracht, - die Deutsche Bank, UBS, japanische Banken spielten mit.

Dann platzte „die Blase“: Der Immobilienmarkt in den USA brach ein, die Werte der Immobilien sanken. Gleichzeitig stiegen die Leitzinsen der US-Notenbank (FED) und damit der variable Zins für die Hypothekarkredite. So wurden die Kreditnehmer doppelt in die Zange genommen. Die FED hat dann bekanntlich gegengesteuert und kurz hintereinander mehrfach den Leitzins gesenkt, was aber wieder Inflation fördern dürfte. Die Dramatik der Situation gerade der unteren Einkommenschichten wird noch deutlicher, wenn man weiß, dass die Amerikaner kaum förmliche Konsumentenkredite kennen, sondern private Schulden im Konsumbereich fast ausschließlich teuer über Kreditkarten finanzieren, von denen jeder US-Bürger im Durchschnitt mehrere besitzt.

Es wäre zu einfach, die Krise nur auf die „unsolide“ Hypothekarpraxis in den USA zurückzuführen. Entscheidend ist vielmehr der unersättliche Verwertungstrieb, der diese Schwäche für sich auszunutzen sucht. Das unterscheidet die „Immobilienblase“ nicht von anderen Blasen, etwa denen an den Aktienmärkten, die immer wieder auftreten. Daher hatte jener Journalist der Frankfurter Rundschau Recht, der jüngst den Begriff der „Fehlspekulation“ für derlei Krisen als Verharmlosung kritisierte. Man solle lieber von kollektivem Spekulationsaberwitz, globalem Immobilienblasendelirium oder manischem kreditwirtschaftlichem Gewinnirresein sprechen. Kurzschlüssig wäre es auch, davon auszugehen, dass es gar keinen Realwertbezug bei der Krise gäbe. Es geht also nicht darum, die zugrunde liegenden Geschäfte zu unterbinden. Sie müssen vielmehr wieder an den realwirtschaftlichen Gegebenheiten ausgerichtet werden.

In der öffentlichen Debatte spielt die Forderung, Finanzinnovationen der geschilderten Art zu verbieten, wie z.B. Kettenbriefgeschäfte verboten sind, nur eine Randrolle. Die Hauptakteure versuchen im Moment, Domino-Effekte zu verhindern, und sie überlegen, wie man diese Märkte „besser beaufsichtigen“ kann.

Die Frage nach den Ursachen

Warum passiert so etwas? Geht es nur um geldtechnische Probleme oder stimmt etwas grundsätzlich nicht? Auf die folgenden möglichen Ursachen müssen wir uns in diesem Zusammenhang konzentrieren:

1. Geld als Vermögensgegenstand: die Theorie, dass Geld, Gold, Aktien usw. ein Portfolio im Sinne von Vermögen bilden. Wird das der Rolle des Geldes in der heutigen Wirtschaft gerecht?

nur ihren Einsatz riskieren. Landesbanken etc. geben dieses Risiko an den Steuerzahler weiter, private Banken an ihre Kunden.

2. Selbstverständnis der Banken und Finanzinstitutionen: die Auffassung, dass mit dem „Stoff Geld“ möglichst hohe Gewinne erzielt werden müssen. Müssten Banken aber nicht eigentlich Makler sein zwischen denen, die Geld brauchen und denen, die Geld haben? Solange Banken und Finanzinstitutionen Geld als Ware betrachten, die verkauft und gekauft wird, um Gewinn zu machen, sind die geschilderten Risiken nicht vermeidbar.

3. Profitgier: Wenn Anteilseigner auf 25 % Eigenkapitalrendite drängen und eine Bank dies dann zum Ziel erklärt, ist sie dazu gezwungen, in entsprechend risikobehaftete Geschäfte zu gehen. Denn solche Gewinne lassen sich letztlich auch mit dem Abbau von Personal nicht erzielen.

4. Inkonsequenz des Marktfundamentalismus: In den USA gibt es eine Diskussion, ob der Staat intervenieren solle oder nicht. Die Marktfundamentalisten haben bisher gesagt: Lassen wir die Finanzmärkte machen, da geht dann auch mal einer pleite, das ist nur eine durchaus erwünschte Marktberreinigung. Aber jetzt rufen auch sie nach Konjunkturprogrammen, eine Auffangprogramm für Immobilien im Sub-Prime-Bereich soll entwickelt werden. Vorher hieß es immer: Der Staat kann es nicht. Der Fall Sachsenbank, Bayerische Landesbank usw. zeigt das ja auch. Aber UBS, Deutsche Bank, Morgan Stanley und so weiter konnten es erkennenbar auch nicht. Wieviel Kontrolle braucht der Markt, ist der Markt überhaupt das richtige Instrument zur Steuerung der Ökonomie?

5. Illusion des unbegrenzten Geldwachstums: Landwirtschaftliche Produktion, industrielle Warenproduktion kann nicht unbegrenzt wachsen. Durch die Geldillusionen entsteht immer wieder neu die Gefahr, dass sich das Geld von der Realität, als deren Stellvertreterwert es fungieren müsste, abspaltet und ein Eigenleben führt. Die Korrektur erfolgt dann auf chaotische und zerstörerische Weise, durch Inflation, Deflation und Wirtschaftskrisen.

6. Unklarheit über die Funktion des Geldes: Kurzfristiges und langfristiges Geld hat völlig verschiedene Qualität, die nicht nur eine Frage der Fristen ist. Wie können wir die verschiedenen Geldqualitäten verstehen und handhaben?

Die kranke Weltmacht

Leistungsbilanzdefizit der USA

2001	400 Mrd. US-Dollar
2005	725 Mrd. US-Dollar
2006	869 Mrd. US-Dollar

Haushalt

2000	236,2 Mrd. US-Dollar Überschuss
2005	318,3 Mrd. US-Dollar Defizit

Dollarkurs

Oktober 2000	1 Euro = 0,8252 US-Dollar
April 2008	1 Euro = 1,5940 US-Dollar

Wachsende Ungleichgewichte im Austausch der verschiedenen Volkswirtschaften

Bevor wir uns in diese Ursachen weiter vertiefen, müssen wir das Bild der gegenwärtigen Situation noch in einer bestimmten Richtung ergänzen. Wir haben es mit einem langfristig zunehmenden Ungleichgewicht in der Sphäre des realwirtschaftlichen Austauschs der verschiedenen Volkswirtschaften zu tun, insbesondere zwischen den USA und dem Rest der Welt. In diesem Zusammenhang müssen wir das Leistungsbilanzdefizit der USA, sodann das Haushaltsdefizit und zuletzt noch einmal die private Verschuldungsproblematik in den Vereinigten Staaten betrachten.

Als Leistungsbilanz bezeichnet man das, was ein Land für andere Länder an Leistung erbringt, im Verhältnis zu dem, was es von anderen Ländern in Anspruch nimmt. Wie im Kasten S. 10 dargestellt, ist die Leistungsbilanz der USA nicht nur negativ, - das Defizit hat sich vielmehr in den Jahren seit 1997 deutlich vergrößert, von 540 Milliarden auf 800 Milliarden US-Dollar im Jahr 2005. Die USA haben also auf Kosten der restlichen Welt gelebt und mehr Leistungen aus anderen Ländern importiert, als sie exportiert haben. Das kann man natürlich auch so interpretieren, dass die USA damit Beschäftigung in anderen Ländern gesichert und Weltkonjunkturlokomotive gespielt haben. Der weltgrößte Einzelhändler Walmart zum Beispiel verkauft größtenteils in China hergestellte Waren und generiert dort Beschäftigung.

Damit ist aber die Problematik verbunden, dass die USA so, wie sich ein einzelner beim Nachbarn verschuldet, bei ihren Lieferanten-Ländern in der Kreide stehen. Nur 20 % der deutschen Exporte gehen in die USA, der größte Teil in die EU. Auch wenn das Problem für Deutschland also nicht allzu groß zu sein scheint, aus der Welt ist es dadurch nicht. Wieso leihen die Länder dieser Erde den USA soviel Geld und denken offenbar sehr wenig über die Rückzahlung nach? Wie funktioniert das überhaupt, dass Länder Waren liefern, aber im Gegenzug weniger Waren bekommen und damit Gläubiger bleiben?

Nun die Leistungsbilanz ist nicht ausgeglichen, aber die Zahlungsbilanz immer! Die Differenzen von Leistung und Gegenleistung werden durch Finanzbeziehungen ausgeglichen. Das Geld, das z.B. die Chinesen - inzwischen ist China einer der größten Gläubiger im System - von Walmart und anderen in den USA bekommen haben, und das sie nicht für Käufe in den USA verwendet haben, haben sie wieder angelegt. Sie haben also z.B. für das Geld, das sie nicht für Importe brauchten, amerikanische Schatzanweisungen gekauft und erhalten dafür Zinsen. Mittlerweile hält China Dollarbestände, Euro-Bestände, Schatzanweisungen usw. im Gesamtwert von 1 Billion Dollar. Damit entsteht neben dem Ungleichgewicht auf den Gütermärkten ein Ungleichgewicht auf den Geldmärkten - in diesem Fall den Devisenmärkten, und damit ein weiterer Unsicherheitsfaktor. China könnte diese Summen natürlich auch in Gold halten, was es aber bisher nicht tut. Auch Saudi-Arabien, Japan und einige andere Länder halten große Devisen- und Wertpapierbestände.

Chinas Devisenreserven

in Milliarden US-Dollar von 2000 - 2006

2000	166	
2002	286	
2004	610	Zum Vergleich:
Mai 2006	925	Japan: 843
		Eurozone: 173
		USA: 41

Quelle: Der Spiegel 37 / 2006

Wie kommt China zu seinen Dollarbeständen? Über die chinesische Notenbank: Am US-Markt erhalten die Firmen, die dort verkaufen, Dollar, die sie bei ihrer Bank gegen Yuan tauschen. Die hortet die Dollar nicht, sondern legt sie an, mit der Folge, dass eben mehr Geld in den Finanzmärkten Anlage sucht und damit die Instabilität erhöht.

Die normale Reaktion auf ein Leistungsbilanzdefizit würde darin bestehen, mehr zu exportieren und weniger zu importieren. Daran denken die USA aber gar nicht. Sie empfehlen den Chinesen, ihre Währung aufzuwerten - was Chinas Exporte drosseln und damit das Leistungsbilanzdefizit mindern würde, woran aber wieder die Chinesen nicht denken. Sie argumentieren, dass sie als Entwicklungsland wachsen müssen und dass die USA halt mehr exportieren müssten. Der Yuan ist gegenwärtig nicht frei konvertibel, sondern sein Wert ist an den Dollar gekoppelt.

Auch für China selbst tickt da eine Zeitbombe. Würde eines Tages der Druck so groß, dass eine Wechselkursanpassung unvermeidlich würde, bestünde die Gefahr einer großen Wirtschaftskrise. Für China wäre es sicher günstiger, eine politisch gut ausgehandelte Anhebung in kleinen Schritten von beispielsweise 5 % zu vollziehen, statt den Wechselkurs freizugeben.

Da das Leistungsbilanzdefizit der USA von den Finanzmärkten als Schwächezeichen angesehen wird, besteht ein weiterer Unsicherheitsfaktor, der tendenziell die Zahlungsfähigkeit der USA und die Stabilität der Weltwirtschaft gefährdet. Man könnte sich durchaus vorstellen, dass China die Lage eines Tages benutzt, um gegen den Dollar zu spekulieren oder zumindest mit einer solchen Aktion zu drohen. Im Moment geschieht dies nicht, denn man würde sich damit nur ins eigene Fleisch schneiden. Das muss aber nicht für alle Zukunft gelten.

Die Sicherheit des Geldes ist langfristig mit der Leitwährungsfunktion des Dollar unvereinbar

Das zweite große Problem besteht in der Tatsache, dass wir ein Weltwährungssystem mit dem Dollar als Leitwährung haben. Der größte Teil aller Transaktionen nicht nur der USA, sondern auch anderer Staaten untereinander wird in Dollar abgewickelt. Das gilt z.B. für nahezu den gesamten Ölmarkt - unabhängig davon, wer dort kauft oder verkauft. Im Moment profitieren wir

Kreditschulden in USA

in Milliarden US-Dollar

	Hypotheken	Konsumkredite
1987	2.500	875
1997	5.000	1.500
2007	13.000	2.500

Quelle: FED-Reserve, Zahlen gerundet, nach:
<http://wirtschaft-querschuss.blogspot.com/2008/02/die-dominokrise.html>

davon, weil der steigende Ölpreis durch die Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro abgemildert wird. Der Dollar ist nach dem 2. Weltkrieg infolge der Beschlüsse von Bretton Woods 1944 zur allgemeinen Reservewährung geworden - und damit hat ein Land, die USA, die Möglichkeit, mit einer Währung, die es selbst schaffen kann, alle Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, solange der Rest der Welt den Dollar als Zahlungsmittel annimmt. Unter diesen Bedingungen haben die USA kein Problem, ihre Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Solange die Gläubiger ihre Guthaben in Dollar halten, müssen sich die USA über ihre Zahlungsfähigkeit keine Gedanken machen. Man kann sich leicht ausmalen, wie der Internationale Währungsfonds andere Länder mit vergleichbarem Defizit bedrängen würde. Die USA leben ungeniert damit.

Es muss gefragt werden, ob wir auf Dauer ein Weltwährungssystem haben können, das auf dem Dollar basiert. Fast alles spricht dafür, dass das internationale Zahlungssystem vom Dollar abgelöst und auf eine internationale Verrechnungseinheit umgestellt werden sollte, ähnlich wie dies von John Maynard Keynes mit dem Bancor und Bernhard Lietaer mit der Terra vorgeschlagen wurde. Damit würde das Privileg eines einzigen Landes, alle Verpflichtungen in eigener Währung zu bezahlen, aufgehoben. Das ist natürlich eine sehr umstrittene Forderung, weil hier massivste Interessen im Spiel sind.

Warum halten die Akteure in China, Russland, den arabischen Staaten usw. überhaupt soviel Guthaben in Dollar? Im Sinne der Steigerung der Sicherung des eigenen Vermögens wäre es doch, in „härtere“ Währung, also z.B. den Euro zu gehen. Das geschieht zwar auch - die Devisenreserven in Euro in der Welt sind deutlich gestiegen -, aber doch nicht im eigentlich zu erwartenden Umfang. Hier spielen politisch-strategische Überlegungen sicher eine große Rolle. Zum einen besteht die Furcht vor einer Destabilisierung der Finanzmärkte, aber zum anderen gibt es sicher auch die Einschätzung, dass die USA sich stärker als andere Länder für die Freiheit des Geldverkehrs und den Investitionsschutz unabhängig von sozialen Beschränkungen einsetzen.

Eine neue Entwicklung besteht darin, dass China, die Öl-Staaten und weitere Länder das Geld nicht mehr in Form von Schatzanweisungen oder dergleichen halten wollen, sondern langfristige Anlagen suchen. Dafür haben sie staatliche Fonds gegründet, in die ein erheblicher Teil der Guthaben verlagert wird, um sie langfris-

tig in ertragreichen und machtsichernden Investitionen anzulegen, um über Unternehmenskäufe die Kontrolle über Rohstoffquellen und Infrastruktureinrichtungen zu erlangen. Solange und soweit solche Käufe besser mit Dollar, als mit anderen Währungen erfolgen können, wird man beim Dollar bleiben. Da die Staatsfonds im Unterschied zu den Hedgefonds Machtgesichtspunkte stärker gewichten als Renditegesichtspunkte, kommt hier ein zusätzliches Risiko in das Weltfinanzsystem.

Das US-Haushaltsdefizit und die Verschuldung der privaten Haushalte*

Was wir noch nicht betrachtet haben, ist das Haushaltsdefizit der USA: Von 2000 ab - haben die USA ein sehr hohes Staatsdefizit, was viel mit dem Irakkrieg zu tun hat. Eine Tendenz, dieses abzubauen, ist nicht sichtbar. Mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von 6 % des BIP sind die USA auch weit entfernt von den in der Euro-Zone geltenden Stabilitätskriterien von maximal 3%. Üblicherweise löst man so etwas durch Kürzung der staatlichen Leistungen oder Steuererhöhungen. Beides hat die US-Regierung nicht getan. Sie finanziert die Defizite über Staatsanleihen und vergrößert so die Verschuldung der Nation nach innen und außen.

Charakteristisch für die US-Wirtschaft ist auch, dass die privaten Haushalte mit Krediten ganz anderes umgehen als die Europäer. Besonders die Deutschen gelten ja als geradezu pathologische Sparmeister, bei uns liegt die Sparquote bei 10, 11 oder 12 Prozent. In den USA war sie in den letzten beiden Jahren wahrscheinlich negativ. Auch wenn man mit dem statistischen Vergleich wegen der anderen Bedingungen vorsichtig sein muss: Tatsache ist, dass ein großer Teil der die Konjunktur tragenden Konsumnachfrage in den USA kreditfinanziert ist, was die Instabilität erhöht.

Ein US-Bürger hat in der Regel wenigstens 5 Kreditkarten, mit denen er jongliert. Die Aufsicht ist - wie bei den Hypotheken - sehr lax. Die Ausgabe von Kreditkarten ist nicht limitiert, man wird nicht gefragt, ob man bereits andere Karten besitzt und der Bezug zum Einkommen ist locker. Das geht bis dahin, dass es Kreditvermittler gibt, bei denen man problemlos das nächste Gehalt verpfänden kann - zu entsprechend ungünstigen Zinsbedingungen, die in Deutschland als Wucher bezeichnet würden. In Zeiten der Konjunkturschwäche ist das ein besonderes Problem. Die Ungleichgewichte sind also auch auf Gewohnheiten und institutionelle Gegebenheiten in den USA selbst zurückzuführen. Dennoch ist die „Immobilienblase“ kein bloß amerikanisches Phänomen. Ähnliche Probleme gibt es bereits in Großbritannien, in Spanien zeichnet sich eine Immobilienkrise ab.

Das Immobilienvermögen der USA wird sich nach Schätzungen von Wirtschaftswissenschaftlern um zwei bis vier Billionen Dollar (1405 bis 2811 Milliarden Euro)

* Statistisch sind die USA und Deutschland an manchen Stellen schwer vergleichbar. Würde man etwa die Schulden der deutschen Rentenversicherung kapitalisieren, ergäbe sich bei uns eine höhere Prokopfverschuldung. Die aufgewiesenen Trends würden jedoch durch eine derart bereinigte Statistik allenfalls gemildert.

reduzieren. Vor der Krise hatte sich das Vermögen auf 21 Billionen Dollar belaufen, berichtet die „New York Times“. Laut Untersuchungsbericht eines Kongressausschusses werden in den USA bis Ende 2009 zwei Millionen Familien wegen Zahlungsunfähigkeit ihr Haus verlieren.* Etwa seit Mitte 2005 / Anfang 2006 sind die Wohnimmobilienpreise in den Vereinigten Staaten steil nach unten gegangen. Ein Ende der Talfahrt ist nicht in Sicht. (Vergleiche Kasten).

Natürlich kann man fragen, ob nicht die davor liegende Steigerung das eigentliche Problem darstellte. Das ändert aber nichts an der akuten Krise. Die Gefahren zeigen sich an der Menge der Hypotheken, die in der kommenden Zeit umfinanziert werden müssen. Diese Umfinanzierungsnotwendigkeiten erreichen erst in diesem Jahr ihren Gipfel. Angesichts eher wieder steigender Zinssätze stellt sich die Frage: Sind wir wirklich schon am Ende der Krise?

Rettungsaktionen und ihre Problematik

Die Staatseingriffe sonst ja sehr skeptisch gegenüberstehende US-Regierung jedenfalls hält die Lage für so riskant, dass sie ein Gesetz im Kongress eingebracht hat, das besagt, dass den betroffenen Hausbesitzern vom Staat geholfen werden soll, um eine weitere Verschärfung der Krise zu verhindern. Das bezieht sich zwar zunächst auf Information und Beratung der Betroffenen durch neutrale Institutionen, schließt aber auch staatliche Finanzhilfen oder Kreditgarantien ein. Im Gespräch ist auch, ob die amerikanische Regierung oder die Notenbank einen Teil der Hypotheken aufkaufen soll, um Dominoeffekte zu verhindern. Die Zinssenkung, die die FED vorgenommen hat, ist für manche eine Hilfe für die nächsten Monate.** Aber da, wo schon die Tilgung nicht mehr geleistet werden kann, sind niedrigere Zinssätze natürlich keine Lösung. Es gibt Bilder von amerikanischen Städten, in denen farbige Punkte die Parzellen markieren, die einer Zwangsversteigerung unterlagen. Da gibt es Muster wie nach einem Bombenangriff.

Auch in Deutschland ertönt plötzlich aus der Bankenbranche der Ruf nach dem Staat, weil man merkt,

* Die Presse“, Wien, 27. 10. 2007

** Geld zu verbilligen, um eine Rezession zu vermeiden, ist sicher keine ganz verfehlte Strategie, obwohl auch die Gefahr besteht, dass die FED die Botschaft sendet: „Ihr könnt soviel Mist bauen, wie ihr wollt, wir hauen euch raus.“

dass die Dinge aus dem Ruder laufen. Der Staat soll verhindern, dass Verluste dadurch realisiert werden, dass ein Finanzinstitut pleite geht, - was rational ist, denn eine Pleite droht immer eine Kettenreaktion auszulösen. Daher fordert z.B. Josef Ackermann von der Deutschen Bank, die erforderliche Liquidität müsse von den Notenbanken kommen und der Staat müsse die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die entsprechenden Finanzgeschäfte verändern.

Wer trägt nun letztlich das Risiko und die Verluste? Bei den Banken im öffentlichen Eigentum - Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landesbanken - trägt der Steuerzahler die Verluste. Für die Geschäftsbanken und Fonds sind die letzten Risikoträger die Eigentümer bzw. die Anleger. Die Notenbanken können in Bezug auf das von ihnen geschaffene Geld nicht illiquide werden und auch nicht in Konkurs gehen. Letztlich verteilen sich die Krisenwirkungen aber in kaum vorhersehbarer Weise, sei es als Vermögensverlust, Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust, höhere Steuerbelastungen usw.

Die Furcht vor Bank- oder allgemeinen Unternehmenszusammenbrüchen ist zugleich Eingeständnis der Unfähigkeit, eine Form zu finden, Unternehmungen auf sozialverträgliche Weise „sterben“ zu lassen, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Wie kommt eine soziale Initiative, ein Unternehmen, auf richtige Weise nicht nur ins Leben hinein, sondern auch aus dem Leben heraus? Wir führen die Bücher heute so, als ob alles ewig leben würde. Einer der häufigsten Gründe für schwerste wirtschaftliche Verwerfungen - im Kleinen und im Großen - ist die verspätete Realisierung von Abschreibungsbedarf. Ein Buchhändler oder Verleger, der nach einem Jahr nicht sagen wir 40 % des Lagerwerts abschreibt, obwohl doch die Bücher völlig neu aussehen, hat schon verloren. Heute leistet die soziale Umgebung unfreiwillig die Sterbehilfe, die aktiv und sozialverträglich nicht zustande kommt. Und dabei geht dann oft Lebensfähiges mit unter. Bis in Buchhaltungs- und Bewertungsfragen hinein reicht also der Gestaltungsbedarf.

Man hätte ein weniger ungutes Gefühl bei den Rettungsaktionen der Notenbanken, wenn diese den gleichen Eifer, den sie bei der Rettung von Geschäftsbanken zeigen, etwa bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit an den Tag legen würden. Die Asymmetrie ist dasjenige, was das soziale Empfinden empört. Erschütternd ist auch zu sehen, wie die Verantwortungsträger in der Finanzbranche so tun, als hätten sie sich nichts vorzuwerfen. Niemand will Täter sein. „Der Markt ist schuld! Die Aufsichtsräte und die Manager haben sich nichts vorzuwerfen!“ - so tönt es. Im schlimmsten Fall winken ihnen immer noch hohe Abfindungen. In dieser Hinsicht hat wenigstens der deutsche Bundespräsident Köhler klare Worte gefunden (s. Kasten S. 7). Dass man mit der Krise an die Grenzen des Marktgedankens stößt, hat indes auch er nicht bemerkt. Die katastrophische Bereinigung von Finanzkrisen durch das Marktgeschehen statt bewusster Gestaltung ist menschenunwürdig. Alles beim Alten zu lassen und nur besser aufzupassen und strenger zu prüfen und zu reglementieren, ist letztlich eine zum Scheitern verurteilte Strategie, wenn die Ursache der Krisen darin besteht, dass Finanzbeziehungen fälschlicherweise als Marktbeziehungen organisiert werden... Es wird allenfalls noch mehr Dokumentation,

US-Hauspreisindex sinkt weiter

Der Case-Shiller-Hauspreisindex für 20 Metropolregionen, der wohl wichtigste Index zur Messung der Preisentwicklung am US-Wohnimmobilienmarkt ist im Februar 2008 um 12,7 % unter den Vorjahreswert gesunken und hat damit seine Talfahrt fortgesetzt. Der Abfall gegenüber dem Vormonat betrug 2,6 %. Der entsprechende Index für die 10 größten Metropolregionen der USA sank um 2,8 % gegenüber dem Vormonat und um 13,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2008-04/artikel-10699232.asp>

noch höhere Eigenkapitalquoten usw. bewirken - und damit vermutlich die Falschen treffen.

Was den Versuch der FED angeht, der Krise mit einer Niedrigzinspolitik entgegenzusteuern, so macht die Europäische Zentralbank hier nicht mit, weil sie keine stärkere Inflation zulassen will. Sie beschränkt sich darauf, liquide Mittel zur Verfügung zu stellen. Das verschärft aber naturgemäß die Probleme im Verhältnis von Euro und Dollar, weil der relativ hohe Zinssatz zusätzlich Geld nach Europa zieht. Das wiederum verstärkt den Abwertungstrend des Dollar, verbessert aber die Exportchancen der US-Wirtschaft in Richtung Europa. Es stellt sich die Frage, ob die USA Konjunkturlokomotive der Welt bleiben oder ob es in den USA eine Rezession gibt und diese dann nach Europa überschwappt. Stimmt überhaupt noch der alte Satz, dass Europa den Schnupfen bekommt, wenn Amerika hustet? Oder hat sich das entkoppelt? Über diese Frage gehen die Meinungen in der Fachwelt auseinander. Dass es das Risiko einer Weltrezession gibt, ist aber dennoch weitgehend unstrittig. Und wir werden um die Entscheidung, ob wir nur partielle Reparaturen am System oder grundlegende Umgestaltungen vornehmen wollen, letztlich nicht herumkommen.*

Wer sind die Täter? Weitere Überlegungen zur Rolle von Rechtsordnung, Geldinstitutionen und Anlegern**

Die geschilderten Ereignisse bilden, was die Größenordnung angeht, ein völlig neues Kapitel in der Geschichte der Finanzkrisen. Es ist wichtig, die Vorgänge nicht einfach zu verurteilen, sondern zu verstehen, - vor allem auch zu verstehen, was die Menschen eigentlich tun, die im Finanzsektor arbeiten. Die sogenannten Finanzinnovationen fallen ja nicht vom Himmel, sondern sind der Versuch, Probleme zu verarbeiten, die sich aus einer dahinter liegenden tatsächlichen Entwicklung ergeben. Die von dieser Entwicklung aufgeworfenen Fragen müssen verstanden werden, um beurteilen zu können, wo sich die Bewältigungsversuche gegen das soziale und ökonomische Leben zu kehren beginnen.

Es sei zum Verständnis mit der scheinbaren Selbstverständlichkeit der Arbeitsteilung in der Ökonomie begonnen: die moderne Ökonomie lebt restlos aus der Zusammenarbeit. Produktion und Bedürfnisse sind nicht mehr kleinräumig verbunden, sie liegen nicht mehr in ei-

* Möglicherweise ist die japanische Erfahrung lehrreich. Japan, nachdem es lange als die aufstrebende Wirtschaftsmacht Nummer 1 angesehen worden war, geriet Anfang der 90er Jahre in eine gewaltige Krise. Der japanische Aktienindex sank innerhalb kürzester Zeit von 36.000 auf 11.000 Punkte. Es half nicht einmal, dass die japanische Zentralbank den Zins auf Null brachte. - Zeitweilig war er sogar, für Banken, die Geld aufnahmen, negativ. Japan hat 15 Jahre gebraucht, um wieder zu Wachstum zu kommen.

** Das einleitende Referat in diesem Teil hielt Udo Herrmannstorfer. Harald Spehl und Finanzpraktiker aus dem Teilnehmerkreis ergänzten.

ner Hand, sondern jeder Wirtschaftsprozess geht immer durch das Ganze hindurch. Niemand lebt von dem, was er selbst tut, sein eigenes Produkt trennt sich radikal von ihm, und er selber lebt von Produkten anderer. Gerade das führt zu einer ungeheuren Entfaltung des gesamten Potenzials der Menschen. Aus dem Spalt zwischen Produktion und Bedarf schlüpfen neue Möglichkeiten der Produktivität hervor, wie ein zusätzliches Kaninchen aus dem Hut des Zauberers erscheint. Die Arbeitsteilung führt zu einer enormen Belebung der sozialen Prozesse. Sie ist immer zugleich mit der Frage gekoppelt, wie das Geteilte zu verbinden ist: Wie wird getauscht, was wir füreinander leisten? Teilungs- und Verbindungsaspekte kommen notwendig zusammen. Für die Verbindung aber muss es ein Vereinfachungselement geben, einen neutralen Punkt, durch den die Vielheit der Gebrauchswerte hindurchgeht. Dieses abstrakteste Element des Sozialen ist das Geld, durch das wir alles auf einen Nenner bringen. Die Preisbildung ist nichts weiter als Verhältnisbildung zwischen den Leistungen. Geld ist hierfür nur der Ausdruck. Man sieht es ihm nicht an, wofür es im einzelnen steht. Aber wir brauchen es gerade deshalb als Vermittlungsinstrument. Über einen Geldvorgang können wir Äpfel und Birnen vergleichen!

Das geht aber letztlich nur, wenn das Geld nicht selbst schon etwas ist. Lange war das Geld selbst noch eine halbe Realität - indem es durch Gold gedeckt blieb. Einige sind voll Angst, seitdem das 1971 aufhörte, und klagen, wie furchtbar das sei, dass unser Geld nicht mehr gesichert sei. Bei Golddeckung würde sich die Geldmenge begrenzen, so ein häufiges Argument und damit der ausufernden Geldspekulation eine Grenze gesetzt werden. Doch letztlich steht der soziale Organismus nicht auf Geld und Gold, sondern auf den Leistungen, für die dieses der Ausdruck ist oder sein kann.

Man mache sich auch klar, dass die Arbeitsteilung nur möglich wird, wenn in der Menschheit eine ganz andere Wachheit einzieht, als sie zuvor da war. Das Bewusstsein richtet sich jetzt auf die Erde, Unternehmertum bricht auf, Entdeckungen werden gemacht usw. Wir bemerken jetzt, dass die Tauschwirtschaft nicht ausreicht. Die Tauschverhältnisse der Vergangenheit sind nach innen gerichtet und rückwärtsgewandt: man tauscht, was man hat, was bereits entstanden ist, da ist. Das moderne Unternehmertum schafft dagegen das Zukünftige, was eben jetzt noch nicht da ist. Es entstehen Ideen, zu denen Realität erst noch hinzukommen muss. An die Seite des Geldtauschs für Ware (Kaufgeld) tritt Kredit, Kapital. Die Zeitachse dreht sich dabei um. Ich habe eine Idee und ich will etwas realisieren. Das ist eine ganz andere Tonlage als: Ich habe etwas übrig und will es tauschen.

Heraufkommen einer Kredit- und Fähigkeitenwirtschaft

Das Denken kommt da allerdings häufig nicht mit. Im Geiste behandelt man Leihgeld noch wie Kaufgeld. Aber der Unternehmerkredit ist keine persönliche Schuld, vergleichbar der, die entsteht, wenn ich im Laden anschreiben lasse. Als Unternehmer habe ich ein Versprechen geleistet! Ich brauche Geld nicht um zu konsumieren, sondern, sondern weil ich etwas schaffen

will! Das ist eine ganz andere Geldqualität. In diesem Sinne ist übrigens auch Eigenkapital qualitativ Kreditgeld: Kapital und Kredit gehören zusammen, während auf der Tauschebene kein Kapitalbegriff existiert.

Der Unternehmensbegriff ist kein Tauschbegriff. Natürlich kann ich ein Kapitalvermögen auch ausgeben. Aber das ist nicht der „Normalfall“: Normalerweise geht es beim Kapital darum, was man daraus macht. Es ist Produktionsmittel, nicht Konsumgut, - ein Zukunftswert. Der Schönheitsfehler dieses Zukunftswertes besteht darin, dass ich ihn nicht heute schon in der Hand habe, wie beim Gegenwartswert der Ware, die ich kaufe. Ich muss mich auf den Handschlag und vielleicht noch den treuen Augenaufschlag des Kapital- bzw. Kreditnehmers verlassen. Diese Lücke von der Gegenwart bis zur Realisierung nennen wir Risiko. Es besteht in der beschriebenen Umkehrung der Zeitachse: Erst Kapital, später die Früchte. Das ändert unser ganzes soziales Verhalten. Kreditfähigkeit ist eine Qualität für sich. Wenn wir die Rechtsmündigkeit erlangt haben, dürfen wir Kaufverträge abschließen. Beim Kredit geht es um die Frage: bist du kreditwürdig“, d.h. kannst du vorgeifen, entfaltest du Initiative, bist du verlässlich, hältst du durch usw.? Ohne diese menschlichen Qualitäten ist kein Kredit wirklich sicher. Die schönsten Pläne nützen nichts ohne die Kraft des Menschen, der sie umsetzt. Wir leben heute weniger in Kaufverhältnissen, mehr in Kreditverhältnissen. Wir sind vor allem mit der Ausgestaltung dieser Seite beschäftigt und diese Ausgestaltung hängt immer mit der Bewältigung des Zeitabstandes zusammen.

An dieser Stelle wollen wir das Problem der Alterssicherung in unsere Betrachtungen einbeziehen. Früher wäre man ausgelacht worden, wenn man davon gesprochen hätte, dass wir mehr als ein Viertel unserer Lebenszeit auf Rente oder Pension angewiesen sind. Durch die Alterung der Gesellschaft wird dies aber immer mehr Realität. Wo entsteht das Einkommen für die immer längere Zeit, in der wir nicht mehr tätig sind? Und wie schafft man es, dass diese Altersgelder sicher sind? Denn so wie das Unternehmerische das Risiko braucht, brauchen wir als Sparer Sicherheit. Wie bringen wir das unter einen Hut? Einerseits muss das Geld ja dorthin fließen, wo es produktiv genutzt wird - also zum Risiko, andererseits wollen wir uns darauf verlassen können, dass wir im Alter nicht mittellos dastehen. Als Sparer denkt man: Ein Kuvert mit meiner Rente bleibt übrig, selbst wenn alles sonst zusammenbrechen mag. Andererseits darf man als Anleger nicht zuerst nach den Renten fragen. Wie gehen wir mit dieser Lebensspannung zwischen dem Investitionswillen des Kapitals und der Sicherungsproblematik richtig um?

Solange Kapital und Kredit nicht im Zentrum der Ökonomie standen, haben Geldleiher und Wechsler sich um diesen Bereich gekümmert. In dem Moment, in dem er ins Zentrum rückt, tritt auch eine neue Einrichtung dafür auf: die Banken. Die Banken sind natürlich auch Girokasse, aber das ist nur eine ihrer Funktionen. Vor allem ist die Bank notwendig als Vermittler zwischen Sparwillen und Investitionswillen. Sie ist es, die den Transfer der beiden Elemente leisten, Gespartes und Gebrauchtes so zusammenbringen muss, dass daraus ein lebensfähiger und nachhaltiger Prozess zu Stande kommt. Das ist eine Frage der Fristen: Als Sparer und

Rentner in spe wollen wir wissen, was wir in 40 Jahren bekommen, als Unternehmer brauchen wir kurzfristig Bewegungsspielraum. Die Bank hat das im Gleichgewicht zu halten, weil Kurz- und Langfristigkeit nicht einfach so zusammenpassen. Bei der gegenwärtigen Finanzkrise ist dies genau das Problem: langfristige Anlagen werden zusammengespannt mit kurzfristigen Kapitalmarktpapieren, was im Grund gegen die Bankerregel der gleichen Fristigkeiten verstößt, die durch die Kapitalmarktdynamik einfach ausgehebelt wird.

Was die Geldinstitute zu leisten hätten, wird durch das Bild der Bank als soziales Kraftwerk gut getroffen: Die Bank verwendet das stillgelegte Geld, den Stausee des Gesparten, um daraus Kredite zu machen. Das ist wie ein Umspannen: das Potenzial des Gestauten wird so erst fruchtbar. Der ganze Wohlstand der Moderne ist dieser Umformung zu verdanken.

Wie geht die Bank - idealtypischer Weise - als „Kraftwerksbetreiber“ mit dem Risiko um? Alle Kredite sind in einem Topf. Aus diesem Topf gehen einige auch verloren. Andere gehen sehr gut. Die Mischung macht es, bei der ein Plus herauskommen muss. Um das sicherzustellen, gibt es vor der Kreditgewährung eine Prüfung der Kreditwürdigkeit. Alles weitere ist Sache der Solidarität. Das Risiko wird verteilt, indem Ausfälle solidarisch auf alle Kredite umgelegt werden. Der Zins kann dann niemals ein abstrakter Anspruch des Geldes sein, sondern ist ein Ertragsteil, Teil dessen, was per Saldo übrigbleibt.*

Weitgehend haben Banken so gearbeitet, als Risikoausgleichsfonds. Das ist aber lange schon anders geworden. Der Sündenfall liegt darin, dass sich Banken nicht mehr als Vermittler zwischen Sparer und Kreditnehmer, sondern als Vertreter eines eigenen Geschäftszweiges verstanden und aufgeführt haben. Im „Bankgeschäft“ wird heute mit „Kapitalprodukten“ gehandelt wie anderswo mit Einbauküchen oder Kartoffelchips.

Zerstörung der Vermittlerrolle der Banken und das Bankenprivileg

Es hört sich harmlos an, aber im Kern geschieht damit nicht weniger, als dass die Mittlerrolle der Banken ganz verloren geht. Banken vermarkten ein eigenes Produkt, mit dem sie möglichst viel verdienen wollen, weshalb sie jedes Risiko möglichst zu vermeiden versuchen. Jetzt geht es nicht mehr um Risikoausgleich, sondern mit dem sogenannten „Basel II“-Abkommen der Banken um die Bewertung jedes Einzelrisikos für sich. Jeder Kredit wird nach Risiko klassifiziert. Die Förderung bestimmter Projekte und Tätigkeiten über die Kreditkonditionen ist als Quersubvention und Wettbewerbsverzerrung verboten. Die alte Solidargemeinschaft Bank ist aufgesplittert. Banken verwalten nur noch Einzelkonten und führen über sie Buch. Sie fühlen sich als Kapitalverwalter, nicht als Akteure einer Gemeinwirtschaft.

* Man muss übrigens nicht nur differenzieren zwischen Konsumkrediten und Produktionskrediten, sondern auch die spezifische Qualität bei der Verschuldung der öffentlichen Haushalte beachten: Die Kredite einer Kommune sind Infrastrukturfinanzierung, was ich gar nicht vergleichen kann mit den beiden anderen Qualitäten.

Diese Entsolidarisierung hat zur Wirkung, dass mehr als je derjenige, der sehr viel hat, immer noch mehr bekommen kann. Wenn man über sehr viel Eigenkapital verfügt, kann man alles machen und kommt leicht an Geld. Wer das nicht hat, kommt in die schlechtere Risikoklasse und gelangt nur, wenn überhaupt, unter komplizierten Bedingungen an Geld. Wer Millionen anlegen kann, kann auch riskante Geschäfte machen und große Hebelwirkungen nutzen. Die Qualität der sozialen Streuung, die eigentlich Aufgabe der Banken war, geht verloren. Der Kredit, da wenig profitabel und stark risikobehaftet, ist bei den Banken zusehends unbeliebter geworden. Aus Renditegründen versucht man, die Kredite wenn möglich zu reduzieren. Am liebsten würde man nur noch Kapitalanlagen vermitteln. So haben die Banken ihre Unschuld als Mittler des Transfers verloren, betreiben ihr Eigengeschäft und sortieren die Kredite nach ihrem eigenen Ertrags Gesichtspunkt. Geld ist aber etwas völlig anderes als ein privates Produkt!

Das Ganze ist doppelt schlimm weil die Banken mittlerweile privilegierte Institutionen sind, denen der Geldverkehr monopolartig zugeschrieben worden ist. Das ist im Grunde ein Systembruch, weil es durch Privilegien den Wettbewerb einschränkt, was normalerweise heftigen Widerspruch hervorrufen müsste. Das Privileg der Banken führt dazu, dass private Bankgeschäfte - besonders auch im alternativen Bereich - verboten sind. Vermutlich wird die Konsequenz aus der Finanzkrise eine noch restriktivere Handhabung dieses Grundsatzes sein. Dass ein Unternehmen Obligationen herausgeben darf, wie vor kurzem in der Schweiz noch möglich, wird ganz der Vergangenheit angehören. Diese Monopolstellung der Banken könnte man noch akzeptieren, wenn diese wirklich Treuhänder wären. So aber ist es dubios und ein ganzes Gewerbe kommt in den Geruch, Insidergeschäfte zu machen, weil es Makler und Begünstigter zugleich ist. Wie können die Banken wieder zum ehrlichen Makler werden? Das ist eine wichtige Zukunftsfrage.

Natürlich hat man auch früher Kreditanträge einer Prüfung unterworfen - und was offensichtlich keinen realen Boden hatte, das wurde auch damals schon aussortiert. Aber jetzt wird überhaupt nur noch zugelassen, was die Rendite entsprechend mehrt. Der Solidarwille verschwindet. Solange ich ein gutes Risiko bin, habe ich mit den anderen nichts zu tun. Und weil das größte Risiko der Einzelne ist, kommen Kleinkredite - Kredite bis 30.000, 50.000 Euro in die schlechteste Risikoklasse. Man muss gar nicht mehr hinschauen, welches konkrete Projekt durch den Kredit ermöglicht werden soll.

Noch gibt es ein paar Banken, die einen regionalen Leistungsauftrag haben, wie Sparkassen oder Kantonalbanken. Aber sie sind auf dem Rückzug und wissen oft selbst nicht mehr, worin ihre Gemeinwesenorientierung konkret bestehen soll. So haben wir einen Umschwung in den Kapitalbewegungen, der in seiner neuen Qualität oft noch unterschätzt wird.

Dies alles wird nicht aus Kapitalfeindschaft gesagt. Maßgeblich ist vielmehr die Frage, wie das, was sich im Kapitalwesen heranbildet und durch die skizzierten Tendenzen zur Zeit deformiert wird, richtig zur Erscheinung kommen kann.

Hier spielt selbstverständlich das Thema der Verzinsung hinein. Auch wenn an dieser Stelle hierüber keine Grundsatzdiskussion geführt werden kann und soll, so ist doch wichtig, sich klar zu machen, dass Zins, der aus einem Mehr durch Kapital entsteht, nicht qualitativ dasselbe ist wie Zins, der nur durch ein Ausleihgeschäft entsteht. Wenn ich Geld etwa für Konsumzwecke gebe und mehr zurück haben will, als ich gegeben habe, schmälere ich das Einkommen des Kreditnehmers. Gebe ich Geld, damit mehr daraus gemacht werden kann und ich erhalte einen Teil dieses Mehr zurück, dann ist dies eine andere Wirkung. Zins auf Produktionskredite ist immer ein Anteil am Ertrag - unabhängig davon, ob oder in welcher Höhe ich eine solche Ertragsbeteiligung für gerecht halte. Vielfach sind Zinsversprechen heute bei uns jedoch unabhängig vom Ertrag - anders etwa als es die Praxis islamischer Banken ist. - Das Zinsverbot in den Religionen ist eben kein Ertragsbeteiligungsverbot, sondern ein Verbot der Ausnutzung von Notlagen. Bei Eigenkapital praktizieren wir es genau so. Dividenden sind keine Zinsen. Allerdings zahlen wir hier den Preis des Durchgriffs der Shareholder auf das Unternehmen.

Zinseszinsdynamik muss gebrochen werden

Was geschieht nun mit dem Überschuss an Kapital, mit dem Ertrag? Er müsste im Grunde wieder verbraucht werden. Heute halten wir es dagegen für ganz selbstverständlich, dass man die Zinsen wieder dem Kapital zuschlagen kann. Dadurch entsteht der sogenannte Zinseszins. Er erscheint nur auf den ersten Blick als harmlos, bei näherem Hinsehen zeigt sich eine lebensfeindliche Dynamik in Gestalt der bekannten exponentiellen Kurve, die dazu führt, dass der berühmte Pfennig, den Joseph zur Zeit von Christi Geburt „anlegt“ inzwischen rechnerisch den Wert einer Erdkugel aus Gold weit übersteigen müsste. Das korrigiert sich katastrophisch, durch Hyperinflationen und Währungsschnitte, ändert aber nichts daran, dass der „Arbeitszwang“, dem das Geld unterliegt, immer mehr Zins hecken zu müssen, lebensfeindliche Wachstumszwänge erzeugt und zu einer Vermögensumverteilung führt: Das Wachstum der Geldvermögen übersteigt heute bei weitem das des Sozialprodukts. Das Bedürfnis des Geldes nach Zins setzt sich vor die realen Bedürfnisse.* Der berühmte Satz von Kenneth Boulding nimmt das Problem aufs Korn: „Wer glaubt, dass ein stetiges Wachstum in einer begrenzten Welt ewig dauern kann, ist entweder verrückt oder ein Ökonom.“

Am Anfang saugt der Geldbedarf, der aus einem realen und notwendigen Projekt folgt - z.B. einem Hausbau -, den Kredit an. Aber der Sog wandelt sich alsbald in Druck. In einer Periode, wo jeder bauen will, weil z.B. durch Krieg viel Wohnraum zerstört wurde, ist dies kein Problem. Was aber, wenn der Bedarf an Wohnraum relativ gesättigt ist? Wie soll die Bank ihre Geldgeber mit Zins bedienen, wenn gerade niemand bauen will? Die erste Reaktion wäre, jemanden zu finden, der doch bauen will, oder jemanden mit günstigen Konditionen

* Diese Prozesse werden heute beschleunigt, weil bestimmte Geschäfte erst mit der heute durch die EDV erreichbaren Rechengeschwindigkeit funktionieren, die an sich natürlich einen Fortschritt darstellt.

zum vorfristigen Baubeginn zu verlocken. Aber dieser Strategie sind Grenzen gesetzt. Auch Unternehmensübernahmen und Immobilienkäufe durch die Banken sind allenfalls nur eine Teillösung. Weil das so ist, sucht man fieberhaft nach Möglichkeiten, die Begrenzungen der Wirklichkeit zu überschreiten, einen virtuellen Bereich ohne Grenzen zu schaffen. Damit gelangen wir ins Reich der Derivate. Es ist etwas anderes, ob die Banken auf reale Investoren angewiesen sind, oder ob sie Geldgeschäfte tätigen, die in Wetten darauf bestehen, ob jemand ein Haus baut! Auf diese Weise kann man viele Eierumsätze mit immer denselben Eiern schaffen. Es gibt dabei nur zwei prinzipielle Probleme: Erstens muss man genügend Spieler finden. Und zweitens muss man verhindern, dass das Geld wieder zurückkommen will in die Realität. Cash/Kasse machen kann nur der Einzelne, wenn er sein Papier verkauft. Wenn alle das machen, haben wir statt Cash den Crash. Aber solange sie schwebt, ist jede Blase in Ordnung, denn solange platzt sie nicht. So entsteht ein permanenter Druck, neue Finanzprodukte zu erfinden und die Blase im Schwebезustand halten.

Derivate sind Ersatzprodukte, Kunstprodukte. Wenn eine Aktie im Wert von 100 Euro um 10 % steigt, lässt sie sich für 110 Euro verkaufen und der Verkäufer gewinnt 10 %. Wenn ich für 10 Euro eine Wette auf den Anstieg der Aktie abschließe, die - wenn ich sie gewinne - mir 10 Euro Wertzuwachs bringt, habe ich 100 % Gewinn, nicht 10 %. Man nennt das „Hebel“. Der kleine Schritt ins Wettgeschäft lässt uns eine Welt außerhalb der Realwelt betreten. Denn jeder sagt: ich kann doch Wetten abschließen wie ich will. Darum zählen die Wetten auch nicht zum „normalen“ Geld, sie gehören nicht zum Bankgeschäft. Darauf beruft sich die US-Notenbank (FED), wenn sie sich seit einiger Zeit weigert, Daten über die sogenannte Geldmenge M3 zu veröffentlichen. Darauf berufen sich auch die Finanzmanager, wenn es darum geht, die Forderung nach Regulierung oder wenigstens Registrierung solcher Geschäfte abzuweisen. Man versucht den Anschein zu erwecken, als habe dieses Kasino mit der Wirtschaft nicht nur nichts zu tun, sondern auch keine Rückwirkungen auf sie. Und die Banken versuchen, sich Spielerlaubnisse zu besorgen, d.h. Risikokredite zu geben, als ob wir es mit einem völlig getrennten Kreislauf zu tun hätten und es sich um Spiel-Chips handelte, mit denen gefahrlos gezockt werden kann. Es sind die gleichen Leute, die Basel II verhandelt haben, um das Kreditrisiko für die Banken zu minimieren, die selbst immer riskantere Geschäfte machen, ohne dafür die Sicherheiten zu bieten, die sie von andern einfordern.

Man darf diese Kritik an der Geldspekulation nicht falsch verstehen: Im Kreditwesen wird immer Hoffnung mitgebracht, denn es muss auf die Zukunft vorgreifen und hat dadurch notwendig etwas Schwebendes. Die Frage ist: Wo wird die Blase ungesund, lebensbedrohlich, wo beginnt die Zinseszinskurve ihre zerstörerische Funktion zu entfalten? Und wie können wir dort die Zinsdynamik unterbrechen und veranlassen, dass der Zinseszins immer wieder verbraucht wird? Wir müssen offenbar der Exponentialfunktion eine Abwertungsfunktion entgegensetzen. Wie verzehrt sich Kapital auf richtige Weise wieder, und wie wird dadurch verhindert, dass

der Druck so groß wird, dass er alle Grenzen des Vernünftigen durchbricht? Wie bereits gesagt wurde, sorgt heute die Krise für das Brechen der Zinseszinsdynamik, aber auf naturhaft katastrophische Weise, nicht wie es dem modernen Menschen angemessen wäre durch bewusste Gestaltung. Der Markt „bereinigt“, aber ohne Rücksicht auf die Betroffenen. Wir rechnen und buchen, als ob die Aufzinsung nie aufhörte. Und wir stellen „Blasenwerte“ in reale Bilanzen ein, ohne uns hinreichend über die Berechtigung dieses Vorgehens klar zu sein.

Was ist Investition?

Geld stinkt nicht, sagt man, es ist geruchsneutral, egal ob es auf Finanzmärkten verzockt oder in sinnvolle Projekte investiert wird. Unser Begriff der Investition ist als solcher ganz unscharf geworden. Was ist damit gemeint? Das Volkseinkommen kann man konsumieren oder investieren, ausgeben oder sparen. Ist darum aber alles nicht ausgegebene Geld, alles Gesparte wirklich schon Investition, bevor noch etwas real damit passiert ist? Dann wäre Kassenhaltung bereits Investition, was auch vielfach heute so gesehen wird. Richtig ist, dass in jedem Geld ein Potenzial steckt. Aber entscheidend ist, was man daraus macht. Sparen und Horten: das ist ein Unterschied. Wenn wir uns auf solche Differenzierungen nicht einlassen, führt das dazu, dass man jeden Betrag als Wert buchen kann, auch wenn er gar keinen Nutzen stiftet: Nominale Gleichwertigkeit ohne werthaltige Deckung. Selbst ominöseste Wertpapiere zu kaufen, gilt als Investition, gleichgültig welche - unter Umständen zerstörerischen - Wirkungen damit ausgelöst werden.

Diese formale Gleichsetzung, womit Geld sich nicht an der Realität beweisen muss, führt in der Konsequenz zur Entwicklung jener sich immer mehr von der Realität ablösenden Geldwirtschaft, die wir hier studieren konnten. Es handelt sich um Eigendynamiken, selbstreferentielle Bewertungsmechanismen eines Marktes, auf dem mit Vorstellungen, Hoffnungen und Erwartungen gehandelt wird. Stockt dieser Handel, bricht alles zusammen und die Wirklichkeitsprüfung, ob und womit dies alles denn gedeckt ist, setzt ein.

Zurück zu unserer Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen Sicherheitsbedürfnis und Risikosituation. Was muss man tun, damit „Geld einigermaßen sicher über die Runden kommt“? Genau betrachtet ist es ja gar nicht das Geld als solches, das über die Zeit kommt. Wenn wir die Welt ruinieren, nützt uns ein Geldbetrag nichts. Das Sparen in der Geldwirtschaft vollzieht sich eben nicht so über Geld, wie in der Naturalwirtschaft über Naturalien. Josef konnte in den sieben fetten Jahren Kornspeicher anlegen für die sieben mageren - und alle konnten dann davon essen. Geld jedoch kann man nicht essen und alle müssten verhungern, wenn nichts als das Geld aufbewahrt würde. Daher das Insistieren auf der Frage nach der Realwirtschaft. Es ist die Frage, wie wir im Ganzen des gesellschaftlichen Prozesses stehen. Was müssen wir heute tun, damit in 20 oder 30 Jahren der soziale Organismus das leistet, was wir dann brauchen und wofür unsere Pensionsgelder nur ein Stellvertreterwert sind?

Mittäterschaft oder Mitverantwortung? Altersvorsorge und Kapitalwirksamkeit

Es ist nicht zu leugnen: mit die wichtigsten Auftraggeber der Spekulanten sind die großen Pensionsfonds - allein die kalifornische Lehrerpensionskasse ist mit 350 Milliarden Dollar gefüllt. Und mit ihnen werden alle zu Tätern, die durch solche Fonds im Alter sicher sein wollen. Die Risikofrage ist nicht einfach ein Sachzwang, sondern das Bedürfnis der Menschen nach Mehr verstärkt die „Anlagephantasie“, die raffiniert Zeitdifferenzen ausnutzt, und mit ihr das große Risiko. Gewiss gibt es noch Unterschiede in einzelnen Ländern - so sind die deutschen Banken seit vielen Jahren damit beschäftigt, den eher konservativen deutschen Anlegern Aktien und Derivate schmackhaft zu machen. Aber die Unterschiede werden geringer. Auf der anderen Seite: Wenn der kleine Mann gar kein Risiko nehmen will und die Banken auch nur ein möglichst geringes, dann nehmen die Hedge-Fonds das Risiko und lassen sich dafür möglichst teuer bezahlen.

An und für sich sind beide Formen der Alterssicherung, Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung, legitim. Allerdings nur, wenn Kapitaldeckung im Kontext mit der realen Reichtumsvermehrung durch das Kapital verstanden wird. Es ist interessant, einmal zu überlegen, was man eigentlich zur Alterssicherung unternehmen könnte, wenn man dabei auf sich allein gestellt wäre und man keine Unternehmensanteile und keine Grundstücke kaufen könnte? Dann bliebe nur die Gründung eines Unternehmens, dessen Kreditgeber und Kreditnehmer ich dann gleichzeitig wäre. Was ich durch meine Fähigkeiten aus dem Kredit mache, davon wäre mein Alterseinkommen dann abhängig. Fähigkeiten sind die gemeinsame Quelle von Umlagen und Erträgen. So unberechtigt und vordergründig die Polemiken gegen das Umlageverfahren vielfach sind: unverkennbar ist doch, dass es an Grenzen kommt - auch, weil Lohnanteile zur Finanzierung nicht mehr ausreichen. Die Frage, wie die notwendigen Zuwächse entstehen, ist nicht hintergebar. Damit kommen wir aber von der Perspektive der Teilung des je Vorhanden zu der der Sicherstellung zukünftiger Erträge. Und deshalb müssen wir alle nicht nur an unserer eigenen Alterssicherung, nicht an einem Einzelunternehmen oder einer einzelnen Branche, sondern an der Gesundheit des ganzen sozialen Organismus interessiert sein.

Schließlich muss bei der Bewertung der heutigen Finanztechniken immer auch gefragt werden, wozu dieses oder jenes Instrument im konkreten Fall genutzt wird und von wem. Oft haben wir Mehrfachlagen der Motivation - ich kann eine Finanzierungstechnik primär für mich oder für andere einsetzen. Der Zusammenhang entscheidet. Heute haben wir es mit einer neoliberalen Denkweise zu tun, deren Credo die Risikotragfähigkeit des Einzelnen ist und der soziale Überlegungen wesensfremd sind. In den notwendigen radikalen Veränderungen der Finanzwirtschaft darf ihre eigentliche Aufgabe, die Realwirtschaft mit Geld zu versorgen, nicht mit untergehen, sondern sie muss vielmehr stärker zum Tragen kommen. Wie auch immer man die Einkommensfrage anschaut, ob man zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen als Schritt in die Zukunft befürwortet: letzten Ende geht dies alles nur, wenn Kapitalerträge da sind. Sie sind die Grundlage für die Festlegung von Anteilen.

Kann man Geld sichern? Notwendige gesellschaftliche Veränderung - Vorschläge für ein funktions- fähiges Geldsystem*

Die Finanzkrise zeigt, dass bisherige Formen der Risikoabsicherung nicht mehr tragfähig sind. Wir haben das bisher primär an den Banken studiert, man muss aber auch die Versicherungswirtschaft mit einbeziehen. Die Anlässe für Geldanlagen sind dort zwar andere, aber es geht um die gleiche Frage: Was macht man mit dem Geld? Das ist die *erste Frage* bei der Suche nach Alternativen. Steht der Erwerbzweck im Vordergrund, so ist die Rendite Selbstzweck; ansonsten ist die Verzinsung nicht Zweck, sondern Mittel. Mit welchem Ziel legt eine Versicherung das Geld an? Gibt es ökologische, ethische Gesichtspunkte? Der *zweite Punkt*: Es muss beachtet werden, dass Kapital nicht gleich Kapital ist. Wir müssen vielmehr den Sinn für Kapitalqualitäten entwickeln. Der Kredit, die Hypothek, das Spekulationspapier mögen auf die gleiche Summe lauten: der Sache nach sind sie nicht dasselbe. Und der *dritte Punkt* ist dann die Zinseszinsfrage: Muss sich eine rentable Investition immer wieder neu investieren - oder gibt es auch andere Verwendungsmöglichkeiten als die Reinvestition. Mehr und immer mehr - wo führt das hin? Das *vierte Problem* - das in die Verbriefung überhaupt hineingeführt hat - ist die Verkäuflichkeit von Unternehmen und Boden. Nur im Hinblick auf die daraus abgeleiteten Rechte können Forderungen in der gekennzeichneten Art abgetreten werden. *Fünftens* haben wir dann das Problem der Entsolidarisierung: der Selbstbezogenheit der Unternehmen im Finanzsektor. Die Begründung der Banken für diesen Weg lautet zumeist: Wir müssen verhindern, dass wir übernommen werden. Das wäre wiederum überhaupt nicht möglich, wenn die Aktie nicht ein Verfügungsrecht über das Unternehmen wäre.

Die großen Beteiligungen durch die erwähnten Staatsfonds aus Asien bringen eine neue Diskussion darüber herauf, was die Verkäuflichkeit von Eigentumstiteln und Forderungen bedeutet. Es ist zu hoffen, dass diese Diskussion nicht an der Oberfläche bleibt, sondern transparent macht, was damit eigentlich verbunden ist: Ein Unternehmen kann die Verpflichtungen, die es einem Partner gegenüber eingegangen ist, verkaufen - und dieser Partner muss mit einem neuen Vertragspartner zu Recht kommen, mit dem er bisher nie zu tun gehabt hat. Unabhängig davon, ob dieser neue Partner zivilisierter oder rabiater, seriöser oder unseriöser agiert: Das Eindringen in eine vertragliche Beziehung ist im Grund als solches bereits ein Skandal. Unter banktechnischen Gesichtspunkten verschwindet der Mensch oder die Menschen, mit denen andere Menschen eine Vereinbarung getroffen haben.

* Das einleitende Referat in diesem Teil hielt Udo Herrmannstorfer. Harald Spehl und andere ergänzten.

Die Pensionskasse PUK - ein praktisches Beispiel

Bei der Frage nach den Handlungsrichtungen, die aus der Misere herausführen, gibt es zunächst die Ebene, auf der ich persönlich agieren kann. Ein Beispiel dafür, wie man den eigenen Handlungsraum nutzen kann, ist die Schweizer „Pensionskasse für Unternehmen, Künstler und Freischaffende“ (PUK). Sie entstand aus Überlegungen zur Alterssicherung. Die Schweiz hatte 1984 beschlossen, das Umlageverfahren, das man angesichts des Bevölkerungsrückgangs nicht mehr für ausreichend hielt, durch ein Kapitalansparverfahren zu ergänzen. Das heißt jeder Schweizer im Beschäftigungsverhältnis muss neben den Beiträgen zur Grundsicherung (AHV) eine individuelle Versicherung abschließen (2. Säule). Hier wurde innerhalb jedes Betriebes eine eigene selbstverwaltete Kasse gebildet, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte einzahlen. Alternativ können auch Sammelstiftungen mit der Verwaltung der Gelder beauftragt werden. Der angesparte Betrag ist persönliches Vermögen des Arbeitnehmers. Ein Kreis von Menschen aus der anthroposophischen und alternativen Szene, die konventionellen Formen der Kapitaldeckung kritisch gegenüberstanden, fassten 1984 den Entschluss, eine eigene Pensionskasse zu gründen. Nach 20 Jahren hatte diese Kasse - eine Sammelstiftung - dann 250 Millionen Schweizer Franken eingesammelt, 300 Einrichtungen und mehrere Tausend Mitglieder waren ihr angeschlossen. Eine solche Kasse lebt mit der schon geschilderten Problematik: Altersgeld soll sicher sein - was muss in der Zwischenzeit passieren, wo muss es angelegt werden, damit es im Alter den Menschen zur Verfügung steht? Der erste Gedanke war, das Geld denen zu geben, von denen es kommt, es in den Einrichtungen „arbeiten“ zu lassen. Man erfuhr aber dann bald, dass das zu eng ist und nur einen Randbereich der Anlagen ausmachen kann. - Dies war früher schon der Grund, warum man in Betriebspensionskassen das Geld nicht im eigenen Unternehmen anlegen durfte: man wollte das Risiko nicht eskalieren lassen und die Arbeitnehmer schützen.*

Die Antwort - die von allen Mitgliedern gemeinsam getragen wurde - war ein Satzungs- und Anlage-reglement, das Wert darauf legt, dass die Projekte, in die Geld fließt, „menschen- und naturgerecht“ sind. Ein Ausschlusskatalog soll verhindern, dass Geld in Rüstung, Atomindustrie usw. fließt. In der Praxis sind solche Ausschlüsse nicht immer so einfach. In Eisenbahnnetze zu investieren ist ökologisch, - was aber wenn die Streckenplanung mit den logistischen Bedürfnissen der NATO abgestimmt wird? Völlige „Unbeflecktheit“ ist in einer vernetzten Ökonomie kaum zu realisieren, aber die Hauptrichtung muss stimmen, Kompromisse dürfen keine faulen Kompromisse sein! Die allererste Frage, die sich der Stiftungsrat bei Anträgen stellt, ist die nach der Sinnhaftigkeit des Projekts. Dann kommt die Frage nach den eigenen Interessen, durch die aber nicht der Blick auf die Hauptfrage verstellt sein darf. Inzwischen

* Man bemerkt das Problem aber auch ohne gesetzliche Nötigung. So hat der Sicherungsfonds der Schweizer Waldorfschulen - bei dem es um die sogenannten selbstständig erwerbenden LehrerInnen geht - erhebliche Deckungsprobleme durch die gegenwärtige Schrumpfung der Zahl der Unterrichtenden.

hat man deshalb bei Kreditanträgen eine Kommission vorgeschaltet, die die sachliche Seite prüft, so dass der Stiftungsrat sich noch mehr auf die Frage konzentrieren kann, ob die PUK das Projekt will oder nicht. Bei den Kriterien der Anlage spielt natürlich auch die Kapitalqualität eine wichtige Rolle. Zuerst galt die Linie „Keine Aktien“, die man auch lange durchhielt. Aber ist das so pauschal überhaupt richtig? Und wenn nicht die Aktie: welche anderen Finanzierungsformen muss man die Stelle setzen? Was, wenn eine Solarfirma an die Börse geht? Gerade dieser Fall trat auf und führt seit Monaten zu Diskussionen, auch mit anderen Pensionskassen, die mit im Boot sind.

Von zentraler Wichtigkeit: Wie verhindert man, dass die Zinsdynamik losbricht? Dazu hat man die Performance dicht an der Mindestverzinsung gehalten. Ein darüber hinausgehender Überschuss wird nicht nur an die Versicherungsnehmer, sondern auch für andere Zwecke aufgeteilt. Da die PUK auch - aus Gründen der Solidität - relativ konventionell anlegt - liegt die Verzinsung über Jahrzehnte relativ stabil bei 4,5%. Auf dem Höhepunkt der Börseneuphorie lagen andere Kassen bei 15%, und man musste sich gegen den Vorwurf wehren, man sei unfähig, betrüge die Mitglieder usw. Nach jedem Crash kippt diese Stimmung - und man kann dann beispielsweise in der Presse lesen, dass es in der Schweiz auch noch solide Pensionskassen gibt, die keine Verluste machen. Bei Rankings gehörte die PUK zu den 3 Besten in der Schweiz. Nachhaltig zu denken und nicht jeder kurzfristigen Renditeaussicht zu folgen, zahlt sich eben aus.

Solidarische Kreditsicherung

Wie geht die PUK mit der Risikofrage um? Dass auch einmal eine Investition abgeschrieben werden muss, ist ja nicht auszuschließen - auch wenn die PUK faktisch nur einen Ausfall in 25 Jahren hatte. Risiko können nur alle Beteiligten gemeinsam bewältigen. So akzeptieren die Versicherungsnehmer eine relativ niedrige Verzinsung, die Kreditnehmer haften im Gegenzug solidarisch für ausgefallene Kredite - soweit die Verluste Rückstellungen und Rücklagen überschreiten. In diesem Fall kann von allen Kreditnehmern bis zu 3 Jahren ein bis zu 3 % höherer Zinssatz eingefordert werden. Dies ist vertraglich so geregelt. Der eine Fall zeigte, dass dieser Verpflichtung auch 100%ig nachgekommen wurde.

Immer wieder geht es darum, die beschriebene Spannung zwischen Leben und Risiko einerseits und Sicherheit andererseits zu bewältigen. Welche Instrumente und Organe sind hierfür nötig? Auch die heute üblichen problematischen Instrumente sollen ja in dieser Spannung etwas bewirken. Früher hat die PUK viel über Hypotheken abgesichert. Die Hypothek nimmt bei uns aber kaum am Leben teil. Das Gegenteil ist beim Direktkredit der Fall: Dann nimmt man zu stark teil, man braucht z.B. das Geld, aber das Unternehmen ist gerade in Schwierigkeiten. Man muss sich also vor Einseitigkeiten hüten, vor allen Dingen aber braucht es das organisierte Gespräch zwischen geldanlegenden Einrichtungen und Initiativträgern/Kreditnehmern. Was macht man z.B. mit dem Liquiditätspolster von 15 Millionen Franken, das die Kasse haben muss - unter

anderem, weil jeder Beteiligte sofort die PUK verlassen kann, wenn er will? Der Ansatz war ein Liquiditätsverbund zwischen den Einrichtungen, der diesen teure Kontokorrentkredite erspart und zugleich verhindert, dass das Geld nicht genutzt wird.

Solidarität kann niemals eine Einbahnstraße sein. Die Sache wird ruiniert, wenn jeder nur fragt, was er bekommt und nicht auch, was er einbringen kann. Es ist sinnvoll beim Erwerb von günstigem Wohnraum zu helfen, aber eben nur, wenn dem eine Bereitschaft gegenübersteht, beispielsweise beim Verkauf des Hauses einen Teil des Erlöses wieder an die Solidargemeinschaft zurückzuführen. Wenn in der BRD die jahrzehntelange Wohnbaufinanzierung mit diesem Gegenstromansatz gearbeitet hätte, also beispielsweise 20 % vom Zugewinn beim Verkauf zurückgeführt worden wären: Was hätten wir für ein Vermögen für gemeinwesenorientierten Wohnungsbau!

Wie geht man mit den beschriebenen Differenzierungen um, z.B. den Bewertungsproblemen der Immobilien oder den Unwägbarkeiten der Unternehmensfinanzierung, die sich etwa aus Haftungsfragen ergeben? Die PUK ist den Weg gegangen, die Immobilienfrage in eine eigene Immobilien-Gesellschaft auszugliedern und die Gründung einer unabhängigen Stiftung zur Förderung von Nutzungseigentum zu betreiben. Für Unternehmen wiederum ist eine Beteiligungsgesellschaft ins Leben gerufen worden, die Coopera. An der ist die PUK beteiligt, ohne sich zu stark ins operative Geschäft der Unternehmensfinanzierung hineinziehen lassen zu müssen. Das heißt, man kann Beiträge leisten zu Initiativen, die man nicht selbst betreiben kann und sollte, die aber für das gesamte Netzwerk wichtig sind, das wir knüpfen müssen.

Wichtig ist, an der Linie festzuhalten, dass eine alternative Pensionskasse nicht einfach irgend etwas kauft, was Rendite verspricht. Wenn wir dagegen eine Summe von 30 Millionen Franken zur Verfügung stellen und die Banken um Vorschläge für einen passenden - den Kriterien der Nachhaltigkeit usw. entsprechenden Fonds - bitten, also eine Art Ausschreibung machen, dann müssen sich die Banken auf unsere Forderungen einstellen, dann schöpfen wir unseren Handlungsraum aus.

Wie jede andere Kasse muss die PUK also Anlageentscheidungen treffen und hat ein Vermögen zu verwalten. Sie versucht damit aber anders umzugehen, als die konventionellen Kassen und damit den herrschenden Tendenzen entgegenzuwirken. Unter anderen Bedingungen versuchen in Deutschland die Hannoverschen Kassen - und im Bankwesen die GLS Gemeinschaftsbank e.G. - in ähnlicher Richtung zu wirken.

Geld sichern heißt Zeit überbrücken

Beim Sparen, nicht nur fürs Alter, geht es um Überbrückung der Zeit, wie wir gesehen haben. Auch in Deutschland ist das Umlageverfahren - das allerdings anderen Regeln folgt als in der Schweiz - durch eine - im Gegensatz zur Schweiz - nicht obligatorische

Zweite Säule, die Riester-Rente, ergänzt worden. Das „Riestern“ wird vom Staat unterstützt - und am Riestern wird privat verdient. Insofern ist die Polemik gegen das Umlageverfahren oft nicht ehrlich. Bei der Riester-Rente geht mein Geld in Aktienfonds oder dergleichen - und der Anbieter garantiert mir eine bestimmte Auszahlung. Ich überlasse die Alterssicherung dabei einem anonymen Markt, der auf teilweise sehr fragwürdige Weise funktioniert. Gefordert ist offenbar ein bewussterer und mehr verantwortlicher Umgang mit der Alterssicherung. Es gibt junge Menschen, die sich überhaupt nicht mehr auf die bestehenden Systeme verlassen zu können glauben und ganz eigene Wege gehen. Da gibt es z.B. in USA das Konzept Arche, durch das eine Subsistenzexistenz ohne Geld garantiert werden soll, wenn man 65 ist. Dazu baut man eine Gruppe auf, die unter Nutzung der in ihr vorhandenen Qualifikationen sich weitgehend autark zu machen versucht. Selbstproduziertes soll die Grundbedürfnisse befriedigen, das darüber Hinausgehende mit der Außenwelt gehandelt werden. Das ist sicher - bei aller Anerkennungswürdigkeit der Eigeninitiative - ein sehr problematisches Konzept. Aber wenn man nicht daran glauben kann, dass eine Veränderung des gesamten Geldsystems möglich ist, wird man zu dieser Konsequenz gedrängt, die in der Praxis wahrscheinlich mit einem hohen Verlust an Lebensqualität verbunden ist.

Eine tiefgreifende Reform des Geldwesens müsste nach Auffassung vieler die Banken so verändern, dass sie ihre faktische Monopolstellung verlieren. In diesem Zusammenhang wäre die Sinnhaftigkeit von Universalbanken generell zu hinterfragen: Würde es vielleicht helfen, wenn die einzelnen Banken nicht mehr alle Geschäfte tätigen können? Auch die Verbesserung der Bankenaufsicht und das Verbot bestimmter Geschäfte wird in der Debatte erwogen. Letztlich wird es aber nicht ohne eine durchgreifende Reform der Geldordnung gehen, die die Sozialbindung des Geldes herstellt.* Die Perspektive einer umfassenden Reform sollte nicht missbraucht werden, um Veränderungen in eine ferne Zukunft zu vertagen. Jetzt und hier können Schritte gegangen werden, die in die richtige Richtung führen und ohne die der notwendige radikale Wandel nicht erreicht werden wird.

Weitere Beispiele eine neuen Umgangs mit Kapital (TAURUS, Regionalwert AG)

Auch hier wieder ein Beispiel, wie eigener Handlungsraum genutzt werden kann - und damit zugleich Voraussetzungen für weitergehende Umgestaltungen der Geld- und Kapitalverhältnisse vorbereitet werden können: Vor 12 Jahren hatten Absolventen der Universität Trier den Impuls, selbst im Bereich nachhaltiger Regionalentwicklung zu forschen und zu beraten. Nach längeren Diskussionen gründete man eine GmbH und einen Verein. TAURUS - die Trierer Arbeitsgemeinschaft für Umwelt-, Regional- und Struk-

* Zur Vertiefung dieses Themas sei vor allem hingewiesen auf das Kapitel „Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens“ in: Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. 3. Aufl. Stuttgart 1997.

turforschung e.V. - war als Institut an der Universität geboren. Die Frage war, wie mit dem Geld umzugehen sei, das für den Betrieb dieses Instituts nötig war. Die Beteiligten brachten Geld in die GmbH ein und waren damit formell Eigentümer. Sie wollten aber verhindern, dass die Verzinsung des eingebrachten Kapitals zur Behinderung der Aufgabenerfüllung des Instituts werden könnte und Ertragsersparungen der Kapitalgeber zu einer Fremdbestimmung der im Unternehmen aktiv Tätigen führen. Man einigte sich auf eine „Neutralisierung“ des Kapitals: Beim Ausscheiden soll jeder seine Einlage plus eine Verzinsung von 4 % p.a. zurückbekommen, unabhängig von der Höhe der Rücklagen bzw. des Substanzwertes des Unternehmens. Diese Regelung hat sich beim Ausscheiden von Gesellschaftern bewährt. Im konkreten Fall muss aber immer wieder diskutiert werden, warum dies so geregelt wurde und wem eigentlich ein Unternehmen gehört bzw. gehören sollte. Ein Unternehmen gehört erst einmal sich selbst - und nicht Kapitalgebern. Als Produktionsmittel ist es Nutzungseigentum der damit in der Arbeitsteilung Tätigen. Rendite sollte dem Funktionieren des Unternehmens bei der Erfüllung seiner Aufgabe dienen - darüber hinaus ist sie Überschuss zu freier Verwendung. Das kann erreicht werden, wenn beispielsweise Unternehmen in Stiftungseigentum überführt werden.

Es gibt noch einen anderen Ansatz, den der Landwirt Christian Hiss benutzt, der am Kaiserstuhl die Initiative für die Gründung der „Regionalwert AG“ ergriffen hat, die regionale Kreisläufe fördern soll. Das Renditeversprechen dieser AG besteht darin, dass die regionale Wirtschaft gefördert wird. Als Anleger angesprochen wird derjenige, der diesen Mehrwert zu schätzen weiß. Es handelt sich um eine Art Gesundheitsmehrwert des sozialen Organismus, eine Rendite, die anders spürbar wird als eine Auszahlung. Ist das überhaupt noch ein Investment? Das ist gewiss kein reines Finanzinvestment, aber auch keine Schenkung ohne jeden Blick auf Rendite. Investiert wird hier sozusagen, wie auch beim fair trade mit Kaffee, in den gesamten Prozess, in dem alle - auf unterschiedliche Weise - profitieren, von der Kaffeeplantage bis zum Endverbraucher. Geld in solche Prozesse zu investieren kann sogar - als Nebenwirkung - ein unmittelbarer Vorteil sein, wenn Menschen die Richtung des Investments honorieren und deshalb ihre Alterssicherung einer Kasse anvertrauen, die diese Richtung verfolgt.

In der Definition eines Marktfundamentalisten wäre die Differenz zwischen der jeweiligen Marktrendite und den 4,5 % der PUK auch eine Schenkung. Diese Definition setzt aber die Marktrendite als Maßstab voraus. Mit größerem Recht könnte man alles, was über die 4,5 % hinausgeht als Maß für die sozialzerstörerische Wirkung einer Renditeorientierung definieren. Es ist eine willkürliche Betrachtung, die Preisdifferenz zwischen fair gehandeltem Kaffee und normalem als auf den „richtigen“ Preis aufgesetzte Spende zu betrachten. Man darf nicht das Sozialzerstörerische als Norm definieren. „Fair Trade“ ist ein erster Schritt zu „Fair Economy“, einer Ökonomie, die mit dem Gegenüber, dem Kunden und dem Partner aus der Vorstufe der Wertschöpfungskette nicht nur rechnet, sondern kommuniziert und sich fair vereinbart.

Man kann nicht die ganze Ernte zu Saatgut machen ...

Wie wir den Begriff der Rendite häufig zu eng fassen, so auch den der Schenkung. Man kann auch Zeit schenken, nicht nur Geld. Viele Dinge lassen sich mit Geld nicht lösen. Wenn wir heute 40 statt 60 Stunden arbeiten, ist das auch ein Geschenk. Schenkung schafft Räume, die frei sind von jeder Belastung und damit frei zu Neuem. An dieser Stelle kommen wir nur weiter, wenn wir den Entwicklungsgedanken gut verstehen. Die Basisbeziehung des Tauschens durchzieht auch heute noch die ganze Gesellschaft. Die Vorschläge zu einer Umlaufsicherung des Geldes schauen auf diesen Fluss des Tauschens und versuchen zu verhindern, dass er stockt. Das kann man vertreten, darf aber dabei nicht übersehen, dass die Entwicklungsdynamik durch das Kreditieren bzw. Investieren entsteht. Vor dieser Dynamik darf man keine Angst haben. Es gibt kein Zurück zu simplen Lösungen in einer immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Realität.

Durch Kreditieren und Investieren kommt nicht das Gleiche heraus wie durch Tauschen, sondern es entsteht mehr, ein höheres Niveau, auch Wachstum. Entwicklung und Wachstum sind indes nicht dasselbe. Wachstum kann Bedingung von Entwicklung sein, aber auch Behinderung. Wo nichts da ist, ist es sehr erwünscht, wenn etwas wächst. Das Getreide soll in seinem Wachstum durch die allgemeine Diskussion über Grenzen des Wachstums nicht behindert werden. Wenn Wachstum sein soll, muss ich einen Teil der Ernte zu Saatgut machen - dieser Teil kann jedoch nicht beliebig groß sein. Das ist der Denkfehler vieler Ökonomen und Politiker, dass mehr Investitionen und höheres Wachstum immer wünschenswert sei. In der Rekonstruktionsperiode der Nachkriegszeit war materielles Wachstum gewollt und nötig. Heute haben wir in vielen Bereichen der materiellen Produktion eine Vollversorgung, die wir nicht ignorieren dürfen. Beim Bauern begrenzt die Fläche des Ackers die Möglichkeiten der Verwandlung von Ernte in Saatgut. Dass ein großer Teil der Ernte verzehrt wird, ist gerade eine Bedingung dafür, dass der Prozess weitergehen kann. Der Überschuss muss in richtiger Weise eingesetzt werden, d.h. er muss in die Welt. Das kann in der Form der Preissenkung, der Arbeitszeitverkürzung, einzelner Einkommenserhöhungen, als bedingungslosen Grundeinkommens und anderes mehr geschehen - auch Steuern sind ja Schenkungen, wenn auch in der Regel erzwungene. Entscheidend ist, dass es sich um Verbrauch von Kapital handelt, das nicht wieder zurückfließt in die Ökonomie - und auch nicht zurückfließen darf, wenn zerstörerische Wirkungen vermieden werden sollen. Geld zu haben, ist noch kein legitimes Motiv für Investition. Wenn bei einem großen Konzern 20 Milliarden Euro nicht für das aktuelle Geschäft gebraucht werden, sondern nur dazu dienen, andere Unternehmen aufzukaufen zu können, dann ist eine solche „Kriegskasse“ ein ökonomischer Wahnsinn und eine Kulturschande. Geld muss fließen, nicht brachliegen. Schenkung für Bildung und Kultur beispielsweise führt zugleich zum Verbrauch des Überschüssigen und zur Veranlagung zukünftiger Reichtums- und Lebensqualitätsentwicklung.

Politische Konsequenzen, Veränderungen in der Rechtsordnung

Darauf zu warten, dass die Politik und die herrschenden Eliten schon die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen werden, wäre ganz verkehrt. Dass gewisse politische Konsequenzen gezogen werden dürften, ist anzunehmen. Sie werden am ehesten in Richtung einer Verschärfung der Finanzaufsicht gehen. Die Erfahrung der USA zeigt, wie man es nicht machen darf: dort gibt es 12 Finanzaufsichtsbehörden und nach jeder Finanzkrise ist eine neue gegründet worden. Diese Behörden stehen sich gegenseitig im Weg, ja machen sich Konkurrenz, wer prüfen darf. Das führt sicher nicht zu einer wirkungsvollen Kontrolle.

In Deutschland gibt es eine heftige Debatte, ob und wie die Kontrolle zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank aufgeteilt werden soll. Das ist auch eine Machfrage, denn die BaFin ist dem Finanzministerium nachgeordnet und die Bundesbank weitgehend unabhängig. Einiges wird sicher geschehen, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse in der Zukunft zu verhindern. Solange allerdings die Renditeorientierung die Anlagestrategien steuert und die Banken ihre Aufgabe in möglichst hoher Gewinnerzielung sehen, wird sich an den Ursachen nichts wirklich ändern, trotz institutioneller Verbesserungen im einzelnen.

Notwendig ist eine wirkliche Erneuerung im Geldbereich, sind grundlegende politisch-rechtliche Veränderungen, ohne die der soziale Organismus nicht gesunden kann - beispielsweise beim Unternehmensrecht oder beim Bodenrecht. Vieles ist bereits - auf den verschiedensten Ebenen - versucht worden. Im Bezug auf den Boden wurde z.B. der Weg über das Erbbaurecht versucht, es wurden aber auch Vorschläge für die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden gemacht. Die Beispiele für den veränderten Umgang mit Eigentümerrechten an Unternehmen ließen sich vermehren. Wir haben uns mit Vorschlägen - teilweise darauf gerichtet, wenigstens die Tür für Erneuerung offenzuhalten - in den Diskussionsprozess um die Charta der Grundrechte der EU und um die Schweizer Verfassung eingebracht.

Immer muss man sich klarmachen, dass Recht nicht nur normativ von oben nach unten entsteht, sondern durch die normative Kraft des durch Initiative geschaffenen neuen Faktischen auch von unten nach oben, vom Einzelfall ins Allgemeine entstehen kann. Um noch einmal auf das PUK-Thema zurückzukommen: Nach dem Gesetz durfte der Arbeitnehmer beim Betriebswechsel zunächst nur seinen eigenen Anteil mitnehmen, der Arbeitgeberanteil verblieb im Betrieb - was völlig kontraproduktiv war. Die PUK hat vom ersten Tag an volle Freizügigkeit gefordert, die dann auch ein Jahr später als gesetzliche Regelung kam - was nicht heißt, dass dies nur auf die PUK zurückgeht. Man sieht nur: Beide Rechtsbewegungen sind notwendig. Wer wartet, bis Türen von selbst aufgehen, hat vergessen anzuklopfen.

Von der notwendigen Sozialbindung des Geldwesens

Bis zu einer bestimmten Grenze gibt es eine Deckung der Geldwerte durch die Realität. Wir müssen wahrnehmen lernen, wo die Verbindung zur Realität verloren geht und die Deckung aufhört. Durch eine Aktienemission versorgt sich ein Unternehmen mit Geld. Dann beginnt sich der Kurswert der Aktie vom Nennwert zu lösen. Bei der Aktienausgabe ist der Substanzwert des Unternehmens bzw. der erwartete Ertrag die Bezugsgröße, dann aber löst sich der Marktwert der Aktie zunehmend davon ab und beginnt frei zu schweben. Floss auf der ersten Stufe Geld zum Unternehmen, so fließt das Geld an den Börsen heute überwiegend zwischen den Anlegern selbst. Die Unternehmen geraten so unter Druck, sie müssen ihre Planungen nach den Börsen richten, teilweise werden ihnen sogar Mittel entzogen - eine Umkehrung der ursprünglichen Funktion der Börsen ins Gegenteil. Es ist wie beim Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird. Erst halfen sie, jetzt stiften sie Unheil.

Wie lernen wir die Prozesse genau beobachten? Es geht nicht darum, etwa das Geld als die Quelle allen Übels abschaffen zu wollen. Notenbankgeld und Girogeld der Banken werden gebraucht für eine funktionsfähige Ökonomie. Geldschöpfung ist noch keine Spekulation! Gewiss ist das Wachstum der Vermögen durch die Zinsdynamik ein riesiges Problem. Jeder von uns, der Zins verlangt, wird selbst zum Täter: er zwingt die Banken bzw. den Schuldner, mit dem Geld etwas zu machen, das den entsprechenden Ertrag erbringt. Mit dem Zinsverlangen sind wir also auch für die Anlage des Geldes verantwortlich. Verantwortlichkeit bedeutet, nicht mehr davon abzusehen zu können, wie Geld sich gestalten will - zum Wohle aller -, und bei dieser Gestaltung ergeben sich spezifische Fragen im Kaufbereich, andere im Kreditbereich, noch einmal andere beim Schenken. Für diese Fragen müssen wir ein Gespür entwickeln. Technische Lösungen können dann so oder so sein, darüber wird man sich verständigen können, wenn die Grundfragen verstanden sind. Die Rückbindung des Geldes an die Realwerte, die Überwindung der „unrealen Konkurrenz von Ware und Geld“ kann beim Umlauf ansetzen oder als Abzinsungsvorgang beim Sparkapital. Durch ihn entstünde ein ständiger Abwertungsdruck, der durch die Aufzinsung ausgeglichen wird, - was tendenziell zu einem Zins von Null führt, ein Effekt, den andere von den klassischen Formen einer Umlaufsicherung erwarten*. Von zentraler Bedeutung ist, dass wir erkennen: Unter dem Geldprozess liegt der Realprozess. Die Geldfrage kann nicht allein im Geldsektor gelöst werden. Professionelle Geldspezialisten werden benötigt, allein sind sie jedoch überfordert, ja gefährlich. Sie müssen besser mit den Akteuren der realen Wirtschaft verbunden werden. Es geht um die Gestaltung sozialer Prozesse, in denen das Geld als Mittel fungiert und die durch das Geld ermöglicht werden.**

* Siehe Herrmannstorfer, Scheinmarktwirtschaft, a.a.O.

** Weitere Informationen und Veranstaltungshinweise zum Geldthema und zu damit verbundenen sozialen Fragen findet man auf der Homepage des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart und der Initiative Netzwerk Dreigliederung www.sozialimpulse.de

Berichte und Betrachtungen

UN-Naturschutzkonferenz

BUND zieht Bilanz: „Der Fortschritt ist eine Schnecke und viele Schnecken sind bedroht“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kommentierte die Ergebnisse der UN-Naturschutzkonferenz vom 12. - 30. Mai in Bonn mit dem Satz „Beim Artenschutz ist der Fortschritt eine Schnecke. Und viele Schnecken sind bedroht“. Enttäuschend sei vor allem die Zurückhaltung bei finanziellen Beiträgen zum Schutz der biologischen Vielfalt. Leider seien die meisten Industriestaaten den entsprechenden Initiativen Norwegens und Deutschlands nicht gefolgt. Die Bundesregierung stehe in den kommenden zwei Jahren ihrer Präsidentschaft bei der Konvention über die biologische Vielfalt vor der Aufgabe, noch zögerliche Regierungen in die Finanzierung von Schutzgebieten einzubeziehen. Fortschritte sieht der BUND bei der Erstellung von Kriterien für die Auswahl von Meeresschutzgebieten. Auch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu den Folgen der weltweit steigenden Produktion von Agrosprit sei ein Schritt in die richtige Richtung. Gleiches gelte für das Mandat zum Aushandeln von Regeln zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Ressourcen der Entwicklungsländer. Hier sei jedoch noch ungeklärt, wie diese verbindlich werden sollten. Ein großes Manko der Konferenz sei auch, dass man sich nicht darauf geeinigt habe, Gentech-Bäume zu verbieten und bereits jetzt international verbindliche Standards für den Biomasseanbau zu verabschieden. Beides bedrohe die Artenvielfalt in besonderem Maße.

„Das zentrale Ziel der UN-Konferenz, das Artensterben bis 2010 zu stoppen, wird mit den Bonner Beschlüssen nicht erreicht“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger: „Es wurde aber einiges auf den Weg gebracht, was die Bundesregierung bis zur nächsten UN-Naturschutzkonferenz 2010 in Japan in Beschlüsse umsetzen muss. Wenn sich die Staaten in Japan nicht einigen können, wird der Kampf um den Erhalt der Biodiversität verloren gehen.“ Damit Deutschland glaubwürdig bleibe, müsse es jedoch zunächst Defizite beim Naturschutz vor der eigenen Haustür abbauen. Deutliche Verbesserungen seien erforderlich beim Schutz des Wattenmeeres, der Alpen und der Buchenwälder. Dringlich seien zudem eine drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs und die Förderung einer umweltschonenden Landwirtschaft.

Insgesamt zog der BUND-Vorsitzende eine ernüchternde Bilanz. Weiger: „Gut dass es diese Konferenz

gab. Nicht gut, dass über vieles zum x-ten Mal geredet wurde, ohne dass es durchgreifende Maßnahmen gegen die illegale Abholzung der Urwälder oder die Überfischung der Meere gibt. Angela Merkel und Sigmar Gabriel müssen dafür sorgen, dass das Mandat zum Aushandeln von Regeln für den gerechten Vorteilsausgleich endlich schnell Ergebnisse bringt. Die Bundesregierung kann auch hier ein Signal setzen, indem sie die Entwicklungsländer an den Gewinnen beteiligt, die deutsche Firmen aus der Nutzung ihrer genetischen Ressourcen ziehen.“ Der BUND lobte die Installierung des Biodiversitäts-Rates, der ähnlich dem UN-Weltklimarat arbeiten soll. Die hohe Glaubwürdigkeit von Gremien international anerkannter Wissenschaftler werde die Sensibilität in der Bevölkerung für den Schutz des Klimas und der Biodiversität weiter erhöhen.

Quelle: BUND - Friends of the Earth Germany, <http://www.bund.net/nc/bundnet/presse/pressemitteilungen>

Tausende auf Demo gegen Gen-Technik - Kongress „Planet Diversity“

In Bonn haben am Pfingstmontag vor dem Maritim-Hotel tausende Menschen im Zusammenhang mit der zeitgleich stattfindenden UN-Konferenz gegen Gentechnik demonstriert. Bei der UN-Konferenz verhandelten Regierungsvertreter/innen über den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut und über die Frage der Haftung bei genetischer Verseuchung. Die Demonstration richtet sich auch gegen die Zerstörung traditioneller und alternativer Anbaumethoden durch die großen BioTech-Konzerne, wie BASF, Bayer-CropScience, Dow-AgroSciences, DuPont/Pioneer, Monsanto und Syngenta. Statt diesem kommerziellen HighTech-Monopol auf Pflanzen und Tiere forderten sie die Erhaltung der biologischen Vielfalt auf diesem Planeten.

Zahlreiche Nicht-Regierungs-Organisationen hatten in einem breiten Bündnis von Evangelischer Kirche bis Greenpeace zu dem internationalen Protest aufgerufen. Prominente Gegner/innen von Artensterben und Bio-Patenten gaben sich das Mikrofon in die Hand: Percy Schmeiser aus Kanada, Vandana Shiva aus Indien und Jose Bové aus Frankreich sprachen sich ebenso gegen die Zerstörung der biologischen Vielfalt aus, wie der lokale SPD-Funktionär Ulrich Kelber. Eine Traktorparade, Pappmaché-Großpuppen, regionale Folkloregruppen und viele bunte Maskeraden prägten das Bild der Demonstration, die ein großes Echo in den Medien fand. Die Demonstration und das „Festival der Vielfalt“ waren nur der Auftakt für den „Planet Diversity“-Kongress, der vom 13.-15. Mai stattfand und an dem über 700 Menschen aus allen Teilen der Welt teilnahmen.

Quelle: <http://de.indymedia.org/2008/05/217255.shtml>. Eine umfassende Dokumentation des Kongresses findet man auf <http://www.planet-diversity.org/>

Aus dem Aufruf zur Bonner Demonstration am 12. Mai

[...] Bisher ernährt sich die Mehrheit der Menschen noch ganz oder überwiegend von Produkten, die sie oft selbst angebaut haben, die aber auf jeden Fall aus ihrer Region stammen. Doch der größte Teil der heute produzierten Nahrungsmittel wird in (groß)industrieller Landwirtschaft hergestellt und weltweit exportiert und gehandelt. Der globale Agrarexport ist also ein zentrales Moment dieses Produktionsmodells. Dieser lohnt sich nur, wenn großflächig und möglichst nur das gleiche Produkt angebaut werden kann. Das hat in vielerlei Hinsicht weitreichende Konsequenzen: - Die Ökologie wird zerstört. Das Ziel hoher Erträge macht alle anderen Pflanzen und Tiere auf dem Boden zu Schädlingen. Sie werden mit einem hohen Einsatz von Chemie vernichtet, das Wachstum der erwünschten Art wird mit massiven Düngergaben gefördert. So verschwindet nicht nur die Artenvielfalt und die Böden werden nachhaltig vergiftet, sondern der über lange Zeiträume erfolgende Anbau solcher Monokulturen lässt auch die Bodenfruchtbarkeit überhaupt schwinden. Kleinste bis mittlere bäuerliche Betriebe produzieren für den Eigenbedarf oder für lokale Märkte. Sie geraten durch das großindustrielle Anbaumodell in ökonomische Schwierigkeiten und können oft nicht überleben. Bisherige Eigenproduzenten wandern aus Not in die Städte ab, die lokalen Märkte werden weniger bis kaum noch beliefert, weil die großen Betriebe für den Weltmarkt produzieren. - Auf den Weltmärkten wird heute der beste Preis für solche Pflanzen bezahlt, die sich zu Agrotreibstoffen verarbeiten lassen. Das Agrarexportmodell ist zwar mit der Verbrennung von Pflanzen zu Sprit nicht erst erfunden worden, aber es wird massiv beschleunigt und im Umfang ausgedehnt. Die Einbeziehung neuer Flächen in den Ackerbau führt zur Zerstörung noch halbwegs intakter Landschaften (Urwälder, Savannen) und zu noch mehr Bodenverdichtung und -erosion. In vielen Regionen der Welt führt die Nachfrage nach Energiepflanzen heute schon dazu, dass Kleinbauern von ihrem Land vertrieben werden oder dass sie ihrerseits die Nahrungsmittelproduktion für den heimischen Markt einstellen, um für Großkonzerne Brennstoffe zu produzieren.

Damit verstärken sich alle Tendenzen zum Großen und zum Weltmarkt. Die direkten Erzeuger und die KonsumentInnen werden weniger wichtig, Großkonzerne und Monokultur werden zum Maßstab aller Dinge. Für deren Zwecke scheint die Gentechnologie oft die angepassten Lösungen zu bieten. Bislang beruht der Widerstand gegen die grüne Gentechnik vor allem darauf, dass die Menschen gesunde Lebensmittel essen wollen. Wenn die Pflanzen aber ohnehin „fürs Auto“ sind, dann setzen die Konzerne darauf, dass keiner mehr so genau hinschaut und damit auch der bisherige Widerstand gegen die Gentechnologie schwindet. Die Förderung von Agrotreibstoffen soll also nicht nur die Kritik am hohen Erdölverbrauch dämpfen, sondern gleichzeitig den anhaltenden Widerstand gegen die großindustrielle Struktur der Landwirtschaft und Lebensmittelherzeugung schwächen.

Selbst wenn Agrotreibstoffe unter bestimmten Bedingungen zu einer ökologischen Entlastung beitragen könnten, würden sie die sozialen Probleme verschärfen.

In Indonesien zum Beispiel werden die Regenwälder abgeholzt, um Ölpalmen für Sprit anzubauen, und mit ihnen verschwinden die Lebensmöglichkeiten der Menschen. In Argentinien steht heute Soja oder Eukalyptus auf Flächen, die noch vor kurzem zur Produktion riesiger Weizenernten genutzt wurden. Die Energie- und Automobilkonzerne sind um ein gutes Image bemüht: sie kümmern sich doch um „die Erneuerbaren“! Tatsächlich steigern sie dafür den Ressourcentransfer vom Süden in den Norden. Werden die damit verbundenen sozialen Probleme nicht endlich wahrgenommen, dann könnte sich unser ganzes irrwitziges Industrie- und Konsummodell auf Kosten des Südens erneut verfestigen.

Wir müssen endlich die dringend notwendige Debatte führen, wie wir eigentlich leben wollen, welche Produkte und Dienstleistungen denn Teil eines guten Lebens für alle und jede und jeden sind, was wir produzieren wollen und wie wir das tun sollten. Artenvielfalt ist nicht nur eine romantische Natureigenschaft, die man in Reservate und Schutzzonen sperren kann, und das Agrarexportmodell ist nicht nur eine Art, die Welt mit einer Masse einförmiger Nahrungsmittel zu versorgen. Die Zerstörung der Artenvielfalt zu Gunsten der Stärkung des Agrarexportmodells verbaut uns Perspektiven auf die Zukunft.

- Der Entwicklung regionaler Märkte in den Ländern des Südens und der Versorgung der heimischen Bevölkerung muss endlich Vorrang eingeräumt werden.
- Es darf keine - auch keine versteckten - Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte vor allem aus dem EU-Raum und den USA in Länder des Südens mehr geben.
- Internationale Abkommen müssen dem Süden die Möglichkeit geben, die eigenen Agrarmärkte zu schützen. Die Verhandlungen über weitreichende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Ländern des Südens müssen gestoppt werden.
- Die EU muss sofort von ihrem Ziel abrücken, den Agrospritanteil auf zehn Prozent zu steigern. Subventionen und Förderungen für Agrosprit-Pflanzenanbau müssen eingestellt werden.
- Es muss ein vorrangiges Ziel werden, den Energieverbrauch zu reduzieren. Die Förderung energiesparender Technologien ist ebenso notwendig wie strenge Begrenzungen für den Spritverbrauch von Kraftfahrzeugen.
- Das Agrarexportmodell muss durch eine vielfältige und gesunde Landwirtschaft in bäuerlicher Produktion ohne Gentechnik abgelöst werden.

Quelle: www.attac.de

Lebensmittelpreiskrise

Zynische Werbung der Deutschen Bank für Spekulation mit Lebensmitteln

Bei einer Kundgebung vor der Filiale der Deutschen Bank an der Frankfurter Konstablerwache haben Aktivistinnen und Aktivisten des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac gegen die zynische Werbung des Finanzinstitutes für Agrarfonds protestiert und eine Eindämmung der Spekulation mit Lebensmitteln sowie die Regulierung der internationalen Agrarmärkte gefordert. Anlass für die Protest-Aktion war eine Werbekampagne der Deutschen Bank für die Spekulation mit Getreide

- auf Brötchentüten einer Frankfurter Bäckerei-Kette. Darauf las der erstaunte Kunde: „Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe - mit dem Agriculture Euro Fonds haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren. Investition in etwas Greifbares“. „Diese Werbung ist ein Schlag ins Gesicht der Ärmsten, die schon beim Brot sparen müssen und sicher nicht mit Spekulation an den erhöhten Lebensmittelpreisen verdienen können. Schlimmer noch: Die von der Deutschen Bank angepriesenen Fonds wirken sich auf den weltweiten Agrarmärkten zusätzlich preissteigernd aus“, sagte Jutta Sundermann vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.

Wie ein Pressesprecher der Deutschen Bank Attac nach Ankündigung der Attac-Aktion mitteilte, hat sein Unternehmen die Brötchentüten-Werbung inzwischen kurzfristig eingestellt. Zu den Gründen wollte er sich nicht äußern. Im Internet und auf Flyern wirbt die Deutsche Bank indes weiterhin in zynischer Weise für die Spekulation mit Lebensmitteln. So werden dort die „historisch weltweit niedrigen Lagerbestände an Agrarrohstoffen“ als einer der Erfolgsfaktoren von Agrarfonds bezeichnet. Die Preise für Reis haben sich seit Jahresbeginn fast verdreifacht. Experten gehen davon aus, dass Spekulation einer der Hauptgründe für diese Preisexplosion ist. Immer mehr Finanzfonds suchen den Profit auf den Rohstoffmärkten der Welt. Seit der zweiten Jahreshälfte 2007 stürzen sie sich auf die Agrarmärkte. Innerhalb des ersten Quartals 2008 wurde mit der Rekordsumme von 40 Milliarden Dollar an den Rohstoffmärkten spekuliert - 30 Milliarden davon betrafen Agrarrohstoffe.

„Während die Deutsche Bank für Spekulation mit Getreide wirbt, treibt die Hungerkrise verzweifelte Menschen in Haiti, Bangladesh, Westafrika und anderswo auf die Straße. Selbst im reichen Deutschland können viele Eltern ihre Kinder nicht mehr ausreichend ernähren; im Nachbarland Polen grassiert der Hunger“, stellte Christiana Schuler vom bundesweiten Attac-Agrarnetz fest. Weltweit leben derzeit laut der Welternährungsorganisation FAO mehr als 900 Millionen Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag. Vielen droht jetzt der Hungertod. Attac forderte die Deutsche Bank auf, die zynische Werbung einzustellen und aus dem Spekulationsgeschäft mit Lebensmitteln auszusteigen.

Die Globalisierungskritiker appellierten zudem an die Bundesregierung, endlich aktiv zu einem grundlegenden Wandel der desaströsen internationalen Agrarpolitik beizutragen. Die wilde Spekulation mit Agrarrohstoffen müsse durch internationale Regulierung beendet und der Entwicklung regionaler Märkte in den Ländern des Südens endlich Vorrang eingeräumt werden. Subventionen für den Export landwirtschaftlicher Produkte vor allem aus dem EU-Raum und den USA in Länder des Südens seien abzuschaffen. Attac forderte internationale Abkommen, die Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, die eigenen Agrarmärkte zu schützen. Notwendig sei zudem die Förderung energiesparender Technologien, eine strenge Begrenzung des Spritverbrauchs von Kraftfahrzeugen sowie die Beendigung der staatlichen Extra-Förderung von Milch- und Fleischproduktion. (Quelle: www.attac.de)

Revolutionäre Empfehlungen im Weltlandwirtschaftsbericht

Willi Vogt

Seit 2002 haben 400 internationale Experten interdisziplinär die Frage bearbeitet: Wie ist es möglich, die wachsende Weltbevölkerung ökologisch und sozial verträglich zu ernähren? Den Auftrag und die Finanzen dazu hatten sie von sechs UNO-Organisationen, acht Staaten und der EU-Kommission. Das Projekt hat die etwas sperrige Bezeichnung: International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD), zu deutsch: Internationale Bewertung der Agrarforschung und -technologie im Dienste der Entwicklung (IAASTD). Der Schlussbericht mit den Empfehlungen ist aus Untersuchungen im Umfang von 2000 Seiten hervorgegangen. Die Berichte finden sich im Internet unter der Adresse: http://www.agassessment.org/index.cfm?Page=About_IAASTD&ItemID=2. Die an der Abschlussveranstaltung im April dieses Jahres in Johannesburg vertretenen Staaten unterstützen die Arbeit des IAASTD. Rund 60 Staaten billigten die Zusammenfassung des Berichts, nur drei von ihnen (USA, Kanada und Brasilien) mit Vorbehalten.

Diese breite Unterstützung gibt dem Bericht ein großes Gewicht, auch wenn er für niemanden rechtlich verbindlich ist. Die Expertengruppe hat die zentralen Erkenntnisse und Empfehlungen in 22 Punkten zusammengefasst. Gesamthaft genommen fordern diese eine entschiedene Abkehr von der Wirtschaft der globalen Agrokonzerne auf der Grundlage von Erkenntnissen aus dem Labor hin zu einer regional orientierten Landwirtschaft auf der Grundlage traditionellen Wissens unter Teilhabe der betroffenen Bevölkerung. Das ist eine revolutionäre Alternative zu dem von Weltbank, Internationalem Währungsfonds, Welthandelsorganisation und manchen Regierungen vertretenen Konzept der bloßen Produktivitätssteigerung ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange. Die Massenmedien berichteten kaum darüber, die Fachpresse sehr zurückhaltend. Also haben die Medien eine Revolution verschlafen?

Revolutionärer Paradigmenwechsel

Der Weltlandwirtschaftsbericht ist zu einem Zeitpunkt erschienen, in dem allen klar geworden ist, dass die Millenniumsziele der UNO zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt total verfehlt werden. Zusätzlich treibt die Spekulation gerade jetzt die Preise für Nahrungsmittel in einem Ausmaß in die Höhe, das zu Aufständen der Hungernden in den ärmsten Ländern führt. Also spricht einiges dafür, dass das global agierende Agro-Business die Aufgabe in seiner neoliberal ausgerichteten Art nicht lösen kann oder will. An die Versprechungen der weltweit tätigen Agrokonzerne, mit der Genmanipulation werde alles besser, mag keiner mehr glauben, obwohl sie gerade jetzt wieder lautstark wiederholt werden. Syngenta, Monsanto und BASF waren ursprünglich an dem IAASTD-Projekt beteiligt, zogen sich aber kurz vor dem Ende der Arbeiten zurück, weil sie die Ergebnisse nicht mittragen wollten.

Dokumentation: Die 22 Empfehlungen des Weltagrarberichts

Die 22 Empfehlungen wurden von Willi Vogt für die Leser der „Sozialimpulse“ übersetzt. Sie werden hier im vollen Umfang publiziert. Damit wird dem einzelnen Leser die Möglichkeit gegeben, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

1. Wissenschaftliche Erkenntnisse, Agrarforschung und -technologie haben zu erheblichen Steigerungen in der landwirtschaftlichen Produktion im Laufe der Zeit beigetragen. Sie haben einen Beitrag zur Ernährungssicherheit geleistet. Erreicht wurde dies vor allem durch eine Konzentration auf die Steigerung der Erträge mit verbessertem Saatgut und durch erhöhten Einsatz von Wasser, Agro-Chemikalien und Mechanisierung. In einer Zeit, da die Weltbevölkerung deutlich wuchs, wurde die weltweite Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln pro Person von 2360 kcal in den 1960er Jahren auf 2803 kcal pro Person und Tag in den 1990er Jahren gesteigert.

2. Die Menschen in den verschiedenen Regionen der Welt haben von diesen Ertragssteigerungen ungleich profitiert; wegen der unterschiedlichen organisatorischen Möglichkeiten, wegen soziokultureller Faktoren und wegen des institutionellen und politischen Umfelds. Während im Süden Asiens der Anteil der in Armut lebenden Menschen (<2 US \$ pro Tag) von 45 auf 30 % sank, blieb dieser Prozentsatz zum Beispiel in Afrika südlich der Sahara die letzten 20 Jahre gleich (ca. 50 %). Die Wertschöpfung pro landwirtschaftlichen Arbeitnehmer im Jahr 2003 in den OECD-Ländern betrug 23081 US\$ mit einer Wachstumsrate von 4,4 % für 1992-2003. Für Afrika südlich der Sahara sind die Zahlen 327 US\$ und 1,4 %.

3. Das auf die Steigerung der Erträge und der Produktivität gelegte Gewicht hatte in einigen Fällen negative Auswirkungen auf die ökologische Nachhaltigkeit. Diese Folgen wurden oft nicht vorhergesehen, sie traten im Laufe der Zeit auf, und einige traten außerhalb der Grenzen des traditionell der Landwirtschaft zugerechneten Bereiches auf. Zum Beispiel, 1,9 Milliarden ha Boden (und damit 2,6 Milliarden Menschen) sind heute in beträchtlichem Umfang von einer Verschlechterung der Böden betroffen. Vor fünfzig Jahren wurde erst ein Drittel der heutigen Menge von Wasser aus Flüssen entnommen: 70 % der gegenwärtigen Entnahme von Wasser weltweit aus Flüssen wird für die Bewässerung in der Landwirtschaft benützt (2700 km³ - 2,45 % der Niederschläge). Das hat in manchen Fällen Versalzung verursacht. Etwa 1,6 Milliarden Menschen leben in wasserarmen Gebieten. Die Landwirtschaft trägt rund 60 % der anthropogenen Emissionen von CH₄ und etwa 50 % der N₂O-Emissionen bei. Ungeeignete Düngung hat zu Eutrophierung und großen toten Zonen in einer Reihe von Küstengebieten (z.B. Golf von Mexiko) und einigen Seen geführt. Unangemessener Einsatz von Pestiziden hat zu einer Verschmutzung des Grundwassers geführt, außerdem auch zum Verlust der biologischen Vielfalt.

4. Die ökologischen Defizite der landwirtschaftlichen Praxis zusammen mit schlechten sozio-ökonomischen Bedingungen schaffen einen Teufelskreis, der arme Kleinbauern oft zwingt, Wälder zu roden und damit die Zerstörung der Böden voranzutreiben. Die zunehmende Entwaldung führt zu einer allgemeinen Verschlechterung der Produktionsbedingungen. Der Verlust von Bodenfruchtbarkeit, die Erosion der Böden, der Zusammenbruch der ökologischen Funktionen der Landwirtschaft haben schlechte Ernteerträge, Landflucht, Abholzung und ständig wachsende Bewirtschaftung marginaler Flächen, einschließlich der steilen Hänge, zur Folge. Bestehende multifunktionale Systeme, welche diese Probleme minimieren, wurden nicht in ausreichendem Maße zum Forschungsgegenstand gemacht.

5. Vorhersagen basierend auf einer Fortsetzung der derzeitigen Politik und Praxis deuten darauf hin, dass die globalen demografischen Veränderungen und die Veränderungen der Einkommensverteilung in den nächsten 50 Jahren dazu führen werden, dass unterschiedliche Muster des Nahrungsverbrauchs entstehen, und dass die Nachfrage nach Lebensmitteln steigt. Die globale Nachfrage nach Getreide wird zwischen 2000 und 2050 um 75 % ansteigen und die globale Nachfrage nach Fleisch wird sich voraussichtlich verdoppeln. Mehr als drei Viertel des Wachstums der Nachfrage von Getreide und Fleisch werden in den Entwicklungsländern erwartet. Die Prognosen weisen auf eine wahrscheinliche Verknappung auf den Weltmärkten hin, mit zunehmender Ressourcenknappheit und einer Benachteiligung der armen Verbraucher und der armen Produzenten. Insgesamt wird festgestellt, dass die aktuellen Bedingungen des Handels, die Politik, und wachsende Knappheit von Wasser und Bodenflächen, gepaart mit den erwarteten Änderungen in der Klimapolitik, das Wachstum in der Nahrungsmittelproduktion beschränken werden.

6. Die Landwirtschaft funktioniert in komplexen Systemen und ist ihrer Natur nach multifunktional. Ein multifunktionales Konzept zur Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse von Agrarforschung und -technologie wird Auswirkungen auf Hunger und Armut haben, indem es die menschliche Ernährung und die Lebensqualität in einer gerechten, ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Weise verbessert.

7. Eine zunehmende Entwicklung der Agrarforschung in Richtung auf eine agro-ökologische Wissenschaft kann dazu beitragen, Umweltprobleme anzugehen, ohne die Produktivität zu beeinträchtigen. Wissenschaftliche, traditionelle und örtlich begründete Formen der Landwirtschaft müssen auf den zunehmenden Druck auf die natürlichen Ressourcen reagieren, wie etwa auf schwindende Verfügbarkeit und Qualitätsverschlechterung des Wassers, erodierte Böden und Landschaften, Verlust der biologischen Vielfalt, Vernachlässigung ökologischer Aufgaben, Verlust von Wäldern und ungehemmte Meeres- und Küstenfischerei. Landwirtschaftliche Strategien müssen ferner auch die Begrenzung der Emission von Treibhausgasen und die Anpassung an den vom Menschen verursachten Klimawandel und verstärkte Variabilität berücksichtigen.

8. Eine Intensivierung und Neuausrichtung der Agrarforschung und -technologie und ihrer Verbreitung kann einen Beitrag zur Bewältigung einer Reihe von andauernden sozio-ökonomischen Ungleichheiten leisten. Dazu gehören auch die Verminderung der Gefahr von Konflikten, die aus konkurrierenden Ansprüchen auf Land- und Wasserressourcen entstehen; die Unterstützung der Einzelnen und Gemeinschaften bei der Bewältigung örtlich und verbreitet auftretender menschlicher und tierischer Krankheiten und ihrer Folgen; der Umgang mit Problemen und Chancen im Zusammenhang mit lokalen und internationalen Strömen von Migranten sowie die Verbesserung des Zugangs zu Informationen, Bildung und Technologie für ärmere Gebiete und Völker, vor allem für Frauen. Eine solche Neuausrichtung und Intensivierung erfordert ein gründliches, offenes und transparentes Engagement aller Beteiligten.

9. Eine breitere und effizientere Beteiligung von Frauen und die Nutzung ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen werden vorab Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit und den Entwicklungszielen sowie eine Intensivierung und Neuausrichtung der Agrarforschung und -technologie möglich machen. Die Beschäftigung mit Fragen der Geschlechter-Rollen wird diesen Prozess unterstützen. Weibliche Landwirte, Verarbeiter und Landarbeiter sind insgesamt weniger in den Genuss von Ergebnissen der Agrarforschung und -technologie gekommen als Männer und arme Frauen am wenigsten von allen. Die Bemühungen um den Ausgleich anhaltender Verzerrungen in ihrem Zugang zu Produktionsmitteln und Vermögenswerten, beruflicher Bildung und Ausbildung, Information und Beratung hatten nur begrenzten Erfolg. Viele der gesellschaftlichen, politischen und betriebsrelevanten Hindernisse für eine gerechtere Beteiligung, ebenso wie die privaten und öffentlichen Kosten eines derart unausgeglichene Entwicklungsmusters, sind klar erkannt als die Faktoren, die entschlosseneren Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau behindern.

10. Viele der Herausforderungen, vor die sich die Landwirtschaft (wissenschaftliche, traditionelle und örtlich begründete), derzeit und in Zukunft gestellt sieht, erfordern einen innovativeren und integrierten Einsatz des vorhandenen Wissens, der Forschung und Technologie sowie neue Ansätze für den Umgang mit landwirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen. Der Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Böden, mit der biologischen Vielfalt, mit Nährstoffen, Schädlingen und Wasser, und die Möglichkeiten zur Reaktion auf Umwelteinflüsse wie den Klimawandel können verbessert werden durch die Anwendung von traditionellem und lokalem Wissen und bestehenden Technologien. Technologische Optionen wie neue Genotypen von Pflanzen, Vieh, Fischen und Bäumen sowie Fortschritte in der Pflanzen-, Vieh- und Fischzucht, Biotechnologie, Fernerkundung, Agrarökologie, und integriertes Schädlings- und Nährstoff-Management sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten Chancen für mehr ressourceneffiziente und Orts-spezifische Landwirtschaft.

11. Gewissen Herausforderungen kann vor allem durch die Entwicklung und Anwendung neuer Erkenntnisse der Agrarforschung und -technologie begegnet werden, vorausgesetzt, geeignete Einrichtungen und Kapazitäten sind verfügbar. Beispiele dafür sind die Bekämpfung von Tierseuchen, wie z. B. Impfstoff-Entwicklung; Abschwächung der Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft; die Verringerung der Anfälligkeit der Landwirtschaft im Hinblick auf Klimaschwankungen; Abbau der starken Abhängigkeit der Landwirtschaft und der nachgeordneten Produktionsketten von fossilen Brennstoffen; und Auseinandersetzung mit komplexen sozio-ökonomischen Fragen im Zusammenhang mit lokalen, nationalen und internationalen öffentlichen Gütern.

12. Im Hinblick auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft können durch gemeinsame öffentliche und private Partnerschaften, durch verstärkte öffentliche Forschung und durch die Finanzierung der Verbreitung von Kenntnissen bestehende Chancen realisiert werden. Wenn man teilnehmende Forschung, Partnerschaften zur Verbreitung von Kenntnissen, entwicklungsfreundliche lokale Verwaltungen und Institutionen wie Genossenschaften, bäuerliche Organisationen und Assoziationen, Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften stärkt, unterstützt man damit Kleinbauern und Unternehmer dabei, bestehende Chancen wahrzunehmen und

Fortsetzung S. 28

Das eigentlich Revolutionäre des Weltagrарberichtes liegt in der Tatsache, dass er die Glaubenssätze der neoliberalen Wirtschaftsideo-logie rundweg nicht beachtet. Seit vielen Jahrzehnten spielt der Neoliberalismus in der Wirtschaftswissenschaft, in der Wirtschaftspolitik und in der Management-Praxis eine beherrschende Rolle. Der Neoliberalismus behandelt die Landwirtschaft als einen Wirtschaftszweig wie jeden anderen. Also sind auf die Landwirtschaft die üblichen neoliberalen Glaubenssätze anzuwenden. Die Energie der Arbeitsgruppe wird aber nicht darauf verwendet, neoliberale Dogmen zu bekämpfen, sondern eine soziale und ökologische Alternative auszuarbeiten. Darum kann man den Bericht lesen, ohne zu bemerken, welch fundamentalen Paradigmenwechsel er darstellt. Es ist nicht nur eine Revolution im Umgang mit der Landwirtschaft, sondern der zugrundeliegenden Auffassung einer zeitgemäßen Wirtschaftsordnung überhaupt.

Die Autoren des Berichts sind nicht die konventionellen und engen Pfade der Fachwissenschaft gegangen. Sie interessierten sich für die Wurzeln der Probleme. Darum untersuchten sie die Wirkungen des Agrarhandelsregimes ebenso wie der Patentrechte oder des ungleichen Zugangs zu landwirtschaftlichen Techniken von Frauen und Männern. Politische Fragen beantworten sie politisch. In einer interdisziplinären Arbeitsweise werden die sozialen und ökologischen Aspekte genauso berücksichtigt, wie die landwirtschaftlichen.

Um das Ausmaß der Revolution sichtbar zu machen, ist es aufschlussreich, die klassischen Glaubenssätze der herrschenden neoliberalen Ideologie den im Agrarbericht vertretenen Grundsätzen (im folgenden kursiv dargestellt) gegenüberzustellen:

1. Oberstes Ziel der Wirtschaft ist es, Profite zu generieren.

Oberstes Ziel der Landwirtschaft ist es, die Menschen zu ernähren.

2. Die Menschen sind ein problematischer Produktionsfaktor, den man so rasch als möglich durch den Einsatz hochentwickelter Technik wegrationalisieren soll. Dieses Verfahren ist tatsächlich äußerst profitabel, jedenfalls für den Unternehmer.

Nur wenn die Landwirtschaft sich auf die Menschen sowohl als Produzenten als auch als Konsumenten in ihren sozialen Zusammenhängen ausrichtet, kann sie ihr Ziel erreichen.

3. Der technische Fortschritt ist das Lebenselixier der Wirtschaft. Er entsteht aus den Erkenntnissen der Naturwissenschaften, die hoch spezialisiert und eng fokussiert sind. Technische Neuerungen, die Gewinne versprechen, werden in immer rascherer Folge umgesetzt. Zeit ist Geld.

Der Begriff Fortschritt wird bezogen auf den Menschen in seinem sozialen Umfeld. Technische Errungenschaften müssen die lokalen, sozialen und ökologischen Voraussetzungen und Folgen berücksichtigen. An ihrer Ausgestaltung und praktischen Einführung sind die Betroffenen zu beteiligen. Die politischen und instituti-

onellen Voraussetzungen müssen mit Rücksicht auf die Lebensverhältnisse der Betroffenen gestaltet werden. Solche Vorgänge erfordern Zeit und Kontinuität.

4. Der Preis für ein Gut wird gebildet aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf einem freien Markt. Börsen gelten als ideale Märkte. Tatsächlich ermöglichen die Börsen für Nahrungsmittel aber gerade jetzt eine Preisbildung, die rein der Spekulation unterliegt und mit der Realität nichts zu tun hat.

Eine gerechte Preisbildung liegt dann vor, wenn ein Nahrungsmittel für den Konsumenten bezahlbar ist und wenn gleichzeitig der Produzent aus dem Erlös seinen Lebensunterhalt angemessen fristen kann. Die Produktionsverfahren sollen sozial verträglich und nachhaltig sein. Kurz: die Preisbildung ist vernunftgemäß zu lösen und nicht durch den blinden Markt.

5. Der Staat soll nur eine marginale Rolle spielen, etwa noch in der inneren und äußeren Sicherheitspolitik, er soll sich ja nicht regulierend in die Wirtschaft einmischen.

Staatliche Funktionen sind für die Gestaltung der Wirtschaft unerlässlich. Die staatlichen Organe müssen auf lokaler, nationaler und zwischenstaatlicher Ebene mit den erforderlichen politischen und fachlichen Kompetenzen und finanziellen Mitteln ausgerüstet werden.

Im Weltlandwirtschaftsbericht kommt tatsächlich ein revolutionärer Paradigmenwechsel zum Ausdruck, wie man ihn vor kurzem noch kaum erwarten konnte. Dieser Bericht stellt eine ernsthafte Herausforderung für die Verfechter der neoliberalen Ideologie dar. Das beweist schon allein die Tatsache, dass er in den Massenmedien weitestgehend totgeschwiegen wird. Aber in der Bevölkerung wächst trotzdem das Bewusstsein für die Fehlleistungen und Auswüchse der neoliberalen Wirtschaftsordnung. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer schneller und weiter. Die Kredit- und Finanzkrise erzeugt Ängste nicht nur bei den kleinen Bankkunden.

Das Bestehen oder das Ende der neoliberalen Ideologie ist eine Machtfrage. Die Macht liegt dort, wo sich das Geld befindet, also in der Hand einer verschwindend kleinen Minderheit von Superreichen. Diese werden nicht ohne weiteres weder auf das Geld noch auf die Macht verzichten.

Es ist durchaus nicht sicher, dass tatsächlich ein Wandel in der Wirtschaftsordnung bevorsteht. Aber man muss doch vorsorglicher Weise einmal die Frage stellen: Was bietet sich denn als zukünftige Wirtschaftsordnung an? Wo sind denn die Fachleute, die über die Kritik an den vorherrschenden Zuständen hinaus etwas Zukünftiges zu gestalten in der Lage sind?

Die 22 Empfehlungen des Weltagrарberichts (Forts. von S. 26)

zusätzliche Werte auf dem Hof, nach der Ernte und in nicht-landwirtschaftlichen ländlichen Unternehmen zu realisieren. Es gibt Fälle, wo diese kleinbäuerlichen Strukturen besondere Chancen hätten, weil sie Wasser, Nährstoffe und Energie besonders effizient nutzen und die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität schonen, ohne Einbußen beim Ertrag. Aber hohe Marketing-Kosten gestatten es ihnen nicht, diese Chancen zu nutzen. Die zugrunde liegenden Prinzipien, Prozesse und Kenntnisse, können auch für die großflächige Landwirtschaft von Bedeutung und übertragbar sein, insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen von Klimaänderungen.

13. Will man zugunsten der Armen bedeutende Fortschritte erzielen, muss man Chancen für Innovation und unternehmerische Initiative schaffen, die ausdrücklich auf Bauern und Landarbeiter mit geringen Ressourcen gerichtet sind. Dies erfordert Investitionen in alles gleichzeitig: in die Infrastruktur, Erleichterung des Zugangs zu Märkten und Möglichkeiten für den Handel, berufliche Bildung, Verbreitung von Kenntnissen, Kapital, Kredite, Versicherungen und in die natürlichen Ressourcen wie Boden und Wasser. Der zunehmende Einfluss mächtiger Käufer auf die Märkte und Markt-Standards sind besonders anspruchsvoll für die kleinen Produzenten. Das erfordert weitere Innovationen in öffentlichen und privaten Bildungs-, Ausbildungs- und Beratungsdiensten und geeignete rechtliche, regulatorische und politische Rahmenbedingungen.

14. Entscheidungen rund um die Nachhaltigkeit der kleinbäuerlichen Landwirtschaft erfordern schwierige politische Entscheidungen. Eine besondere und unterschiedliche Behandlung der Entwicklungsländer ist ein anerkannter Grundsatz in den Doha-Agrarverhandlungen und es ist anerkannt, dass die Entwicklungsländer diese spezielle Behandlung vor allem aus Gründen der Ernährungssicherheit, für den Lebensunterhalt der Bauern und der ländlichen Entwicklung beanspruchen können. Es wird für notwendig erachtet, geeignete Maßnahmen auf internationaler und nationaler Ebene zu ergreifen, damit die Kleinbauern in den Genuss dieser Bestimmungen kommen. Neue Verfahren für die Abgeltung von Umweltleistungen durch öffentliche und private Versorgungsunternehmen, wie der Schutz von Einzugsgebieten von Wasserfassungen und die Abmilderung der Folgen des Klimawandels sind von zunehmender Bedeutung und eröffnen neue Möglichkeiten für die Kleinbauern.

15. Die Politik, die rechtlichen Rahmenbedingungen und internationale Vereinbarungen sind entscheidend für die Umsetzung weitergehender nachhaltiger Praktiken in der Landwirtschaft. Es bestehen dringende Herausforderungen, welche zusätzliche und wirksame Vereinbarungen und Maßnahmen zur Gefahrenabwehr notwendig machen. Es handelt sich um grenzüberschreitende Verseuchungen des Wassers, sich ausbreitende menschliche und tierische Krankheiten, landwirtschaftliche Schädlinge, Klimawandel, Umweltverschmutzung und die wachsende Besorgnis über die Lebensmittelsicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Um die Ziele in der Entwicklung und in der Nachhaltigkeit zu erreichen, braucht es nationale und internationale Vorschriften, mit denen die vielfältigen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimensionen dieser grenzüberschreitenden Fragen bewältigt werden können. Solche Maßnahmen müssen sich auf ein breites Wissen aus Natur- und Sozialwissenschaften stützen und alle Beteiligten berücksichtigen. Eine verbesserte Verwaltung und eine verstärkte Einbeziehung der betroffenen Parteien können einige der Mängel beheben, die in der Agrarforschung und -technologie sichtbar geworden sind und die oft kurzfristige Überlegungen über langfristige stellen und die Produktivität über ökologische und soziale Nachhaltigkeit und über die vielfältigen Bedürfnisse der Kleinbauern.

16. Innovative institutionelle Maßnahmen sind wesentlich für die erfolgreiche Planung und Einführung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft. Eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion hat umso bessere Aussichten, als rechtliche Rahmenbedingungen und Formen der Assoziation den sicheren Zugang zu Krediten, Märkten, Land und Wasser für Einzelpersonen und Gemeinschaften mit bescheidenen Mitteln sicherstellen. Chancen zu schaffen für die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, welche den Kleinbauern und Landarbeitern einen fairen Anteil an der Wertschöpfung zukommen lassen, ist Voraussetzung für das Erreichen der Ziele von Entwicklung und Nachhaltigkeit.

17. Die Öffnung der nationalen landwirtschaftlichen Märkte für den internationalen Wettbewerb kann wirtschaftliche Vorteile bieten, kann aber langfristig zu negativen Auswirkungen auf die Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit und die Umwelt führen, wenn nicht die elementaren nationalen Institutionen und eine geeignete Infrastruktur dies verhindern. Einige Entwicklungsländer mit hohem Exportanteil haben insgesamt Gewinne am BIP erreicht, obwohl ihre Kleinbauern nicht unbedingt profitiert und in vielen Fällen sogar verloren haben. Die Kleinbauern in den ärmsten Entwicklungsländern sind Netto-Verlierer in den meisten Szenarien der Liberalisierung des Handels. Diese Effekte machen es nötig, eine Politik mit differenzierten Rahmenbedingungen zu verfolgen, wie es durch den Doha-Arbeitsplan vorgesehen ist (abgestufte Ausnahmeregelungen und nicht-gegenseitiger Zugang). Die Entwicklungsländer könnten vom Abbau von Handelsschranken und der Abschaffung von steigenden Zöllen für verarbeitete Waren in den entwickelten und den Entwicklungsländern profitieren; und sie könnten auch profitieren von reduzierten Handelsschranken zwischen ihnen; weiter sind sie interessiert an einem allgemeinen präferenziellen Zugang zu den Märkten entwickelter Länder für wichtige Waren für den Lebensunterhalt der ländlichen Bevölkerung; an verstärkten öffentlichen Investitionen in der lokalen Wertschöpfung, verbessertem Zugang für Kleinbauern zu Krediten und dem Ausbau der regionalen Märkte.

18. Unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft hat sich die exportorientierte Intensiv-Landwirtschaft entwickelt. Das brachte Vorteile, aber auch negative Folgen mit sich in Abhängigkeit von Umständen wie der Ausfuhr von Nährstoffen und Wasser, nicht nachhaltigem Umgang mit Boden und Wasser, oder in einigen Fällen ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Die Wirksamkeit von Innovationen der Agrarforschung und -technologie, welche die Nachhaltigkeit und die Entwicklungsziele befördern, wäre höher, wenn grundlegende Veränderungen in der Preisbildung vorgenommen würden, beispielsweise die Internalisierung der externen Umweltkosten und Bezahlung oder Belohnung für pflegerischen Umgang mit der Umwelt.

19. Die Auswahl der relevanten Ansätze zur Einführung und Umsetzung von Innovationen in der Landwirtschaft ist entscheidend für die Verwirklichung von Nachhaltigkeit und Entwicklungszielen. Es gibt eine Vielzahl solcher Ansätze, die schon angewendet werden. In der Vergangenheit haben Politik und Praxis in vielen Ländern Innovationen in der Landwirtschaft als Technologie-Transfer vorgenommen. Wichtiges Entscheidungskriterium bei der Auswahl von Innovationsansätzen ist ihre Eignung zur Förderung der Nachhaltigkeit und von Entwicklungszielen unter verschiedenen Umständen.

20. Mehr und gezieltere Investitionen von öffentlichen und privaten Stellen in die Agrarforschung und -technologie, ausdrücklich unter Berücksichtigung der Multifunktionalität der Landwirtschaft, können zur Förderung der Nachhaltigkeit und der Entwicklungsziele beitragen. Verstärkte Investitionen in die Agrarforschung und -technologie, insbesondere dann, wenn sie ergänzt werden durch unterstützende Investitionen in die Entwicklung des ländlichen Raums (z.B. Infrastruktur-, Telekommunikations- und Verarbeitungsanlagen) können eine hohe wirtschaftliche Rentabilität haben und zur Verringerung der Armut beitragen. Investitionen in die Agrarforschung und -technologie haben auch ökologische, soziale, gesundheitliche und kulturelle Auswirkungen. Damit künftige Investitionen in die Agrarforschung und -technologie besser gesteuert werden können, braucht es mehr Untersuchungen über die tatsächliche Höhe und die Verteilungswirkungen der ökonomischen und außer-ökonomischen Erträge und Kosten dieser Investitionen.

21. Partnerschaften unter öffentlichen und privaten Institutionen im Bereich der Agrarforschung und -technologie sollen gefördert werden. Gleichzeitig sind Verhaltensnormen durch die Universitäten und Forschungsinstitute aufzustellen und durchzusetzen, damit Interessenskonflikte vermieden und die Konzentration auf Nachhaltigkeit und Entwicklung gewährleistet werden können, wenn die private Finanzierung die Mittel des öffentlichen Sektors ergänzt. Mit Monitoring-Systemen kann der Umgang und bei Bedarf die Vermittlung in Partnerschaften unter öffentlichen und privaten Institutionen unterstützt werden.

22. Damit Nachhaltigkeit und Entwicklungsziele erreicht werden können, muss Raum geschaffen werden für die unterschiedlichsten Stimmen und Perspektiven sowie eine Vielzahl von wissenschaftlichen Disziplinen, zum Beispiel durch die Mitarbeit von Sozialwissenschaftlern. Das bedeutet eine Hilfe für Politik und Praxis der Agrarforschung und -technologie zur Steuerung und Bündelung der öffentlichen und privaten Forschung, der Verbreitung der Ergebnisse und der Ausbildung. Vielfältige und widersprüchliche Interpretationen vergangener und aktueller Ereignisse, gepaart mit der Unterbewertung gewisser Arten von Agrarforschung und -technologie behindern Fortschritte in diesem Bereich. Für die Bewältigung der Ziele müssen die Ursachen der konkurrierenden Interpretationen verstanden werden. Einige Interpretationen wurden privilegiert gegenüber anderen. Das hat dazu beigetragen, die offizielle Agrarforschung und -technologie in bestimmte Bahnen zu lenken, und andere wissenschaftlich fundierte Optionen zu vernachlässigen. Einige der übergangenen Optionen stammen aus traditionellem Wissen oder aus Erfahrungen der Zivilgesellschaft. Diese sind möglicherweise besser in der Lage, einen Beitrag zur Verringerung der Armut, zu sozialer Eingliederung, Gerechtigkeit und multifunktionalen Ergebnissen beizutragen.

Hunger bekämpfen mit mehr Investitionen in eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft

Germanwatch: „Umwidmung von EU-Agrarsubventionen wäre Schritt in die richtige Richtung“

Auf der Konferenz der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO zu Ernährungssicherheit und Klimawandel Anfang Juni müssten konkrete Beschlüsse gefasst werden, um die jahrelange Benachteiligung der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft in Süd und Nord zu beenden. Das forderten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Nord-Süd-Initiative Germanwatch und Oxfam Deutschland. Ebenso wichtig wie zusätzliches Geld, ist die Gestaltung der Programme, für die es ausgegeben wird. Nach Ansicht von AbL, Germanwatch und Oxfam müssen dabei die Erkenntnisse des WeltAgrarrats IAASTD berücksichtigt werden, der die Probleme der industrialisierten Landwirtschaft deutlich aufgezeigt hat. Den Bauern nur mehr Dünger, Pestizide und Hohertragsorten zur Verfügung zu stellen, wie die FAO und Weltbank es vorzuziehen scheinen, wird nicht zu einer nachhaltigen Produktionssteigerung führen. Gerade angesichts des Klimawandels müssen Produktionssysteme weiter entwickelt werden, die an lokale Bedingungen angepasst und weniger anfällig gegenüber Witterungsschwankungen sind.

In diesem Zusammenhang begrüßen die Organisationen den Vorschlag der EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel, Mittel aus dem europäischen Agrarhaushalt für die Entwicklungshilfe im Agrarsektor zur Verfügung zu stellen. Wegen der gestiegenen Preise werden hunderte Millionen Euro nicht für Lagerhaltung in der EU und Exportsubventionen verwendet. Damit die Mittel auch längerfristig zur Verfügung stehen, sind alle Exportsubventionen umgehend und dauerhaft abzuschaffen. Die so frei werdenden Gelder, im Budget für 2008 sind über eine Milliarde Euro vorgesehen, müssen dauerhaft den Kleinbauern in Entwicklungsländern zu Gute kommen, die jahrzehntelang unter den künstlich verbilligten EU-Exporten gelitten haben. Der Weltagrarbericht macht nur zu deutlich, wie wichtig eine bäuerliche und regional orientierte Landwirtschaft ist, um der Hungerproblematik wirksam zu begegnen. Deshalb muss auch die EU-Agrarpolitik daraufhin neu ausgerichtet werden.
Quelle: <http://www.germanwatch.org/>

Auszeichnung für Kenia-Projekt NYENDO

Die Rudolf-Steiner-Schule Ismaning wurde für das Kenia-Projekt NYENDO als „Ausgewählter Ort“ im Innovationswettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ 2008 ausgezeichnet. Träger des Wettbewerbs ist die Stand-

ortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“ gemeinsam mit der Deutschen Bank, Schirmherr ist Bundespräsident Horst Köhler. In der Laudatio sagte der Banker Achim Baumhoer: „Die Rudolf-Steiner-Schule zeigt mit ihrer Schülerfirma, was wir mit Einsatzbereitschaft, Kreativität und persönlicher Leidenschaft zum globalen Wohlstand beitragen können. So werden Erfolgsgeschichten für alle geschrieben.“ Das Team der Schülerfirma Nyendo freut sich über die Auszeichnung, die der Initiative zu notwendiger öffentlicher Aufmerksamkeit verhilft. Als ehrenamtlich arbeitende Schülerfirma betreibt Nyendo fairen Handel mit kenianischen Kunsthandwerkern und verkauft deren Waren in ganz Deutschland. Der Gewinn liegt jedes Jahr bei ca. 10.000 Euro und kommt insbesondere zwei Waldorfbildungseinrichtungen in Nairobi zugute. Durch diese finanziellen Mittel kann vielen Kindern die Chance auf eine gute Schulbildung ermöglicht werden.

Schülerfirma Nyendo, c/o Rudolf-Steiner-Schule Ismaning, Dorfstraße 77, D-85737 Ismaning, Telefon: 08161-66564, E-Mail: nyendo@web.de, Internet: www.nyendo.de, Schüler als Unternehmer e.V., Volks- und Raiffeisenbank Ismaning, BLZ: 700 934 00, Kontonummer.: 419548

Großer Erfolg der WasserAllianz Augsburg

Bürgerbegehren „Rückkauf des Siebentischwaldes“ und „Wasser ist keine Ware“ erfolgreich

15.000 Augsburger Bürgerinnen und Bürger haben jedes der beiden Bürgerbegehren „Rückkauf des Siebentischwaldes“ und „Wasser ist keine Ware“ der WasserAllianz Augsburg unterstützt! In Verhandlungen der WasserAllianz mit Vertretern des Stadtrats und der Stadtwerke konnten beide Bürgerbegehren erfolgreich abgeschlossen werden.

Mit unserem ersten Bürgerbegehren „Rückkauf des Siebentischwaldes“ wurde folgendes erreicht: - Einstimmiger Stadtratsbeschluss am 24.04.2008, den am 22.11.2007 eingeleiteten und zwischenzeitlich vollzogenen Verkauf des Siebentischwaldes an die Stadtwerke rückgängig zu machen. - Kein weiterer Verkauf von städtischen Grundstücken an die Stadtwerke (Ausnahme: laut Gesetz vorgeschriebene Fassungsgebiete für die Trinkwassergewinnung). - Möglicher Rückkauf weiterer bereits veräußerter Grundstücke. - Vollständige Berücksichtigung der bereits ausgehandelten Naturschutzbelange für alle Grundstücke im Augsburger Trinkwassereinzugsgebiet (Siebentischwald, Haunstetter Wald ...): Die Naturschutzbelange werden von der städtischen Forstverwaltung gewährleistet. Die Rückzahlung der Kaufsumme von 18 Mio. Euro an die Stadtwerke wird nicht innerhalb eines Haushaltsjahres möglich sein, was jedoch keine Auswirkungen auf die grundbuchmäßige Rückübertragung hat.

Dem zweiten Bürgerbegehren „Wasser ist keine Ware“ wurde ebenfalls stattgegeben. Der Stadtrat ist sich mit der Allianz einig, dass die Wasserversorgung der Stadt nicht gewinnorientiert erfolgen darf. Zudem hat die

WasserAllianz den Auftrag bekommen, zusammen mit den Stadtwerken Vorschläge zur Abwehr von Privatisierungsbestrebungen - insbesondere von Seiten der EU - gemeinsam zu erarbeiten. Alle im Stadtrat vertretenen Parteien haben gemeinsam mit der WasserAllianz bekräftigt, jetzt und in Zukunft keinen Einstieg von Konzernen in die Augsburger Wasserver- und entsorgung zuzulassen.

Für die WasserAllianz und für die Bürgerbewegung im Allgemeinen sind diese Ergebnisse, wie sie in kaum einer anderen bundesdeutschen Stadt erreicht werden konnten, ein weitreichender Erfolg. Durch das jahrelange Bemühen der WasserAllianz (u.a. erfolgreiches Bürgerbegehren 2004) und der sie unterstützenden Bürgerinnen und Bürger wurden damit wichtige Dämme gegen einen Einstieg von Konzernen in die Wasserversorgung errichtet.

Weitere Informationen: www.wasser-allianz-augsburg.de

Symposium „Demokratisches Europa“

Diplomatische Akademie Wien 12.4.2008

„Durch Beteiligung der BürgerInnen und Bürger zu einer besseren Politik und Gesellschaft“

Sabine Soucek, Wien

Gerald Häfner aus München, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V. und dreizehn Jahre Abgeordneter im Deutschen Bundestag, führte in seinem Vortrag „Politik in der Krise, Demokratie ohne Volk“ aus, dass die meisten Bürger die Politik nur noch aus der Konsumentenperspektive wahrnehmen. Die Politik in Deutschland verliert zunehmend die Bürger. Das Haus Europa muss ein Europa der Bürger werden, sonst wenden sich die Bürger ab. Dazu muss auch diskutiert werden, was auf EU-Ebene, was auf Bundesebene und was nahe beim Bürger entschieden werden soll. Das Volk soll der Souverän sein. Dazu muss es mitreden und mitentscheiden dürfen, so Gerhard Häfner. Ein Bürgerkonvent soll einen Entwurf für einen neuen EU-Vertrag ausarbeiten; dieser soll dann ein Jahr lang öffentlich diskutiert werden.

Gertraud Knoll (SPÖ, vormals evangelische Superintendentin und Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, ist Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat. Die Zukunft Europas hängt davon ab, dass es der EU gelingt, integrierende politische Kraft zu entfalten und die globale Entwicklung, die tiefe soziale Klüfte aufreißt, zu korrigieren. Da müssen die Bürger der Europäischen Union mitgestalten, dann werden sie sich auch damit identifizieren können. Wenn Friedens- und Wohlstandssicherung erste Priorität haben, wird die Politik glaubhaft.

Demokratie erlaubt uns, Alternativen zu entwickeln und die notwendigen Verwandlungsprozesse zu gestalten. Darin liegt die Hoffnung! In historischer Stunde sind wir aufgefordert, unsere Chancen selbst zu nutzen.

Gerhard Schuster (IG-Eurovision, Wien) sprach zum Thema: „Quo vadis Europa? - Quo vadis Humanitas“.

Er arbeitet seit vielen Jahren engagiert in der österreichischen Zivilgesellschaft. „Für das Europa des 21. Jahrhunderts brauchen wir einen zivilgesellschaftlichen Bürgerkonvent“. Dann kann der Weg Europas, über die dreistufige Volksgesetzgebung als Nahziel, letztlich zur Sozialen Dreigliederung Rudolf Steiners führen.

Margit Appel (Netzwerk „Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt“, Wien) hat im Rahmen der katholischen Sozialakademie Wien den ersten deutschsprachigen Kongress über ein bedingungsloses Grundeinkommen organisiert und u.a. an dem Kongress der Initiative Grundeinkommen in Basel mitgewirkt. Sie ging in ihrem Vortrag „BürgerInnen mit sozialen Rechten - bedingungsloses Grundeinkommen als Umsetzungsschritt der sozialen Menschenrechte“ ausführlich auf die soziale Situation in Österreich ein. Das Leben der sozial schwachen, bedürftigen Menschen ist unter den heutigen staatlichen Bedingungen beschämend, ja menschenunwürdig. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde diesen Menschen Selbstwertgefühl und Souveränität wiedergeben. Wertvolle Kräfte kämen in die Lage, sich sinnvoll zu engagieren - beispielsweise in sozialen Projekten.

Herbert Rauch, Wirtschafts- und Umweltexperte, ist Verfasser des Buches „Die Wende der Titanic - Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung“ (Oekom-Verlag München). Er schlug den Bogen vom Grundeinkommen zur Umwelt. Das Konzept Grundeinkommen/Grundsicherung ist eine der heikelsten und wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - gerade in der Verflechtung sozialer und ökologischer Aspekte. „Wie sehr nutzen wir unseren Planeten ab?“ Die Antwort gibt der „ökologische Fußabdruck“: wie viel Bodenfläche ist nötig, um alle unsere Bedürfnisse und die von uns angerichteten Schäden aufzufangen? Lebten alle Menschen so wie in den USA, so bräuchten wir sechs Planeten Erde! Grundsicherung ist ein allgemeines Menschenrecht - aber die soziale Frage als Ganzes muss in die Proportion der heikel gewordenen Welt situation gesetzt werden.

In der Diskussion wirkten neben den Sprechern u. a. mit: Klaus Sambor, Attac - Runder Tisch Grundeinkommen; Hannes Neuper vom Demeter-Bund Österreich und Thomas Göing vom Goetheanum, der die Aktion ELIANT koordiniert. Die Gespräche wurden am folgenden Tag fortgesetzt mit einem Vortrag von Gerald Häfner „Europa und die Selbstbestimmung“ oder „Europa mitverantworten“. Spontan bildete sich eine Initiative, die unter der Federführung von Anton Winter (Nouvelle Alliance, Wien) einen „Vertrag von Wien“ ausarbeiten will, als Grundlage für ein Projekt zu einer Verfassung Europas aus Sicht der Bürger. Nach ausführlicher öffentlicher Diskussion in Österreich und vor allem den östlichen Nachbarländern soll dieser Entwurf eine Alternative zum offiziellen Vorschlag für den Vertrag von Lissabon bieten.

Weitere Veranstaltungen

Im gleichen Rahmen sind folgende weitere Veranstaltungen geplant, jeweils 18.30 - 21.30 Uhr in der Diplomatischen Akademie, 1040 Wien, Favoritenstr. 15 (Nebenflügel des Theresianums):

20. Juni 2008: Grundeinkommen ein Menschenrecht, u.a. mit Nationalratsabgeordneten Alexander Zach, Mag. Margit Appel und Rahel Uhlenhoff, Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Bedingungsloses Grundeinkommen Berlin.

12. September 2008: Umwelt und Nachhaltigkeit, u.a. mit Dr. Herbert Rauch (ESD - European Sustainable Development) und Mag. Johannes Kaup, ORF-Radio Religion und Wissenschaft.

21. November 2008: Gerald Häfner diskutiert mit Vertretern aus der Politik und Zivilgesellschaft die Frage eines Demokratischen Europa unter Einbeziehung der neuen Wiener Initiativen und Projekte.

24./25. April 2009: Abschluss-Symposium u.a. mit Prof. Götz Werner, dm-Drogeriemarktgründer, Paul Mackay, Vorstand am Goetheanum und Gerald Häfner von "Mehr Demokratie e.V." sowie weiteren Vortragsrednern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Info, Berichte und Fotos zu der Veranstaltung: Homepage www.demokratisches-europa.net; Anmeldung unter: info@demokratisches-europa.net; Veranstalter: Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft, Landesgesellschaft Österreich und Karl Julius Schröer-Zweig, Wien; Mitveranstalter: Mehr Demokratie e.V.; Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt (KSOE); European Sustainable Development (ESD); Attac, Runder Tisch Grundeinkommen; IG-EuroVision.

Lichtverschmutzung, Straßenbeleuchtung und Energieverschwendung

*Michael Rist, Jens Martignoni
Johannes Kreyenbühl Akademie in
Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich*

Wenn in alten Zeiten die wohlhabenden Leute ihre Villen, Burgen oder Schlösser mit Fackeln, Kerzen oder Öllampen besonders beleuchteten, konnte man gewiss sein, dass willkommene Gäste erwartet wurden. Eine nächtliche Wege- oder Straßenbeleuchtung - außer dem Mond - gab es nicht. Erstmals 1667 wurde in Paris eine systematische Straßenbeleuchtung mit Öllampen installiert. Danach machten es Städte wie Hamburg, Berlin und Leipzig der Weltmetropole nach. In Hamburg wurde jedoch schon damals verordnet, dass in Vollmondnächten die Straßenlaternen nicht brennen durften. Zu jener Zeit wurden die öffentlichen Plätze und Strassen ca. 1700 Stunden pro Jahr beleuchtet. Mit der Gasversorgung von London im Jahr 1814 kam die Gasbeleuchtung der Strassen auf, die sich bis ins 20. Jahrhundert gegenüber der elektrischen behaupten konnte. Heute werden die Straßen der Städte ca. 4000 Stunden pro Jahr beleuchtet (Kundenmagazin der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich [EKZ], 4/08, S. 16).

Um Strom zu sparen, wurde in neuer Zeit den Konsumenten empfohlen, den Standby-Betrieb ihrer elektrischen Geräte wenigstens in der Nacht auszuschalten,

wodurch 50 % des Standby-Verbrauchs gespart werden könnte. Aber bald bemerkten die Bürger, dass ja mit der nächtlichen Straßenbeleuchtung ein viel größerer Stromverbrauch verbunden ist und dass man außerdem auch den Sternenhimmel in den Städten nicht mehr sehen kann. Als Lichtverschmutzung wird heute das künstliche Licht definiert, das nicht auf den Boden auftrifft, sondern sich über den Horizont ausbreitet. Das Licht wird von den Strassen und Plätzen reflektiert, und es gibt heute ganze Nacht-Erdkarten, die alle größeren Städte der Erde als stark erhellte Flächen zeigen.

Ein besonders krasses Beispiel von Lichtverschmutzung ist die Rennbahn der Motorrad-WM in Doha. Dort wurden 3.600 Flutlichtleuchten mit je 2.000 Watt installiert. Aber die Fans honorierten diesen immensen Licht- und Stromaufwand kaum, da während drei Nächten nur 8.400 Zuschauer sich von dem Spektakel anziehen ließen. Einen etwas kläglichen Versuch machten einige Weltstädte wie San Francisco, Rom sowie schwedische und irische Schlösser, auf die Lichtverschmutzung und Stromvergeudung aufmerksam zu machen, indem sie ihre Nachtbeleuchtung für eine Stunde abschalteten. Am klüglichen war wohl der entsprechende Versuch in Zürich, indem man dort nur für ganze 5 Minuten die Anstrahlung der Kirchtürme und die Straßenbeleuchtung abschaltete (Zürcher Tages-Anzeiger vom 10.12.07, S. 15).

Immerhin machten solche Aktionen auf die stille und seriöse Arbeit der Elektrizitätswerke und der schweizerische Lichtgesellschaft aufmerksam. So bringt der Ersatz von Quecksilberlampen durch Natriumdampflampen eine Stromeinsparung von 40 - 50 %. Auch zieht das gelbliche Licht der Natriumlampen die Insekten weniger an. Die größte Reduktion von Lichtverschmutzung und Energieverschwendung bringt jedoch die Nachtabsenkung oder die vollständige Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung mit sich. So wird bei einer Nachtabsenkung der Straßenbeleuchtung von 23.00 bis 6.00 Uhr eine Einsparung von ca. 20 % erreicht und bei einer vollständigen Nachtabschaltung von 1.00 bis 5.00 Uhr eine solche von ca. 35 %.

Allerdings könnte man auch eine vollständige Nachtabschaltung von 23.00 bis 6.00 Uhr durchführen, wodurch sich eine Einsparung von ca. 40 % ergibt. Die Polizei ist allerdings aus Sicherheitsgründen nicht so sehr für eine vollständige Nachtabschaltung, aber die späten Passanten könnten ja eine Taschenlampe mit sich führen, mit der sie ihren Weg beleuchten und notfalls auch eventuelle Kriminelle blenden könnten. Wenn sie außerdem noch einen Pfefferspray mit sich führen, könnten sie auch die Tunichtgute in die Flucht schlagen. Da die Autos sowieso mit eigenem Licht unterwegs sind, brauchen sie eigentlich keine Straßenbeleuchtung.

Von den verschiedenen Parteien wurden deshalb auch schon diesbezügliche Anfragen an die Stadtverwaltungen gerichtet wie zum Beispiel von der Sozialdemokratischen Partei in Zürich und Uster. Um beispielhaft vorzugehen, mussten im 2.600 Seelen-Dorf Codrerio im Tessin die Beleuchtungen aller Art sowie die Leuchtreklame von 24.00 bis 6.00 Uhr ausgeschaltet werden. In den deutschen Ortschaften Lemgo, Dörentrup,

Kalletal und Rahden kann man bereits per Handy das Licht für den Straßenzug einschalten, den man für den Nachhauseweg einschlägt. Dort geht dann die Straßenbeleuchtung für 15 Minuten an. Von dieser Idee ist auch der Gemeinderat von Adliswil sehr angetan. In der Gemeinde Bülach ergab die Beleuchtungssanierung auf Sammelstraßen eine Einsparung von ca. 45 % mit einer Amortisationsdauer von 7,9 Jahren.

Die Schweizer Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) gibt bereits eine Rangliste der Straßenbeleuchtungen heraus, wobei die Kantone Zürich, St. Gallen und Thurgau sehr gut abschneiden, aber gesamtschweizerisch noch große Unterschiede bestehen.

Man sieht also, auch in der Frage der Straßenbeleuchtung tut sich einiges, aber es bleibt noch viel gegen Lichtverschmutzung und Energievergeudung zu tun.

Sind Schulen als Unternehmen zum Geldverdienen an der Börse da?

Wilhelm Neurohr

Die Berliner Phorms Management Aktiengesellschaft will in den kommenden zehn Jahren mindestens 40 neue Privatschulen in ganz Deutschland gründen und damit flächendeckend zum führenden Privatschulanbieter in Deutschland werden. Ziel sei es, „exzellente Bildung“ anzubieten und damit Gewinne zu erzielen und sich als „Bildungsmarke zu etablieren“, um den „öffentlichen Schulen einzuheizen“. Mittelfristig will das expandierende Unternehmen an die Börse gehen. Was ist davon zu halten, Privatschulen erstmalig in Deutschland als Aktiengesellschaft zu betreiben - und wie gehen die mittlerweile 197 Waldorfschulen in Deutschland mit dieser kommerziellen „Konkurrenz“ um?

Jede Woche werden in Deutschland ein bis zwei private Schulen gegründet; jedes Schuljahr kommen 80 bis 100 allgemeinbildende Schulen in privater Trägerschaft hinzu, während staatliche Schulen schließen müssen, weil ihre Schülerzahl sinkt. Privatschulen haben nach dem Pisa-Schock Hochkonjunktur, zumal der Anteil leseschwacher 15-jähriger Schüler EU-weit auf 25% angestiegen ist. Über 20 bis 30 % aller Eltern würden gerne ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, aber die 7,5% Schulen in freier Trägerschaft können die Nachfrage bei weitem nicht abdecken. Nur jeder 14. Schüler besucht in Deutschland eine Privatschule; die Wartelisten sind lang und die Staatsschulen sind herausgefordert, sich zu wandeln.

Die GLS-Bank, die Schulgründern Kredite gewährt, bekommt allein für die süddeutschen Bundesländer alle zehn Tage eine Anfrage von Gründerinitiativen. In Norddeutschland sorgte der Gründungsboom dafür, dass in den vergangenen zwei Jahren mehr private

Schulen entstanden als in den Jahren davor. Auch die „Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners“ konnten zum Jahresbeginn 2008 vermelden, dass die sich weltweit ausbreitende Waldorfschulbewegung die Zahl von 1000 Waldorfschulen erreicht hat, trotz aller Finanzierungsprobleme.

Unternehmerisches Denken in Schulen: Schüler als Aktionäre?

„Eine Schule ist auch ein Unternehmen“ und Lehrer müssten unternehmerisch denken, meint Ulrich Wiechert, Leiter der pädagogischen Sektion am Goetheanum, auf die Frage nach der Zukunft der Waldorfschule. Quantitatives und qualitatives Wachstum in den Schulen sei nötig, um den Lehrern eine echte Existenzgrundlage zu verschaffen. Als Träger privater Lehranstalten fungieren jedoch bisher nur gemeinnützige Vereine, Stiftungen oder Kirchen, die auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind. Nunmehr kommt die eigens gegründete privatwirtschaftliche PHORMS Management AG als Kette auf den Markt, mit 24 Anteilseignern und einem eigenen Startkapital von einer Million EUR durch private Investoren. Sie erklärt Bildung zum „Produkt“, um damit nach Rendite zu streben.

Die AG betreibt bereits bilinguale Ganztagschulen mit insgesamt 500 Schülern und 60 Lehrern in Berlin, Köln, München und Frankfurt (sowie Planungen in Hamburg und Hannover) - mit einer Atmosphäre als „Mischung aus britischer Disziplin und amerikanischer Überschwänglichkeit“, wie es die „Berliner Morgenpost“ angesichts der anglo-amerikanischen Ausrichtung der PHORMS-Schulen beschreibt. Diese orientieren sich an amerikanischen Sudbury Schools und lassen den Unterricht regelmäßig von Bildungsberatern aus dem anglo-amerikanischen Raum kritisch beurteilen.

Das Privatschulunternehmen ist optimistisch als siegesicherer „Marktführer auf dem Bildungsmarkt“ in Deutschland: „Die Management AG muss effizient wirtschaften und sich auch tragen“, betont die Vorstandsvorsitzende Béa Beste, ehemalige Unternehmensberaterin bei Boston Consulting, in einem Interview auf der Homepage des Goethe-Institutes. „Wir sind schließlich Unternehmer und möchten wirtschaftlich arbeiten. Was funktionieren soll, muss wirtschaftlich sein“, lautet ihr Motto. Es gehe nun mal um „Qualitätsmaximierung“, und dafür sei Geld „nun einmal der Treibstoff“, um den Kindern die „bestmögliche Ausbildung nach den neuesten Lehrmethoden und mit der besten Ausstattung zu bieten.“ Dafür gewährt die AG den einzelnen Schulen Kredite.

„Ab 120 Schülern trägt sich eine Schule selbst“, davon ist der Initiator und Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Alexander Olek überzeugt, der 2001 als Biotec-Gründer zum „Unternehmer des Jahres“ gewählt wurde. Es sei ein „fairer Deal“, wenn die „Kunden“ den Unternehmer für gute Bildung bezahlen. Und Sabine Drexler, Operations Manager der AG, fügt in einem taz-Interview hinzu: „Wir nehmen die staatlichen Schulen in die Pflicht, indem wir Konkurrenzdruck ausüben“ und „einfach auf der Privatschulwelle mitschwimmen“. Natürlich müsse man „dafür auch ein bisschen besser sein als das öffentliche System.“ Das Grundanliegen: Bildung

als Wettbewerbsvorteil und Wettbewerbsfähigkeit für jedes Kind. Finanzvorstand Johannes Nagel ergänzt: „Wäre doch toll, wenn die Schüler irgendwann Aktien ihrer Schule erwerben können.“

Das Klassenzimmer als profitables Dienstleistungsunternehmen?

Das „Geschäftsmodell Klassenzimmer“ ist als Dienstleistungsunternehmen konzipiert, das neben den eigenen PHORMS-Schulen (mit einem überdimensionierten Computer als Tafel im Klassenzimmer) auch staatliche Bildungseinrichtungen übernehmen und nach seinem eigenen Konzept reformieren möchte und sich in die Lehrerausbildung einmischen will. Zudem will es anderen Bildungseinrichtungen alle wesentlichen Leistungen „zu marktüblichen Preisen“ anbieten - vom IT-Service bis zur Lehrerfortbildung -, aber auch Personalrekrutierung, Buchführung und Verwaltung. Über eine internationale „Taskforce“ soll stets der neueste Stand der internationalen Forschung zur individualisierten Bildung und Talentförderung einbezogen werden, um weltweite Bildungsstandards und das Beste der reformpädagogischen Ansätze zu vereinen.

Die Ideen entstammen einem Business-Plan erfahrener Unternehmer, die besonders Wert legen auf international rekrutiertes Lehrpersonal, das englisch als Muttersprache spricht, sich einem kontinuierlichen Training unterwirft und eigene Visionen mit Enthusiasmus realisiert, in kooperativer Teamatmosphäre. Dazu fährt Schulleiter Richard Hengelbrok - ein Amerikaner - bis nach London oder Toronto, um auf sogenannten Recruiting-Messen geeignetes Personal zu finden.

Der Präsident des deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, urteilt zu der Gewinn maximierenden Schulidee, die von den Gründern als „Nachhaltigkeit“ bezeichnet wird: „Es ist unanständig, sich auf dem Rücken der Kinder zu bereichern.“ Die aufzubringenden Elternbeiträge an den staatlich anerkannten und bezuschussten PHORMS-Schulen bewegen sich nach Einkommen gestaffelt zwischen 280 Euro (bei bis zu 20.000 EUR Jahreseinkommen) und 950 Euro pro Monat (bei Jahreseinkommen über 150.000 EUR). Entsprechende Schulbeiträge gibt es auch bei anderen Schulen in freier Trägerschaft. Diese lassen allerdings keinen Spielraum für „Gewinnspannen“ oder Rendite.

Kommerzialisierung von Bildung - ein Ausweg oder Irrweg?

Ist die Kommerzialisierung von Bildung als eine Reaktion auf die staatliche Majorisierung von Bildung und Schulwesen der richtige Weg bzw. Ausweg aus der Bildungsmisere oder ein Irrweg? Weder dem Staat, noch der Wirtschaft kann es obliegen, sich in die Bildungskonzepte der Schulgemeinschaften einzumischen, wenn ein freies Kultur- und Geistesleben sich entfalten soll. Privatschulen sind aber auch nicht per se besser als staatliche Schulen, denn letztlich entscheidet nicht die Art der Trägerschaft, sondern die inhaltliche Gestaltungsfreiheit und Bildungsqualität. Aber selbstverwaltete Schulen können flexibler auf Elternwünsche und Schü-

lerbedürfnisse reagieren als zentral verwaltete und gegängelte Einheitsschulsysteme, die von politischen oder wirtschaftlichen Ideologien abhängig sind.

Entscheidend sind letztlich die Pädagogik, die Qualität und der Bildungserfolg nach geeigneten Maßstäben und Menschenbildern. Und hier stehen die privaten und staatlichen Schulanbieter untereinander und miteinander in einem Qualitätswettbewerb, der über die Zukunft unserer Kinder und der menschlichen Gesellschaft entscheidet. So gesehen, müssten sich die übrigen Schulträger dem pädagogischen Konzept der PHORMS-Schulen und ihres Schulnetzwerkes im Wettbewerb trotz aller Vorbehalte stellen. Und dabei können die Waldorfschulen ganz selbstbewusst auftreten, ohne sich aber auf ihren Lorbeeren auszuruhen, indem sie vielmehr ihr Sozial- und Qualitätskonzept ständig verbessern.

Wettbewerb der Schulen für das 21. Jahrhundert?

Der Name PHORMS ist abgeleitet aus der Verknüpfung von „Form“ und „Metamorphose“ und steht nach eigenen Angaben des Unternehmens „für die Mischung aus einem fundierten Bildungskonzept und individueller Entwicklungsförderung“, in Anbetracht der Individualisierung unserer Gesellschaft im Ganztagsbetrieb. Jedes Kind hat seinen maßgeschneiderten, straffen Lehrplan nach individuellem Lerntempo, mit Motivation durch Lob und Erfolgserlebnisse. „Unser Ziel ist, unternehmerisches Denken auszubilden“, sagt der amerikanische Schulleiter der Berliner PHORMS-Schule in einem alten Fabrikgebäude des AEG-Maschinenwerkes.

Schulmotto: „Wie aus kleinen Menschen große Optimisten werden“ in einer „leistungsorientierten, glücklichen Schulzeit“, in der sie „gefordert und gefördert werden“ und sich zu „eigenständig denkenden, erfolgreichen Persönlichkeiten entwickeln“. Die Kinder sollen ermutigt werden, auf die eigene Tatkraft zu vertrauen und brauchen „Wurzeln und Flügel, um das Lernen zu lernen“. Dazu gehöre ein solides Bildungsfundament und Entwicklungsförderung nach neusten Erkenntnissen.

Die Unterrichtsinhalte basieren auf dem jeweiligen Landesrahmenlehrplan und dem Cambridge-International-Curriculum. Der Unterricht zielt darauf ab, die Kinder mit umfassenden Fähigkeiten auszustatten, damit sie ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Regeln und Leistungsbewusstsein sowie Vermittlung von Werten gehören zum Schulalltag, aber auch das Internet als Tafel-Ersatz sowie Tischgruppen statt Sitzordnung frontal zum Lehrer. In der Grundschule unterrichten zwei Lehrkräfte, davon eine Erzieherin in jeder Schulstunde, und zwar in kleinen Klassenverbänden mit 20 Schülern. (im Gymnasium mit 24 Kindern), so dass es keinen Unterrichtsausfall gibt.

Im Mittelpunkt des Unterrichtskonzeptes steht weniger fach- oder wissensbezogenes Lernen als vielmehr konzeptbezogenes Lernen nach Lernprozessen, d. h. dem Unterricht liegt meist ein zentrales, fächerübergreifendes

Thema bis zur praktischen Ausführung zu Grunde, um das sich für einen bestimmten Zeitraum die Lernfelder alters- und entwicklungsgemäß mit Inhalten füllen, wie z. B. Themen „Wasser“, „Ernährung“, „Freundschaft“ oder „Schnecken“, mit Bezug zur Realität. Bei der PHORMS-Schulkette gibt es kein Sitzenbleiben, keine Pausenklingel und keine Hausaufgaben im herkömmlichen Sinne, dafür aber Recherche oder Projekte allein oder in kleinen Teams, in denen die Kinder ihrer Neugier nachgehen. In den Projektgruppen werden Stärken und Schwächen gezielt zusammengebracht, damit alle lernen, Verantwortung auch für andere zu übernehmen und auch Rat und Hilfe von anderen Kindern zu akzeptieren.

Schon in der bilingualen Vorschule und Grundschule finden mindestens 70 % des Unterrichtes in Englisch statt, ohne Vokabeln und Grammatik, im PHORM-Gymnasium zu 50 %. Ab der 5. Klasse werden weitere Fremdsprachen gelehrt, beginnend mit Spanisch. Die Ganztagschule beginnt erst um 9 Uhr mit einem morgendlichen Gemeinschaftsritual in der Aula nach persönlicher Begrüßung und endet um 16 Uhr; ein Schulbus holt die Kinder an der Haustür ab. Nach der Mittagsmahlzeit werden die Zähne geputzt, man bewegt sich viel und im Unterricht wird viel getrunken.

PHORMS versteht sich nicht als Elite-Schule, sondern die Schüler kommen aus „niedrigem und mittlerem Einkommenssegment“ von Handwerkern bis Managern in sozialer und internationaler Durchmischung - eine „Elite im Herzen“, wie PHORMS es umschreibt. Gefördert würden unternehmerisches Denken, Selbstverantwortung und Organisationstalent. Denn „unternehmerisch“ bedeute „angeborener Optimismus und natürliche Neugier der Kinder“. Die ebenfalls international rekrutierten PHORMS-Lehrer, die regelmäßig fortgebildet werden und mindestens zwei Fremdsprachen beherrschen müssen, verstehen sich allerdings als Elite, denn sie müssten als „außergewöhnliche Persönlichkeiten mit internationaler Erfahrung“ die weltweiten Erkenntnisse und Entwicklungen im Schulwesen einbringen, damit aus den Schülern Weltbürger werden können.

Jeder mag zu diesem unternehmerisch geprägten Schulkonzept stehen wie er will - auf jeden Fall ist es, ähnlich wie andere pädagogische und organisatorische Reformschulkonzepte der privaten und staatlichen Schulen, eine Herausforderung auch für die Waldorfschulbewegung, sich mit neuen Ideen und innovativen Konzepten dem verschärften Wettbewerb um die Schulen für das 21. Jahrhundert zu stellen - denn anders als schädliche Konkurrenz im Wirtschaftsleben ist geistiger Wettbewerb im Bildungswesen jederzeit vonnöten und nutzbringend sowie entwicklungsfördernd. Und das Waldorfschulkonzept der ganzheitlichen Menschenbildung und Erziehungskunst ist und bleibt im Grunde nachhaltig und zukunftsweisend, wenn es zeitgemäß fortentwickelt wird. Dann bringt es auf ganz andere Art und Weise Gewinn für die Menschen als die Schulidee der profitablen Aktiengesellschaft.

Gibt es ein menschengerechtes Bodenrecht?

Rechtsphilosophische Betrachtungen zu dem ideologischen Streit um das richtige Bodenrecht

Gabriele Wickenhäuser

Die rechtshistorischen Auseinandersetzungen zwischen römischen und germanischen Traditionen bezüglich der Besitzverhältnisse an Boden pendelten jahrhundertlang zwischen den polaren Idealen Gemeineigentum und Privateigentum hin und her. Im Jahr 1871 führte der Juristenstreit zwischen Romanisten und Germanisten im deutschen Sprachraum zu einem ersten bedeutenden Gesetzeswerk als Synthese. Die deutsche Reichsverfassung (RV) ordnete und begründete einen deutschen Bundesstaat, bestehend aus 25 deutschen Gliedstaaten, die sich aus einigungswilligen Fürstentümern bildeten. Für diese nach juristischem Verständnis ersten echten deutschen Gliedstaaten sollte von Beginn an zunächst ein einheitliches Reichsstrafgesetz gelten. Im Jahr 1879 wurde ein gemeinsames höchstes Gericht als Deutsches Reichsgericht in Leipzig errichtet. Als wichtigstes einigendes Gesetzeswerk trat am 1. Januar 1900 zur Jahrhundertwende das Bürgerliche Gesetz für das ganze Deutsche Reich in Kraft. Es hat sich in seiner einzigartigen systematischen Grundstruktur, bestehend aus fünf Büchern, bis heute erhalten.

Der alte Streit um das Bodenrecht schwelte allerdings weiter und konnte bis heute noch nicht abschließend geklärt werden, wie viele Veröffentlichungen - auch in anthroposophischen Medien - deutlich zeigen. Worin liegt das eigentliche Problem begründet?

Wesentliche Ursachen des Konflikts lassen sich bis auf biblische Zeiten zurückverfolgen. Es handelt sich um die allmähliche Umstellung des Familiengewohnheitsrechts von matrilinearere Genese auf patrilineare Tradition. Der spirituelle Beginn der Umstellung wird eindrücklich im Alten Testament dokumentiert durch lange - rein männliche - Abstammungslisten von Vätern und Söhnen. Durch das „lex salica“ (Salisches Gesetz) des Merowingerkönigs Chlodwig I. wurden Frauen in Europa ab dem 6. Jahrhundert n. Chr. zunehmend - rechtlich begründet durch göttlich-königliche Befehlsgewalt - von der Erbschaft an Landbesitz ausgeschlossen. Dieser erfolgreiche fränkische König begann damit offiziell in Mitteleuropa die vaterrechtliche Auffassung vom „patrimonium“ (lat.: Erbvermögen) und vom späteren „dominium“ (lat.: Herrschaft) praktisch auf der germanischen Allmende (unverteiltes Land der Allgemeinheit) durchzusetzen. Der Franke Chlodwig I. hatte sich 498 n. Chr. unter dem Einfluss seiner burgundischen Frau römisch-katholisch taufen lassen. Er bereitete dank der Anerkennung seiner Herrschaft durch den oströmischen Kaiser Anastasios I. und unter Anwendung byzantinischer Rechtsvorstellungen den mitteleuropäischen Boden für die allmähliche Durchsetzung des römisch-rechtlichen Landeigentumsbegriffs, der sich mit der umfassenden Rezeption des Römischen Rechts ab Mitte des 15. Jahrhunderts endgültig etablierte und bis heute in Deutschland gilt.

Wie wir heute wissen, führen sowohl die ausschließlich mütterrechtliche Auffassung von Boden als Gemeineigentum als auch die monarchistisch-sachenrechtliche Eigentumsordnung römisch-rechtlicher Schule bei der praktischen Bodennutzung durch die Menschen jeweils zu unterschiedlichen Vor- und Nachteilen. Die Zurückdrängung von gemeineigentümlichen Vorstellungen hängt mit der neuzeitlichen Individualisierung zusammen und widerspiegelt auch deren Schattenseiten. Die Versuche, diese Schattenseiten mit Hilfe eines „sozialistischen Volkseigentums“ zu korrigieren, haben wie bekannt zu unfreiheitlichen Verhältnissen geführt, die niemand zurückersehnt. Die Frage nach einem dritten Weg zwischen Staatssozialismus und marktwirtschaftlichem Kapitalismus, die Rudolf Steiner zu seiner Zeit mit dem Dreigliederungsansatz beantwortet, bleibt aktuell, auch und gerade beim Bodenrecht. Wie kann man an dieser Stelle Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in die richtige dynamische Balance bringen? Zahlreiche Vorschläge zu einer umfassenden Bodenreform sind in dieser Richtung gemacht worden.

An dieser Stelle geht es weniger um diese Perspektiven, als um erste Schritte in der richtigen Richtung, die unmittelbar an der rechtlichen Situation in Deutschland ansetzen, die in dieser Hinsicht interessante Möglichkeiten bietet.

Ein Vorschlag zur Lösung wesentlicher Probleme des Bodenrechts...

Heute ist in Deutschland jeder private Grundstückseigentümer in seinem freien Verfügungsrecht (§ 903 BGB) durch die verfassungsrechtliche Sozialbindung des Eigentums (Art. 14 GG) beschränkt. Doch es wäre gut, wenn diese Beschränkung in der sozialen Praxis viel häufiger sichtbare Früchte trüge, damit der kritische Bürger erkennen kann, dass privates Bodeneigentum auch im Einklang mit den Interessen der Allgemeinheit genutzt wird. Dann könnte eine höhere Akzeptanz gegenüber der herrschenden Rechtsordnung in der Bürgerschaft entstehen, denn sowohl der bodeneignete Landwirt als auch der landlose Mieter wenden sich sonst aus Enttäuschung vielleicht gegen den - in historischen Dimensionen betrachtet noch jungen - deutschen Rechtsstaat als dem vermeintlichen Urheber ungerechter Landverteilung.

Das Problem der Bodenverfügbarkeit entsteht aus der herrschenden Diskrepanz zwischen Bodenbesitz und Bodennutzung. Eine nutzungsorientierte Umverteilung des Bodens zum Wohle der Allgemeinheit findet in Deutschland, von staatlicher Seite betrieben, nur sehr selten statt, da die Art und Weise der Bodennutzung noch immer weitgehend den Eigentümern überlassen bleibt. So ist eine nachhaltige Nutzung der Böden jedoch nicht zu gewährleisten. Dazu bedürfte es eines rechtlichen Systems von „Nutzungsbewährungsproben“, die zertifiziert werden müssten. Eine gerechte Bodenverteilung im Rechtsstaat darf niemals endgültig sein, sondern muss den Gleichheitsgrundsatz dadurch achten, dass eine Umverteilung unter rechtlichen und demokratischen Bedingungen möglich ist. Das heißt also, dass das Ausschlussrecht Dritter beim Bodeneigentum nur unter der ökonomischen Bedingung lau-

fender Nutzungsbewährung gewährt werden dürfte. - Man stoße sich nicht an dem juristischen Terminus „Nutzungsbewährungsproben“: es handelt sich nicht um ein System kleinlicher Kontrolle oder gar planwirtschaftlicher Steuerung der Bodennutzung. Vielmehr geht es schlicht um die Zertifizierung der Tatsache, dass die Bodennutzung nicht gegen das Interesse der Allgemeinheit verstößt - indem z.B. der Boden aus Gründen der Spekulation brachliegt oder in umweltschädlicher Weise genutzt wird.

Wie wäre nun ein solches Nutzungsbewährungs-Kontrollsystem im Bodenrecht demokratisch zu denken?

Der „Flickenteppich“ der staatlichen Grundstücksidentifizierung ist in Deutschland lückenlos. Jede selbstständige Gemarkung wird durch eine Kartenummer des staatlichen Vermessungsamtes, eine Flurnummer und eine Flurstücknummer in eindeutig identifizierbare Grundstücke aufgeteilt. Diese Grundstücke werden im zugehörigen Grundbuch notariell geführt (Grundbuchamt). Das weltweit einzigartige Grundstücksrecht in Deutschland ruht auf vier Säulen: dem örtlichen Grundbuch, dem Notarwesen als Dienstleistung zwischen Bürgerschaft und Staat, dem lückenlosen Liegenschaftskataster des Staates und dem Abstraktionsprinzip des Bürgerlichen Gesetzbuches. Durch diesen systematischen Bodenrechtsaufbau entsteht in Deutschland die Möglichkeit zu sicheren Immobiliarkrediten als Basis einer freien und zugleich sozialen Wirtschaftsordnung. Um ein Grundstück bezüglich seiner Nutzung genauer zu bestimmen, würde man eine Nutzungskennzahl benötigen, die sowohl die Nutzungsart formal als auch die Nutzungsqualität inhaltlich kennzeichnet. Diese Schlüsselzahl könnte dank des neuen elektronischen Grundbuches in Deutschland leicht eingeführt werden und so die Basis für ein zukünftiges Nutzungsbewährungs-Kontrollsystem für bestimmte oder auch für alle deutschen Grundstücke bilden. So könnten dank moderner EDV in Verwaltung und Staat wichtige Probleme der Bodenordnung in der Zukunft ohne größere politische Umwälzungen friedlich gelöst werden.

Veränderungen durch die Wiedervereinigung Deutschlands

Historisch interessant und rechtsphilosophisch lehrreich ist auch die Betrachtung der Änderungen des Sachenrechts im EGBGB (Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch), die durch die Wiedervereinigung Deutschlands verursacht wurden.

Als juristische Erbschaft der sozialistischen DDR haben wir heute im wiedervereinigten Deutschland ein vom Grundeigentum getrenntes, selbstständiges Eigentumsrecht an Gebäuden, Baulichkeiten und anderen Einrichtungen übernommen. Während der kommunistischen Herrschaft wurden auf volkseigenem (= von Russland enteignetem) deutschem Boden von privaten Personen Eigenheime oder andere Gebäude zur privaten Nutzung gebaut. Außerdem durften nach § 27 LPG-Gesetz (Gesetz der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) seit 1982 auch landwirtschaftliche Gebäude und Anlagen auf fremdem Grund errichtet werden; ähnlich verfuhr man in der DDR auch mit Wohngebäuden im genossenschaftlichen Wohnungsbau. Für

dieses isolierte Immobilien-Eigentum existierten bei der Wiedervereinigung besondere Gebäudegrundbuchblätter in den ostdeutschen Grundbuchämtern. Im Einigungsvertrag wurde geregelt, dass diese Eigentumsbestimmungen aus DDR-Zeiten weitergelten, wenn sie am Stichtag, dem 2. Oktober 1990, in Kraft waren. Logischerweise ist auch nach dem 3. Oktober 1990 ein Entstehen von selbständigem Gebäudeeigentum in Deutschland noch möglich gewesen, wenn wenigstens eine bestandskräftige Baugenehmigung zum Stichtag schon vorlag.

Alle für die Bundesrepublik Deutschland neuen Immobilien-Nutzungsrechte aus DDR-Zeiten besitzen eine rechtliche Doppelnatur, ähnlich wie das Erbbaurecht aus dem Revolutionsjahr 1919 der Weimarer Republik. Sie stellen einerseits eine Grundstücksbelastung dar, bilden andererseits aber gleichzeitig die Rechtsgrundlage des Gebäudeeigentums. So schieben sich diese abstrakten Sachenrechte virtuell zwischen Boden und Gebäude. Sie unterliegen daher heute alle den immobilienrechtlichen Regeln des BGB und gelten künftig als eingetragene Grundstücksbelastungen. Für ihre Aufhebung gilt somit als zwingende Regelform die Löschung des Rechts im Grundbuch gemäß § 875 BGB. Zu DDR-Zeiten war ein Entzug des Nutzungsrechts durch den Grundstückseigentümer bei nicht bestimmungsgemäßer Nutzung aus ideologischen Gründen normativ vorgesehen. Diese alte Regelung konnte im demokratischen Deutschland nur in einen freien individuellen Anspruch auf Aufhebung des Nutzungsrechts oder auf Übertragung des Gebäudeeigentums (vgl. Heimfall beim Erbbaurecht) umgewandelt werden, der dann im Einzelfall gut begründet vom Grundstückseigentümer vor Gericht erstritten werden muss. Nur auf diese Weise können die Grundrechte beider Parteien zum Wohle der Allgemeinheit durch das Gericht gewahrt bleiben. Dafür könnte der deutschen Richterschaft zur gerechten und freien Urteilsfindung diese hier vorgeschlagene qualitative Bodennutzungskennzahl einen zusätzlichen Bewertungsmaßstab liefern. Als weitere juristische Möglichkeit der Wiedervereinigung von Grundstück und Gebäude gibt es noch den Weg des § 890 BGB, der keine Aufhebung des Gebäudeeigentums nach § 875 BGB erfordert. Doch hier bewegen wir uns schon in juristischen Spezialgebieten, in die wir hier nicht weiter vordringen können. - Ich hoffe, diesen einen Ausflug gestattet mir die Leserschaft.

Zusammenfassend kann man sagen: Unsere Betrachtungen machen deutlich, wie die beiden ursprünglich polaren Ideale von - mütterlichem - Gemeineigentum und - väterlichem - Privateigentum heute durch ein einzigartiges und kompliziertes Geflecht von Rechtsnormen eine konkrete und von vielen als weltweit beste betrachtete - wenn auch noch weiter entwicklungs-fähige und entwicklungsbedürftige - bodenrechtliche Synthese in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland gefunden haben. Ich hoffe, es ist mir gelungen, diese sehr schwierige rechtsphilosophische Materie einigermaßen einleuchtend darzustellen. Für weitere Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Adresse der Autorin: Gabriele Wickenhäuser, Rechtsphilosophin B.A., Westergasse 1, D-73650 Winterbach, arachnemedien@t-online.de

Versuch

Das „tetraedrische Bewusstsein“

Dreigliederung und Viergliederung:
individuell und sozial

Alfred Groff
www.mtk.lu/groff.htm

I.

Zur Entstehungsgeschichte des Artikels

Wie mir das Thema „Dreigliederung und Viergliederung“ begegnete

„Der Kosmos ist so geformt, dass er aus der Zahl DREI heraus gestaltet worden ist [...] Ist durch die Tat des Christus, des Sohnes, der vom Vater zu der Menschheit und der Erde geführt worden ist, nicht in Wirklichkeit ein Viertes zu der Dreiheit hinzugekommen?“ fragt Athys Floride.* Als Einleitung möchte ich darstellen, welche Gedanken mich zum Thema des „tetraedrischen“ Bewusstseins geführt haben:

Erstens wurde das Thema Dreigliederung und Viergliederung“ im ersten Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“ des Jahres 2002 von Christoph Strawe angeschnitten, wo er sich mit den Viergliederungsvorschlägen von Johannes Heinrichs für die Gesellschaftsgestaltung auseinandersetzt.**

Zweitens stellte sich mir das Thema im Internationalen Kulturzentrum in Achberg, wo Wilfried Heidt und seine Mitarbeiter sich schon seit mehreren Jahren mit dem Umstand auseinandersetzen, dass die vier Entwicklungsstufen Europas*** zur heutigen Europäischen Union

* Athys Floride: „Der Weg zu den Hierarchien. Das Ziel der Entwicklung: die vierte Hierarchie“, Verlag am Goetheanum, 1996 (S.18, S.29 sowie 186f.)

** Christoph Strawe: „Dreigliederung und Viergliederung. Eine Antwort auf Johannes Heinrichs“. Rundbrief Nr. 1, März 2002

*** Die vier Entwicklungsstufen Europas zur heutigen Europäischen Union (EU) begannen mit dem Europarat, dem gemeinsamen geistigen Fundament. Es folgten die wirtschaftliche Integration (EWG und EG) und die politische Union (EU). Und schlussendlich entstand ein gemeinsames monetäres System (EZB). Vom 10. Oktober 2000 bis zum heutigen Tage wird in Achberg dank sozialwissenschaftlicher Grundagentenforschung „der Schritt von der „Dreigliederung“ zur „Viergliederung“ (mit dualer „Mitte“, also fünf Systemen) gemacht (monetäre Zirkulation und kommunikative Vernetzung). Das wird umgesetzt in einem erstmaligen architekturgeschichtlichen Versuch, ein viergliedriges Kuppelensemble als Krönung eines auf dem regelmäßigen Dodekagon mit 3x3 Ausgliederungen errichteten Zentralbaues (gegliedertes Ganzes) zu errichten, als „Urbild für den sozialen Organismus auf der Stufe seiner heutigen Entwicklung.“ (Wilfried Heidt) Eugen Löbl bezeichnete den entsprechenden Gesellschaftstypus als „integrales System“ in seinem Buch „Wirtschaft am Wendepunkt“, Achberger Verlag 1975. Siehe: Rundbrief an die Teilnehmer des ICC-Treffens 6.-8. 10. 2000: http://www.ig-eurovision.net/pdf/Rundbrief_2000-2001.pdf, sowie: „Für einen neuen Impuls im Verfassungsprozess der Europäischen Union und für eine Konstitution aus der Mitte ihrer Bürgerschaft“: <http://www.eu21.willensbekundung.net/>, <http://www.ig-eurovision.org/projekt-eu21-petition.htm> und <http://www.ig-eurovision.org/pdf/EU21-Petition-Begleitbrief-Bundesregierung.pdf> (7. März 2007)

(EU) tendenziell die Selbstbestimmung der kulturellen Identität, die Selbstverantwortung der wirtschaftlichen Akteure, einen demokratischen Rechtsstaat und ein dienendes monetäres System erkennen lassen. Die Gesamtgestalt ist also ein in vier Funktionssystemen wirkendes Ganzes. Zu den drei üblichen Gliedern der sozialen Dreigliederung kommt somit als zirkuläre dienende Integration das Geldwesen hinzu. Zu seiner Zeit hatte bereits Rudolf Steiner ein viertes gesellschaftliches Organ zur kommunikativen Vernetzung angedacht.*

Drittens ist meine Beschäftigung mit Ken Wilber zu nennen, den man auch den „Einstein der Bewusstseinsforschung“ nennt und der als Vertreter eines integralen Menschen- und Weltbildes gilt. Er will die Stärken und Schwächen verschiedener weltanschaulicher und philosophischer Richtungen aufzeigen und einen theoretischen Rahmen entwickeln, in dem verschiedene Traditionen ihren Platz haben. In seiner integralen Theorie, einem systematischen Modell für eine holistische Welterklärung, spielt eine gewisse Dreigliederung („die grossen Drei“) und Viergliederung (Modell der vier „Quadranten“) eine zentrale Rolle. Er strebt eine gesellschaftliche Umsetzung seiner Erkenntnisse an, zum Beispiel in seinen Impulsen für eine integrale Vision für Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Spiritualität.** Besonders der Vergleich mit den Schriften und Impulsen Rudolf Steiners ist lohnenswert.*** Das „Institut für integrale Praxis, mehr Demokratie und soziale Dreigliederung (IDD)“ in Luxemburg widmet sich seit Jahren diesem Anliegen.****

Schlussendlich ist die soziologische Theorie der Viergliederung von Michael Opielka zu erwähnen. Er unterscheidet vier analytische Systemebenen (Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation) und betont dabei die vierfache Integration sozialer Handlungssysteme sowie das Prinzip, dass die Subsysteme das Ganze durch Viergliederung in sich repräsentieren.

* „Eine Art Senat, gewählt aus den drei Körperschaften, welchen die Ordnung der politisch-militärischen, wirtschaftlichen und juristisch-pädagogischen Angelegenheiten obliegt, versieht die gemeinsamen Angelegenheiten, wozu auch zum Beispiel die gemeinsamen Finanzen gehören.“ Rudolf Steiner: „Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921“, GA 24, Rudolf Steiner Verlag (S.342ff.)

** Ken Wilber: „Ganzheitlich handeln. Eine integrale Vision für Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Spiritualität“, Arbor Verlag 2001; „Eine kurze Geschichte des Kosmos“, Fischer Verlag 1997. Siehe auch: <http://if.integralesforum.org/lesesaal-Essentials-Grundlagenkonzepte>: z.B. zu den Quadranten und Perspektiven). Auch in anthroposophischen Kreisen hat eine Auseinandersetzung mit seinem Werk begonnen. János Darvas stellte in der Wochenschrift „Das Goetheanum“ die Hauptlinien seines großangelegten Gedankengebäudes vor, diskutierte markante Thesen sowie die Gesamttendenz seiner „Jahrtausendvision“.

*** Auf der Webseite von Info3 (www.info3.de) gibt es dazu einige Beiträge von Michael Habecker: siehe unter http://www.info3.de/ycms/projekt_32.shtml u.a.: „Die Grundlagen der Erkenntnis bei Rudolf Steiner und Ken Wilber“ (<http://www.info3.de/ycms/download/projekte/habecker3.pdf>) oder „Weltanschauungen“ (...habecker5.pdf). Siehe auch: Roland Benediktter: „Drei Avantgarde-Strömungen des heutigen US-Geisteslebens - und ihre Beziehung zu Europa“, Integral Review 3, 2006 (S.39 - 61)

**** Das Institut IDD (www.mtk.lu/ideeinstitut.html) steht sowohl für eine individuelle integrale Entwicklung wie auch für eine gesellschaftliche Entwicklung, die inspiriert wird von den Ideen der sozialen Dreigliederung von Rudolf Steiner oder auch der sozialen Plastik von Joseph Beuys. Die direkte Demokratie, in Form der Volksgesetzgebung, wird als gesellschaftliches Kommunikations- und Bewusstseinsorgan und als Vermittler (Belebung) zwischen beiden Polen verstanden.

Laut Opielka erbringt die vierte, die Legitimationsebene allerdings die abschließende Integrationsleistung. Er hält eine funktionale Integrationsperspektive für Wert- und Letztwerifrager aus soziologischer Sicht für zweckmäßig, denn durch Religion würden gesellschaftsexterne Sinnressourcen für die Gesellschaft erschlossen. Die Frage stellt sich, ob diese Sinnressourcen heutzutage nicht über die individuellen Iche zu erschließen und ins Geistesleben einzubringen sind, von wo aus sie die andern Gesellschaftsglieder befruchten können. Ein viertes Gesellschaftsglied wäre dann nicht nötig. Opielka meint selber: „Man könnte in gewisser Weise, Steiner weiter deutend, das Legitimationssystem als das ‚Ich‘ der Gesellschaft verstehen - in dem ganz anders als in der kollektivistischen und hierarchischen Vergangenheit die persönlichen ‚Iche‘, die Individuen ganz zur Geltung kommen müssen. [...] Erst wenn diese Durch-Ichung, Durch-Individualisierung der Legitimationsgrundlagen der modernen Gesellschaft ein gewisses, nicht schematisch bestimmtes Niveau erreicht hat, wäre ein ‚Absterben‘ ihrer sozial-institutionellen Seite, also des Legitimationssystems, sein Aufgehen in ein ‚Geistesleben‘, das Gemeinschaft und Legitimation umfasst, denkbar und wünschenswert.“*****

Meditativ-tetraedrische Kreativität

Das Thema Dreigliederung und Viergliederung führte mich zum Tetraeder und dies erwies sich als hilfreich bei der Betrachtung eines Begriffes unter verschiedenen Gesichtspunkten. (Tetraeder ist abgeleitet vom griechischen tetraëdron = Vierflächner.)

Die Perspektiven

Eines der Hauptprobleme der Menschen- und Welterkenntnis besteht darin, nur einen Teilaspekt der Wirklichkeit zu erkennen und diesen als das Ganze auszugeben*****. Vom Kindesalter an wird den Menschen all zu oft und kommentarlos eine Perspektive der Welt gezeigt, die nur einen Höhepunkt, eine Scheinwelt in voller Pracht darstellt. Der von derartigen Ideologien, von Informationsflut oder Werbestrategien beeinflusste Mensch fühlt sich schnell unvollkommen und unzufrieden und wird zum Konsum angeregt, um den künstlich hervorgerufenen Unwohlzustand zu beheben.

Vereinfachte und oft noch so attraktive Darstellungen treffen selten die volle Wirklichkeit. Es gibt nämlich oft wesentlich mehr Perspektiven als zunächst angenommen. Rudolf Steiner spricht von zwölf Weltanschauungen, die denkerisch alle ihre volle Berechtigung hätten.***** Wie die astrologischen Tierkreiszeichen

***** Michael Opielka: „Gemeinschaft in Gesellschaft - Soziologie nach Hegel und Parsons“, VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006 (S.249f.) Die Sichtweisen von u.a. Jürgen Habermas, Johannes Heinrichs, Niklas Luhmann, Richard Münch, Talcott Parsons zu Gesellschafts- und Gemeinschaftsfragen werden in diesem soziologischen Werk kritisch betrachtet. Die Zuordnungen von Geld, Macht, Religion und Wissenschaft differieren zum Teil erheblich von denjenigen in diesem Artikel.

***** So sind zum Beispiel Models auf dem Laufsteg ebenso wenig adäquate Repräsentanten für den Menschen, wie statische Bilder einer Blume in voller Blüte in einem Schulbuch für den Entstehungs- und Transformationsprozess, den diese Pflanze in Wirklichkeit durchlebt.

***** Rudolf Steiner: „Das esoterische Christentum und die geis-

Archetypen menschlicher Charaktere darstellen, so entsprechen Steiners zwölf Weltanschauungen zwölf Haupttypen menschlichen Denkens. Ken Wilber nennt acht Hauptperspektiven.* Er unterscheidet Innerlichkeit und Äußerlichkeit - sowohl individuell wie auch kollektiv - wie auch die jeweilige Betrachtung von innen und außen und meint so alle Erkenntnismethodiken der Menschheit darstellen zu können. Die nicht immer leichte Auseinandersetzung mit den Grundlagen unseres Denkens und letztlich unseres Menschseins kann uns aber nicht erspart bleiben, wenn wir der Wirklichkeit gerecht werden wollen.

Die Begriffe

Die vielen möglichen Perspektiven können nur dann adäquat erfasst werden, wenn man mit klaren „Begriffen“ arbeitet. In ihrem „Aufruf zur Alternative“ schrieben Joseph Beuys und Wilfried Heidt**: „Leider lebt, gerade in politisch alternativ denkenden Kreisen, vielfach noch die Ansicht, auf die Begriffe käme es nicht an. Dieses leichtfertige Vorurteil muss überwunden werden, wenn die neue soziale Bewegung eine Ausstrahlung bekommen und eine politische Kraft werden will. Denn mit Begriffen ist immer eine sehr weittragende Praxis verbunden, und die Art und Weise, wie über einen Sachverhalt gedacht wird, ist entscheidend dafür, wie man mit diesem Sachverhalt umgeht [...]“ Rudolf Wassermann schrieb schon vor mehr als 20 Jahren in seinem Buch über die Zuschauerdemokratie, dass der Kampf um die Macht ein Kampf um Begriffe sei. Und 2006 hieß ein Vortrag von Oskar Lafontaine zum Thema der Manipulation in der Politik: „Wir wollen klare Begriffe haben“***.

Wichtig ist hier vor allem, dass der Begriff nicht das ist, was wir schon begriffen haben, also ein fertiges Produkt oder eine vorgegebene Definition, sondern etwas, was wir erst zu begreifen haben. Dazu ist kreatives Denken aus allen möglichen Perspektiven erforderlich. „Die Konzentration auf das Denken beziehungsweise auf die Begriffe, die aus der Denkfähigkeit entstehen, bewirkt eine Erkräftung dieses Denkens und macht die Verbindung mit der geistigen Welt immer bewusster.“**** Ein der Bewusstseinseele adäquates Denken ist ein Denken in offenen Begriffen, die nicht von der Vergangenheit geprägt sind. Neue Begriffserfahrungen müssen zugelassen werden. Die Frage lautet: Was will sich aus mir heraus gestalten? Begriffe sollen das Leben nicht interpretieren, sondern das Leben schaffen. Denken schafft Realität. Gedachte Zukunft muss ein frei

tige Führung der Menschheit“, GA 130, und „Der menschliche und der kosmische Gedanke“, GA 151, Rudolf Steiner Verlag, sowie Maurice Le Guernic: „Die 12 Weltanschauungen. Ein platonischer Dialog“, Triskel Verlag, 2005, „Die 12 Weltanschauungen und die griechischen Philosophen“, Triskel Verlag 2006, oder Lars Grünewald: „Zwölf Weltanschauungen und ihre Anordnung in zwei Kreissystemen“, Verlag Mölmann, 2001.

* A.a.O.

** Joseph Beuys und Wilfried Heidt: „Aufruf zur Alternative“ in: „Für eine Welt nach dem Maß des Menschen - ein Lesebuch“, Achberger Verlag 2006 (S.54). Siehe auch: <http://www.ig-eurovision.net/lesebuch2006.htm>

*** Oskar Lafontaine: „Wir wollen klare Begriffe haben“: http://www.linkspartei-berlin.de/partei/parteitage/10_landesparteitag/basiskonferenz/beitraege/lafontaine/

**** Floryde, a.a.O.

gestalteter Aufwachprozess sein, also etwas anderes als die hochgerechnete Vergangenheit.

Die meditativ-tetraedrische kreative Grundübung

Zur Förderung dieser Art des Denkens hat sich die „Meditativ-Tetraedrische Kreativitätsübung“ als hilfreich erwiesen. Diese sogenannte „MTK-Übung“ möchte vor allem das kreative Umgehen mit Perspektiven an Hand von Begriffen initiieren. Es geht zunächst um Bewusstseinsbildung mittels eines tetraedrischen Basis-Modells. Man stelle sich einen Tetraeder vor***** mit einem beliebigen Begriff als Spitze des Tetraeders. Was stellen die drei Seiten des Tetraeders dar? Statt bipolares Denken ist dreidimensionales Denken gefragt. Was kann die Basis, also das Vierte sein? Hat sie mit dem noch Unsichtbaren, dem noch zu Entdeckenden zu tun? Als seien wir menschliche Computer, deren Programmiersprache nur die 1 und die 0 kennt, so lernen wir von klein auf, allzu oft nur die Polarität „richtig-falsch“ anzuwenden. Umwege und Fehler und ihre Lernmöglichkeiten haben da nur wenig Platz. Gibt es ein Drittes, so sehen wir oft nur die Mitte, das Mittelmaß, also neben Schwarz und Weiß eine Graustufe. Es gilt nun die Augen und das Herz für das „kreative“ Dritte oder gar das „farbige“ Vierte zu öffnen. Was gibt es unter der Basis des Tetraeders zu entdecken? Was eröffnet sich in dem Falle, wo das Tetraeder auf der Spitze steht und die Basis nach oben zeigt? Würde das Tetraeder ein Menschenseele darstellen, könnte dies der noch unbewusste „Schatten“ oder das zu erforschende „Transpersonale“ sein.

Mit einem Tetraeder kann man würfeln. Man kann es kippen oder rotieren lassen. In diesen Fällen sieht es noch gleich aus - und trotzdem ist die Perspektive nicht mehr die Gleiche. Nummeriert man die Seiten des Tetraeders, wird dies sichtbar. Aus jeder Ecke ist die Perspektive eine andere. Richtig und falsch gibt es hier nicht mehr. Jede Ecke des Tetraeders kann wieder als Tetraeder vorgestellt werden. Dies stellt eine Detailansicht dar. Man kann auch mehrere Aspekte des Tetraeders auf diese Weise denken und vergleichen. Oder man kann die gefundenen Antworten mit denjenigen eines anderen Menschen oder einer Gruppe vergleichen. Zuhören und vor allem die eingenommene Perspektive immer wieder loslassen ist gefragt.

Anwendung der Übung im sozialen Kontext

Nehmen wir zwei Beispiele aus der Praxis der Sozialarbeit, d.h. der beruflichen und sozialen Integration und deuten erste mögliche Übungsschritte an: „Berufliche Integration“ (Tetraederspitze) in dem heutigen meist üblichen Arbeitszusammenhang, verlangt meistens drei Grundvoraussetzungen: individuelle Fähigkeiten, die Präsenz am Arbeitsplatz und der Einsatz der Fähigkeiten. Denken, Fühlen und Wollen sind angesprochen. Die vierte „versteckte“ Seite des Tetraeders könnte für den „vernebelten“ Geldbegriff in Form von Lohn stehen, der die Ursache dafür ist, dass heutzutage die Arbeits- und die Einkommensfrage meist unglücklich verknüpft sind und so die Arbeit des „Arbeitnehmers“ (eigentlich der „Gebende“) zur Ware degradiert wird.

***** siehe: <http://www.mtk.lu/tetraeder.html>

„Soziale Integration“ (Tetraederspitze) umfasst das psycho-soziale, das institutionelle und das professionelle Umfeld. Zu diesen kann der soziale Begleiter der Mediator sein. Der Mensch steht im Mittelpunkt von Kultur, öffentlich-rechtlichen Institutionen und der wirtschaftlichen Realität. Wäre nicht gerade das im Rundbrief oft besprochene bedingungslose Grundeinkommen* das „dienende (vierte) Element“, welches der sozialen und beruflichen Integration einen entscheidenden Anstoß geben könnte? So langsam tritt die Idee aus dem „Schattenbereich“ heraus (Tetraederbasis).

Weitere Übungsansätze

Zum Üben der flexiblen kreativen Denkfähigkeit kann man zusätzlich die Beschäftigung mit Kaleidozyklen** empfehlen oder Umstülpungsüberlegungen als dynamisches Prinzip zum Verständnis der Dreigliederung des Sozialen Organismus, wie sie Johannes Stüttgen entwickelt.*** Weiter können zu dem gleichen Zwecke Texte zu verschiedenen Aspekten der Dreigliederung dienen, wie die von Karl Heyer, Hans Kühn, Dietrich Spitta oder Rudolf Steiner selbst, wobei man aber hierbei aktiv danach trachten muss, vereinfachende Analogien oder ins Leere führende rigide schematische Denkvorgänge zu vermeiden.**** -

Nochmals Athys Floride: „Im Bereich des Schulungsweges zeigt uns dieses Wort ‚Üben‘, dass es die beiden Richtungen: Befruchtung (Landwirtschaft), Keime säen, Früchte (Fähigkeiten) entwickeln einerseits und die sakrale Handlung (Weg zur geistigen Welt) andererseits umfasst“.*****

II.

Tetraedrisches Modell des Menschen im sozialen Organismus

Das tetraedrische Modell des Menschen

Man stelle sich einen Tetraeder vor. Von seiner Basis aus stülpe man es über seine Spitze, so dass beide zusammengedacht ein Doppeltetraeder bilden, das sich mit den jeweiligen Spitzen berührt. Über dem Doppeltetraeder stelle man sich eine Kugel vor. Diese Vorstellung soll nun als „Grundmodell des Menschen dienen.

* Vergleiche das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mathäus 20) und <http://www.mtk.lu/bedingungsloses-grundeinkommen.html>

** Im einfachsten Falle versteht man unter einem Kaleidozyklus einen Ring aus einer geraden Anzahl von Tetraedern. Siehe: <http://www.mathematische-basteleien.de/kaleidozyklen.htm>

*** Johannes Stüttgen: „Der plastische Umstülpungsvorgang“, FIU-Verlag 1993

**** Karl Heyer: „Dreiheiten und Dreigliederung“, in „Die Dreigliederung des sozialen Organismus als Aufgabe Europas im 21. Jahrhundert“, Edition Medianum, 2000 (S.177-189); Hans Kühn: „Dreigliederungszeit“, Verlag am Goetheanum 1978; Dietrich Spitta: „Der soziale Organismus als siebengliedriger Tempelbau“ in „Mitteilungen aus der anthroposophischen Arbeit in Deutschland“, 35. Jg. Heft 3 Nr. 137, Michaeli 1981; Rudolf Steiner: „Von Seelenrätseln“ GA 21 (Anhang 6), Rudolf Steiner Verlag (S. 222ff.)

***** Floride, a.a.O.

Zweidimensional betrachtet, sieht die Figur wie ein großes X aus, mit einem Kreis darüber.***** Dieses Modell erinnert an den „vitruvianischen Menschen“, wie ihn Leonardo da Vinci gezeichnet hat: zwei Arme ragen gegen den Himmel und er steht mit gespreizten Beinen auf der Erde. Das dreidimensionale Bild erinnert auch an einen Kelch. Man könnte ihn als den „inneren Gral“ bezeichnen, den jeder Mensch während seines irdischen Lebens in sich verwirklichen kann. Dies als Symbol des inneren transpersonalen Kerns, des Potentials, das jeder Mensch während seiner Inkarnation entfalten kann. Die Kugel (der Kreis) repräsentiert das Ich des Menschen***** als den Mittler zwischen dem Irdischen, dem Geistigen und dem Absoluten, den Übergang zu den spirituellen Aspekten der Wirklichkeit und dem höheren Ich (Überbewusstsein). Das obere Dreieck des oberen Tetraeders stellt die Zirkulation des Bewusstseins als Diener des Ichs dar.*****

Schauen wir uns die modellhafte Figur etwas genauer an. Das untere Tetraeder zeigt das soziale Beziehungsnetz des Menschen, seine Verankerung im Außen, im sozialen Organismus, das obere Tetraeder seine Verankerung im Inneren, in seiner Seele. Die drei Tetraederkanten des oberen Tetraeders stellen die individuellen Seelenkräfte, das Denken, das Fühlen und das Wollen dar. Die Kanten des unteren Tetraeders stehen für das kulturelle, das staatliche und das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft. Die drei Eckpunkte des Basisdreiecks repräsentieren die sichtbaren Aspekte dieser Bereiche, z.B. Schulen, Parlamente oder Fabriken. Zwischen ihnen zirkuliert das Geld.***** Die Tetraederseitenflächen, die

***** siehe: <http://www.mtk.lu/tetraeder.html>

***** Dazu drei Zitate: Otto Neeracher: „Der göttliche Dreiklang. Das Trinitarische der Welt in Wissenschaft, Kunst und Religion“, Verlag am Goetheanum 1995 (S.31): „Mineral-, Pflanzen- und Tierreich sind in verschiedenen Weltaltern stehengeblieben, die der Mensch durchschritten hat, um in der Erdzeit denjenigen Leib zu erhalten, der in der Lage ist ein ‚Ich‘ aufzunehmen, als das Vierte, das darüber dominiert [...]“. Rudolf Steiner: „Die Geheimwissenschaft im Umriss.“ GA13, Rudolf Steiner Verlag (S.67): „Der Gott, der im Menschen wohnt, spricht wenn die Seele sich als Ich erkennt.“ Rudolf Steiner: „Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie.“ GA 121, Rudolf Steiner Verlag (S.99): „Wenn sie alle geometrischen Figuren durchgehen, werden sie keine finden, die dem Zusammenwirken im Sinne des Gleichgewichts so genau entspricht, wie das gleichseitige Dreieck. [...] Die Taten des Ich in dem Menschen bedeuten nichts anderes als das Schaffen eines tätigen, eines aktiven Mittelpunktes in der Menschennatur, wodurch dieser Gleichgewichtszustand von innen heraus vorbereitet werden kann. [...] Es wird dadurch wahrhaft ein viertes Element erzeugt zu den drei vorhergehenden, und dieses vierte Element ist das Element der Liebe.“

***** Den inkarnierten Menschen kann man sich auch als Teileiner hierarchischen Tetraederkette vorstellen. Auf der Basis des oberen Tetraeders des Doppeltetraeders steht der nächste Doppeltetraeder mit seiner Basis und so fort. Man kann das Bild wie folgt zu Ende denken: Das Doppeltetraeder, das den Menschen darstellt, steht auf einer leichten Rundung, als Symbol seines aufrechten Standes auf der Erdoberfläche. Ob er das untere Ende der Kette darstellt oder nicht, soll hier nicht weiter erörtert werden. Die Tetraeder oberhalb des Menschen können die geistigen Hierarchien, die Bereiche der Ideen, der Imagination, Inspiration und Intuition oder der Ideale wie „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ darstellen, kurz die transpersonalen Bereiche des höheren Bewusstseins. Wenn der Mensch sich ihnen öffnet, können sie ihn inspirieren. Das oberste Tetraeder der Kette, Repräsentant der Dreifaltigkeit Gottes, mündet in einen Kreis, der die ganze Kette umschließt und das Absolute symbolisiert.

***** Wie man das Geld als Kreislaufwesen des Ganzen in gesunder Form denken kann und wo die Banken dabei ihren Platz haben, kann man bei Wilhelm Schmudt nachlesen: „Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt“, FIU-Verlag 1977; „Erkenntnisübungen zur Dreigliederung des sozialen

einander berühren, stellen die Beziehungsebenen der verschiedenen Aspekte dar.

Die Mitte des Doppeltetraeders*, die sich berührenden Spitzen, stelle man sich als den physisch-ätherischen Organismus des Menschen vor, als Ergänzung der hier besprochenen seelisch und sozialen Dimensionen. Dieser Punkt deutet an, dass das materiell Sichtbare nur ein kleinster Teil der Realität ist, wie die moderne Physik längst erkannt hat. Diese Mitte könnte man sich wieder in seinen Details als Tetraeder anschauen (siehe „MTK-Übung“), worauf wir aber hier nicht näher eingehen wollen, obschon es lohnend ist, wie Christoph Strawe schreibt: „Das Studium des menschlichen Organismus ist eine Schule der Verlebendigung des Denkens, die uns hilft, das Soziale bewusster zu durchdringen und uns verständnisvoller in das soziale Leben einzubringen.“**

Viergliederung des sozialen Organismus?

Steht das untere Tetraeder mit seinen vier Seiten nun für eine Viergliederung des sozialen Organismus? Die vierte Tetraederseite, also die Basis des Tetraeders, die seiner Spitze gegenüber liegt, ist keine übergeordnete Instanz, sondern eine Ausdifferenzierung der Sicht des Menschen auf sich selbst in seiner sozialen Umgebung. Er sieht sich in der Mitte des sozialen Organismus mit seinen drei Gliedern. Hier muss er praktisch versuchen den adäquaten Ausgleich zwischen diesen Gliedern zu finden. Neben dem inneren Dialog (oberes Tetraeder) geschieht dies durch den Dialog mit den andern Bürgern mit denen er die Zukunftsgestaltung zu verantworten hat. Dies ist kein zusätzliches Glied der Gesellschaft, sondern der „Kunst-Raum des gemeinschaftlichen Austausches der Iche“, von dem aus die drei Gesellschaftsglieder inspirierend bereichert werden können. Neben der Kommunikation spielen Sprache und Vertrauen hier eine wichtige Rolle. Wie schon angedeutet liegt in diesem Bereich noch viel im Nebel und ist noch nicht zu vollem Bewusstsein erwacht, sonst wären selbstverwaltete Kultur, direkte Demokratie oder assoziatives Wirtschaften schon längst Allgemeingut. Die Gespräche und Abmachungen der Vertreter der gesellschaftlichen Institutionen wären sicher auch öfter geistig inspirierter als sie es zur Zeit sind.

Das Modell als Impuls zum Dialog

Das vorgestellte Modell sollte, wie schon bei der meditativ-tetraedrischen Kreativitätsübung, nicht als fertiges Modell angesehen werden, sondern als Basisgerüst für die persönliche Auseinandersetzung und für den lebendigen Dialog mit den verschiedensten Denksätzen, die sich mit Menschenbildern und ihren Folgen

Organismus“, Achberger Verlag 2003; „Wesen und Funktionen des Geldes“, Verlag Freies Geistesleben 1989 (hg. von Stefan Leber, Beiträge von Udo Herrmannstorfer, Wilhelm Schmudt, und Christoph Michael Hofmann u.a.)

* Dass das Doppeltetraeder zwölf Kanten hat (etwa drei materielle, drei soziale, drei seelische und drei geistige?) und sieben Spitzen (die beiden Spitzen in der Mitte vereinigen sich zu einem Punkt) mag das kreative Denken zusätzlich stimulieren.

** Christoph Strawe: „Menschlicher und sozialer Organismus. Über einen Vergleich und seinen Sinn.“ Sozialimpulse, Nr. 1, März 2007; zum Thema des menschlichen Organismus siehe auch Albert Soesman: „Die zwölf Sinne, Tore der Seele“, Verlag Freies Geistesleben, 2003

beschäftigen. Beispielhaft soll hier das vorgestellte Modell zunächst mit den integralen Ideen Ken Wilbers in Zusammenhang gebracht werden.

Der oben bereits erwähnte integrale Ansatz Ken Wilbers unterscheidet vier Aspekte des Bewusstseins und spricht von vier verschiedenen „Quadranten“: die innerlich-individuellen, die äußerlich-individuellen, die innerlich-kollektiven und die äußerlich-kollektiven Aspekte des menschlichen Bewusstseins. Man kann auch von intentionalen, kulturellen, verhaltensmäßigen und sozialen Dimensionen sprechen, die in allen Kulturen auftauchen. Betrachten wir diese grundlegendsten Perspektiven des In-der-Welt-Seins (ich, wir, es und es [plural]) von innen und von außen, so gelangen wir zu acht natürlichen Hauptperspektiven. Laut Wilber ist eine Welt mit bewussten Wesen eine Welt, die sich aus Perspektiven zusammensetzt. Interessante Fragestellungen betreffen die Zusammenhänge von Wilbers „ich“-Perspektive mit dem Geistesleben, seiner „wir“-Perspektive mit dem Rechtsleben und seiner „es“-Perspektive mit dem Wirtschaftsleben (Waren).

Man kann Wilbers Wirklichkeitsdimensionen im Doppeltetraedermodell wiederfinden: Die Basis (kollektiv außen), die drei Kanten des unteren Tetraeders (kollektiv innen), die sich berührenden Spitzen (individuell außen) und die Kanten des oberen Tetraeders (individuell innen). Die obere Seite des oberen Tetraeders ist die Öffnung, die den Zugang zu den transpersonalen geistigen Aspekten der Wirklichkeit ermöglicht. Um die Hauptaspekte der integralen Landkarte Wilbers zu vervollständigen, ist zu erwähnen, dass in Wilbers Theorie jeder Quadrant „Ebenen oder Stufen“ beinhaltet. Dies zeigt, dass sowohl der Mensch, wie auch die Menschheit sich in einer Entwicklung befinden und dies auf verschiedensten „Entwicklungslinien“, wie etwa der kognitiven (z.B. Piaget), der emotionalen (z.B. Goleman), der der Bedürfnisse (z. B. Maslow) usw. Hier sind auch die Teilpersönlichkeiten anzusiedeln, die in ihrer Vernetzung und Auseinandersetzung die Vielfalt des Menschen ausmachen (Seiten des oberen Teils des Doppeltetraeders). Wilbers Typus „männlich-weiblich“ ist in der Mitte des Doppeltetraeders repräsentiert, die „Bewusstseinszustände“ sind Teil der nach oben gedrehten Basis des oberen Tetraeders. Die soziale Relevanz des Ansatzes Wilbers wurde bereits am Anfang des Artikels erwähnt.

Das Modell als Impuls zur individuellen und sozialen Entwicklung

Die verschiedenen Aspekte dieses theoretischen Modells stehen natürlich in der Praxis in wechselseitiger Beziehung und bilden eine Verflechtung mannigfaltiger Rückbezüge und Wechselwirkungen. Interessant ist sicher die Frage, wie meine Aktivitäten in den verschiedenen gesellschaftlich-sozialen Gliedern mit denjenigen meiner Seelenglieder zusammenhängen.

Es wurde schon erwähnt, dass das Modell zum Nachdenken und zum Dialog anregen möchte. Wie aber ist es mit der individuellen Praxis? Was können meine Taten mir persönlich und meinen Mitmenschen bringen, im Sinne des bekannten Mottos „global denken, individuell handeln“?

Was das obere Tetraeder betrifft, kann es hilfreich sein, die verschiedenen Bereiche einer ganzheitlichen individuellen Entwicklung zu betrachten und dazu adäquate Übungsansätze zu finden. Dies betrifft die körperlichen, seelischen und geistigen Bereiche meines Menschseins. Rudolf Steiner hat mannigfaltige Anleitungen gegeben, etwa in Form der Eurythmie, in den Nebenübungen und dem übrigen Schulungsweg.*

Ken Wilber schlägt als grundlegende Module einer integralen Praxis folgende vier Grundmodule vor: Das kinästhetische bzw. physische Modul (Ernährung, anabolische Übungen, Herz/Kreislauf-Übungen, Körperarbeit), das kognitive bzw. mentale Modul (Vision, Wissen, Perspektiven einnehmen, Ausdruck), das psychodynamische bzw. Schattenmodul (Schattenarbeit, Traumarbeit, Innerer Dialog) und das kontemplative bzw. meditative Modul (Formlose Meditation, Meditation mit Formen, Untersuchungen, Gebet, Bewegungsmeditation). Darauf aufbauend könnten im Laufe der Zeit weitere hinzukommen wie das Beziehungsmodul**, das romantisch/sexuelle Modul oder das In-der-Welt-sein-Modul. In diesem Zusammenhang wollen wir das obere Tetraeder nicht weiter erforschen, sondern uns vielmehr dem unteren zuwenden.

Denn eine individuelle Entwicklung, die nicht auch soziale Auswirkungen hat, gerät schnell in eine Sackgasse. Ausgewogenheit ist gefragt, das Eine schließt das Andere keineswegs aus, auch wenn es phasenweise Prioritäten geben mag. Nicht umsonst hat Rudolf Steiner seinen Schulungsweg um Impulse für den sozialen Organismus ergänzt: Soziale Dreigliederung, also „Freiheit im Geistesleben, Gleichheit im Rechtsleben und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben“ als zeitgemäße Fragestellungen.

Wie könnte das untere Tetraeder als Landkarte dienen, um die verschiedenen Glieder einer „sozialen Plastik“ zu erkunden und darauf hin zu einer praktischen Umsetzung zu schreiten?

Damit das zukünftige Zusammenleben der Menschen im sozialen Organismus besser gelingen kann, könnten folgende drei Grundrechte eine sinnvolle Basis seines Mitwirkens in den kulturellen, staatlich-rechtlichen und wirtschaftlichen Bereichen darstellen:***

- ein multi-perspektivistische Bildung
- eine direkt-demokratische Mitbestimmung
- ein bedingungsloses Grundeinkommen

Der Mensch inkarniert sich als ein fähiges und bedürftiges Wesen auf dieser Erde. Die Fähigkeit kann er aber nur für sich und seine Mitmenschen nutzen, wenn sie zu ihrem vollen Potenzial ausgebildet werden. Seine

Ausbildung sollte also vordergründig diesem Zwecke dienen. Dabei sind alle Wirklichkeitsdimensionen zu berücksichtigen: die inneren und äußeren Aspekte, wie auch die individuellen und kollektiven Aspekte eines jeden Phänomens erschließen die umfassende, ganzheitliche Wirklichkeit. Das ist eine wesentliche Basis einer multi-perspektivistischen Sichtweise bei der Grundausbildung des Menschen, wie auch bei der Weiterbildung zur Förderung seiner Entwicklung und seines freien Denkens.

Der ausgebildete Mensch kann seine Fähigkeiten zur Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für das Zusammenleben nur sinnvoll einsetzen, wenn er auf der politischen Ebene auch das Recht hat, direkt-demokratisch mitzubestimmen. Wenn mündige Bürger in dieser oder jener Sachfrage selbst entscheiden wollen, müsste die Informationsfreiheit und ein gleichberechtigter Zugang zu den Medien gewährleistet sein. Es kann zu einem optimalen Umfeld für eine Entscheidung kommen, wenn alle an der Frage interessierten Menschen, inklusive der Experten jeglicher Couleur, miteinander die Vor- und Nachteile der Entscheidung erwägen können. Demagogie hätte da keine Chance mehr.

Eine menschengerechte Wirtschaft hat die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zum Inhalt. Auch in der globalisierten Wirtschaft, wo fast jeder für Andere arbeitet, sollten alle Menschen ihre Fähigkeiten frei assoziativ unter bestmöglichen Bedingungen einbringen können. Damit dies ohne Angst, seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen zu können, möglich ist, sollte jedem Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen zustehen. Alle wirtschaftlichen Produkte und Dienstleistungen beruhen auf der Bearbeitung der Natur und dem Einsatz menschlicher Fähigkeiten, die beide bedingungslos zur Verfügung stehen. Nimmt man die Fähigkeiten der Menschen Ernst, ist das bedingungslose Grundeinkommen dazu der adäquate Kredit.

Die Basiskanten des gesellschaftlichen Tetraeders stellen den Geldfluss dar und hierher gehören Lösungsansätze wie Tauschbörsen und Regiogelder, Konsumsteuer und Steuerzuweisungsfreiheit, Bildungsgutscheine und so manches mehr, was der menschlichen Kreativität entspringen mag.

Was die praktische individuelle Umsetzung angeht, hier einige persönliche Fragebeispiele. Dies betrifft sowohl die Schulung und Anwendung der individuellen Fähigkeiten (im kulturellen Bereich), der Beziehungen im privaten und im allgemeinen (im staatlichen Bereich), die Bedürfnisse im Verhältnis zu denen der Mitmenschen (im wirtschaftlichen Bereich) sowie den gesunden Umgang mit Geld.

Fragen zur zur kulturellen Kante und zur rechtlich-staatlichen Beziehungskante des Tetraeders:

- Sorge ich mich aktiv um Bildung und Weiterbildung und um die Entwicklung meiner Fähigkeiten? Bin ich bereit, von anderen zu lernen?
- Pflege ich meine Beziehungen im Paarbereich, im freundschaftlichen und kollegialen, im familiären und

* Rudolf Steiner: „Anweisungen für eine esoterische Schulung.“ GA245, Rudolf Steiner Verlag; Maurice Le Guerrannic: „Der moderne Einweihungsweg.“ Triskel Verlag 2006

** Wenn zwei Menschen eine Beziehung eingehen, ist dies die kleinste Zelle des sozialen Organismus, sei dies als Familienmitglied, Partner, Freund, Kollege, Bekannte(r) oder Mitmensch. Hier kann geübt werden den andern Menschen frei in seinem Denken zu lassen, Abmachungen unter Gleichen zu treffen und sich solidarisch zu verhalten in Bezug auf die jeweiligen Bedürfnisse.

*** siehe: <http://www.mtk.lu/tetraeder.html>

nationalen, im europäischen und weltweiten sowie im universellen Bereich?

- Engagiere ich mich in der Zivilgesellschaft?
- Bevorzuge ich staatliche Lösungen oder nehme ich auch mal die Mühe von Selbstverwaltungsprojekten in Kauf?
- Unterstütze ich Bestrebungen für direkte Demokratie oder finde ich, dass Politiker alles richten sollen, es aber nie zufriedenstellend tun?
- Bin ich politisch oder zivilgesellschaftlich aktiv? Unterschreibe ich Petitionen, auch wenn ich nicht direkt betroffen bin?
- Denk ich darüber nach, dass Arbeit und Einkommen nicht notwendigerweise zusammenhängen müssen, auch wenn es oft so dargestellt wird?
- Kann ich mir ein bedingungsloses Grundeinkommen als sinnvollen Ansatz vorstellen?

Fragen zur wirtschaftlichen Kante und zu den Kanten der Tetraederbasis in Zusammenhang mit Geldthemen:

- Möchte ich mein Geld ohne Leistung vermehren, etwa durch Zinsen und Spekulationen, ohne zu bedenken, dass das, was ich mehr habe, einem anderen fehlt?
- Möchte ich auch manchmal möglichst billig kaufen, ohne mir alle Konsequenzen klar zu machen, etwa ob alle am Produktionsprozess Beteiligten angemessen leben können?
- Bevorzuge ich möglichst neutrales Kaufen mit Rückgabegarantie oder vertraue ich auch Unbekannten in einem Tauschring und mache mir die Mühe, mit ihnen in Kontakt zu treten?
- Bin ich bei einem finanziellen Überschuss bereit, einen Kredit für Fähigkeiten zu gewähren, der mir persönlich keinen direkten Nutzen bringt, aber dem sozialen Ganzen oder einer benachteiligten Minorität?

Den Menschen der Zukunft kann man durch drei Eigenschaften charakterisieren: Einsicht (Bewusstsein), Mitgefühl (Empathie) und die entsprechenden Handlungen (Alltagspraxis). Was verlangt die Zukunft von ihm? Wenn er im Hier und Jetzt die richtigen Fragen stellt, so erhält er aus der Zukunft die Antworten, die es ihm ermöglichen, statt auf mehr Liebe zu hoffen, mehr Liebe („Brüderlichkeit“) zu verschenken. Es geht um meine Liebefähigkeit.

Dazu abschließend Rudolf Steiner: „Was der Mensch in den höheren Regionen des Übersinnlichen erhalten wird, ist nichts, was zu ihm kommt, sondern lediglich etwas, das von ihm ausgeht: die Liebe zu seiner Mitwelt.“*

* Rudolf Steiner: „Wie erlangt man Erkenntnisse der höheren Welten?“ GA 10, Rudolf Steiner Verlag (S. 214)

Termine und Initiativen

Grundlos Boden los: Anders umgehen mit Grund und Boden

Tagung, 17. - 18. Oktober 2008, Berlin

Johannes Mosmann

Der Verein Bewegung für soziale Dreigliederung veranstaltet am 17. und 18. 10. 2008 eine Tagung zum oben genannten Thema. Dabei wollen wir einerseits vor dem Hintergrund der Immobilienkrise Rudolf Steiners Ideen über eine Bodenreform diskutieren, andererseits aufzeigen, welche Möglichkeiten das bestehende Recht bietet, um Grund und Boden jetzt schon der Spekulation zu entziehen - so wie es zum Beispiel die Stiftung trias oder Vivenda bereits tun.

Es wirken mit: Heidjer Reetz, Roland Geitmann, Rolf Novy-Huy, Michael Wilhelmi, Sylvain Coiplet, Mathilde Stanglmayr und Falk Zientz.

Themen:

Wie muss das Eigentumsrecht gestaltet werden, wenn man den Boden aus dem Wirtschaftskreislauf herausnehmen will? - Wie kann der Boden übertragen werden, wenn er nicht verkauft oder vererbt werden soll? // Wann wird die Bodenverteilung zu einer Rechtsfrage? // Wie hängt die Bodenspekulation mit der Finanzkrise zusammen? // - Wie erzeugen die Initiativen die faktische Unverkäuflichkeit der betreuten Grundstücke?

Sowohl die Existenz kultureller Einrichtungen als auch das Recht selber sind bedroht, wenn der Boden zur Ware gemacht wird. Wir wollen die Zusammenhänge herausarbeiten, aber auch am Beispiel von Stiftung trias, Mietshäuser Syndikat und Vivenda prüfen, was jetzt schon praktisch getan werden kann, um den Boden der Spekulation zu entziehen.

Eintritt: Freitag frei, Samstag 15 Euro, ermäßigt 6 Euro.
Veranstaltungsort: aktuelle Informationen unter www.blog.dreigliederung.de, Auskunft und Anmeldung: Bewegung für soziale Dreigliederung e.V., Fehrbelliner Straße 6, 10119 Berlin. Tel.: 030/26305202, E-Mail institut@dreigliederung.de

Führung in der Selbstverwaltung

Ausbildung für Verantwortliche in
Führungs- und Leitungsaufgaben 2008- 2009

Gerhard Herz

Mit dem Begriff Führung wird vielfach noch das Bild der Hierarchie und der charismatischen Führungspersönlichkeit verbunden. Führung wäre demnach eine mitgebrachte und deshalb kaum erlernbare Fähigkeit. Dieser traditionellen Auffassung stellen wir das Bild des entwicklungsfähigen Menschen gegenüber, der kompetent Eigenverantwortung entwickeln und seine Aufgaben im Rahmen institutioneller Selbstverwaltung selbst regeln kann - und will. Wenn Selbstverwaltung als ineffektiv erlebt wird, liegt das an der fehlenden Weiterentwicklung dieser Organisationsform.

Für viele Organisationen ist die Ausbildung ihrer Führungskräfte eine Selbstverständlichkeit. Selbstverwaltete Organisationen verlassen sich demgegenüber oft auf die mitgebrachte Begabung und den sogenannten gesunden Menschenverstand. Es ist aber längst offensichtlich, dass fehlende Kompetenz auf diesem Feld auch in Selbstverwaltungsgemeinschaften zu ineffizienter Organisation, Entscheidungsunfähigkeit und Konflikten führt. Das sind Hinweise auf Schulungsbedarf; die Rückkehr zur hierarchischen Führung wäre der falsche Weg.

Der Kurs „Führung in der Selbstverwaltung“ entwickelt schon über sieben Jahre hinweg zeitgemäße Antworten mit und für Menschen, die Verantwortung in selbstverwalteten Einrichtungen übernommen haben. Das vertiefte Verständnis der Prozesse, in denen Verantwortung erlebt werden kann, die Entwicklung der persönlichen Führungsfähigkeiten und ein geeigneter „Werkzeugkoffer“ fundieren die Selbstverwaltung neu. Die Teilnehmenden stehen entweder bereits in der Verantwortung für eine Aufgabengemeinschaft, oder sie bereiten sich auf eine derartige Aufgabe in Schulen, heilpädagogischen und sozialtherapeutischen Einrichtungen, Kindergärten, Altenheimen, Krankenhäusern oder Werkstätten vor. Die Teilnehmenden erwerben sich ein vertieftes Verständnis von Führung und Verantwortung im Einklang mit Idee und Praxis der Selbstverwaltung, lernen die Gestaltungskräfte und -prozesse einer modernen Aufgabengemeinschaft kennen, entwickeln Gestaltungsfähigkeit für die Realisierung ihres Impulses und klarer Strukturen und Prozesse und stellen sich selbst eine Projektaufgabe, die sie im Kursverlauf bearbeiten:

Inhalte: Führungsverantwortung - Eigenverantwortung: Die Voraussetzungen zur Übernahme von Verantwortung // Das Aufgabenverständnis als verbindliches Leitbild einer Organisation // Das Ganze Verantworten, individuell handeln. Delegation und Repräsentanz // Kompetenz als Grundlage der Verantwortung // Führung und die Bedingungen kollegialer Zusammenarbeit // Motivation und Führung // Offenheit und Führung - Umgang mit Konflikten // Vereinbarung, Vertrag und Führung // Führung im Umgang mit den geistigen und physischen Ressourcen // Aufgabenerfüllung und Wirtschaftlichkeit // Grundlagenarbeit und geistige Führung // Selbstführung und die Führung

anderer // Führung und Entwicklung // Führung zwischen Kontinuität und Erneuerung // Soziales Verhalten und soziale Verhältnisse // Verantwortung für die Aufgabe, Verantwortung für Menschen? // Führung im gesellschaftlichen Spannungsfeld // Personalentwicklung zwischen allgemeinem Arbeitsrecht und individuellem sozialem Wollen // Organbildung in der Selbstverwaltung // Projekt- und Seminauswertung, weitergehende Umsetzung.

Methode: Die Teilnehmer bringen ihre eigenen Praxisfragen mit in die Semingestaltung ein. Als Arbeitsformen werden Referate, Übungen und umsetzungsorientierte Arbeit an Führungsinstrumenten eingesetzt. Zwischen den Seminarblöcken führen die Teilnehmer selbst entwickelte Projekte in ihren Einrichtungen durch, die am Ende gemeinsam ausgewertet werden. Im Verlauf der Kurse hat es sich für die Umsetzung als äußerst fruchtbar erwiesen, wenn aus einer Einrichtung mindestens zwei Verantwortliche teilnehmen. Dem tragen wir durch entsprechende Beitragsreduktion Rechnung. Veranstalter und Dozenten: Hauptverantwortlich für die Kursgestaltung sind Udo Herrmannstorfer und Dr. Gerhard Herz. Als Dozenten wirken u.a. Dr. Michael Ross, Klaus Hilsenbek, Jochen Pucher und RA Herbert Ladwig mit.

Termine, Anmeldeschluss und Kosten: Di - Do, 28. - 30. Oktober 2008, Unterlengenhardt // Mo - Mi, 1. - 3. Dezember 2008, Bingenheim // Mi - Fr, 21. - 23. Januar 2009, Unterlengenhardt // Mi - Fr, 18. - 20. März 2009, Münzinghof // Mi - Fr., 20. - 22. Mai 2009, Unterlengenhardt (evtl. Ortsänderungen vorbehalten). Anmeldeschluss: 1. September 2008. Kosten: EUR 2.500,- pro Teilnehmer + gesetzl. Mehrwertsteuer für 15 Seminartage incl. Kursmaterial. Für einen zweiten Teilnehmenden aus einer Einrichtung halbiert sich die Gebühr auf EUR 1.280 + gesetzl. Mehrwertsteuer. Ein dritter Teilnehmer aus einer Einrichtung bezahlt keine Gebühr, wenn noch freie Plätze vorhanden sind.

Anmeldung und weitere Info: Dr. Gerhard Herz, Institut für Betriebliche Bildung und Unternehmenskultur - IBU, Augsburgstrasse 31a, D-82182 Gröbenzell, Tel. 08142 - 570770, Fax 08142 - 58833, E-Mail: gerhardherz@ibuibu.com.

Die Freie Bildungstiftung - Eine Initiative

Thomas Brunner

„Es kann keiner für den andern wesen und leben,
und ebensowenig denken und wollen.“
Ignaz Paul Vital Troxler

Als nach der Wende 1989 eine weltweite Aufbruchsstimmung nicht nur den Begriff der wirtschaftlichen Globalisierung hervorgebracht und einen wahren Gründerboom im nun aufblühenden „Internetzeitalter“ ausgelöst hatte, sondern auch die Deregulierung und

Entwirtschaftlichung des Staates gefordert wurde und der Begriff der mündig werdenden Zivilgesellschaft auf einmal in aller Munde war, da schien ein wirklicher Fortschritt in vielen gesellschaftlichen Bereichen in gestaltbare Nähe gerückt.

Insbesondere in der Bildungsdebatte wurden für Momente in weiten Kreisen neue Perspektiven ausgebildet, in denen Bildung nicht mehr in der Knechtschaft des staatlichen Monopols unterjocht ist, sondern der Politik die Aufgabe zugesprochen wurde, Wegbereiter einer neuen Bildungsautonomie zu sein. Denn, so wurde argumentiert, „Phantasie und Eigeninitiative sind nicht politisch diktierbar. Doch Politik könnte zur Innovation ermutigen. Die ‚autonome Schule‘, die ihr eigenes Profil erarbeitet, die befreit ist von standardisierten Lernzielen, ihr eigenes Budget verwaltet, wollen inzwischen alle. [...] Schulen, die mit Firmen kooperieren, ein Stadtteil-Café eröffnen, Eltern einbinden, monatelang an einem Musical arbeiten, können nicht gleichzeitig alles mögliche Wissen in ihre Kinder hineinfüllen. Wer Kinder ermutigt, ihren eigenen Fähigkeiten und Interessen nachzugehen, kann am Ende nicht von allen dieselben abfragbaren Lernleistungen erwarten. Zudem weiß heute niemand genau, welche Fertigkeiten und welches Wissen die Menschen künftig brauchen werden.“* Und selbst Vertreter des staatlichen Schulwesens, wie der Berliner Schulleiter Wolfgang Harnischfeger, machten deutlich, dass „bei der Kennzeichnung unserer Gegenwart als Wissensgesellschaft“ leicht übersehen wird, „dass Wissen ohne Bildung auf Dauer eine Gesellschaft seelenlos und inhuman macht.“

Erstaunlicher Weise war diese freiheitlich gestimmte Phase in der Bildungsdebatte allerdings nur von kurzer Dauer, denn schleichend breitete sich spätestens seit der Bildungskonferenz in Bologna 1999 wieder ein rückgewandtes, alles beherrschendes, staatswirtschaftlich orientiertes Denken aus. Die ganze Tragweite dieser neuerlichen Zentralisationsbestrebungen wurde deshalb lange Zeit kaum bemerkt, da nun nationalstaatliches Denken im erweiterten Rahmen der Europäischen Union, also auf höherer Ebene, etabliert wurde. Damit wurde ein schleichender Entmündigungsprozess eingeleitet, wie er in dieser Form in modernen demokratischen Staaten noch nicht vorgekommen ist. Ab dem Jahr 2000 leitete dann die PISA-Studie den vollen Umbau der europäischen Bildungslandschaft im Sinne dieser erweiterten nationalstaatlichen Ausrichtung ein.

Durch diese Politik wurde die gesamte Bildung in den Strudel einer Vermengung von Staats- und Wirtschaftsinteressen gezogen, der die eigentlich notwendige menschliche Entwicklungssphäre zunehmend zerstört. Der Schüler wird zum „Kunden“, Bildung zur nationalstaatlichen Investition, Allgemeinbildung zusehends durch Fachkompetenz-Orientierung ersetzt, die Abschlüsse werden standardisiert (Zentralabitur, Bachelor, etc.) und der individuelle Mensch zum Objekt des Arbeitsmarktes reduziert. Wie radikal und anmaßend sich dieses Denken mittlerweile gebärdet, zeigt beispielsweise der Vorschlag des Präsidenten der FU-Berlin, Dieter Lenzen, der als Vorsitzender

im „Aktionsrat Bildung“ den „Pflichtkindergarten für 2-Jährige“ fordert, und auf die Frage „Was, wenn Eltern ihr Kind nicht so früh in den Kindergarten geben wollen?“ schlicht antwortet: „Wir haben ja auch eine Schulpflicht, und Möglichkeiten, diese durchzusetzen, wenn Eltern sich verweigern.“

Spätestens der Inhalt und der Tonfall eines solchen Beispiels müsste die Grenzwertigkeit dieser staatsgläubigen Bildungsoffensive erlebbar werden lassen, zumal sich die staatsgebundenen Hochschulinstitutionen angesichts der menschheitlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Klimakatastrophe, expandierende soziale Ungleichheit, drohende Welt-Finanzkrisen, Terrorismus, etc.) sowieso zunehmend in ihrer „Forschung und Lehre“ als ungenügend erweisen. D.h., es müsste immer deutlicher werden, dass die Bildung, gerade um den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden zu können, nicht mehr zentralstaatlich verwaltet werden darf, sondern in die übernationale Verantwortung, d.h. in die zivilgesellschaftliche Verwaltung der Menschen übergehen müsste. Die Befürchtung, dass die Bildung durch größere Autonomie in eine neue Abhängigkeit der Wirtschaft geraten könnte, übersieht, dass gerade die staatliche Bildungsbevormundung den Effekt mit sich bringt, dass wirtschaftliche Interessen federführend werden und eine elitäre Bildungslandschaft entsteht, weil der einzelne Mensch nicht als verantwortlicher Mitgestalter zur Geltung kommen kann. Eine Befreiung der Bildung würde hingegen gerade der Wirtschaft neue soziale Impulse zuführen.

Doch die Zivilgesellschaft, die hier ihre Verantwortung erkennen müsste, schlummert zumeist noch in Träumen des 19. Jahrhunderts, hat noch nicht den Glauben in die Macht des Einheitsstaates überwunden und folgt deshalb noch treu den neuen ideologischen und staatlichen Gerechtigkeitsutopien und Wirtschaftskonzepten. Ein wirkliches Selbstverständnis hat sie bis heute nicht ausgebildet. Das heißt, „was längst überfällig ist, wäre eine breite und offene Diskussion über die Bildung in Bezug auf Mensch und Gesellschaft“, wie es jüngst Udo Herrmannstorfer auf den Punkt brachte.**

Doch woher soll diese Diskussion impulsiert werden? Wer soll sie anregen, wenn sie nicht wieder nur ein konventionelles Politiker- und Fachgelehrten-Gerede hervorbringen oder in unfruchtbarem Lobbyismus versinken soll? Doch wohl nur ein sich befreiendes Geistesleben selbst, d.h. eine Geisteslebens-Bewegung, die den „unmittelbaren Menschen“ wieder in den Mittelpunkt zu stellen vermag, denn „zur sozialen Neugestaltung gehört nicht nur ein guter Wille, sondern auch der Mut, welcher dem Unglauben an die Kraft des Geistes sich entgegenstellt. Diesen Mut kann eine wahre Geistesauffassung beleben; denn sie fühlt sich fähig, Ideen hervorzubringen, die nicht allein einer inneren Seelenorientierung dienen, sondern die, indem sie entstehen, schon Keime der praktischen Lebensgestaltung in sich tragen.“***

** Vgl. Sozialimpulse, Heft 3/2007.

*** Rudolf Steiner: Geistesleben, Rechtsordnung, Wirtschaft. In: GA 24, S. 247.

* Die Woche, Nr. 39 / 22. September 2000, Titelseite

Diese hier skizzierten Erkenntnisse waren leitend, als sich ein Kreis von Menschen (WissenschaftlerInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen, KünstlerInnen, TherapeutInnen, StudentInnen und Eltern) zur Initiative der Freien Bildungsstiftung zusammen fand. Der Grundimpuls der Freien Bildungsstiftung liegt darin, Bedingungen zur Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses zu schaffen, um die Bildungsdebatte überhaupt wieder zu entdogmatisieren und zu einem wirklich öffentlichen, zivilgesellschaftlich getragenen Diskurs zu erweitern, in dem die Stimme des einzelnen individuellen Menschen wieder ihre volle Gültigkeit erhält. Denn die Fragen der Bildung, der Kultur und des gesamten sozialen Lebens sind Fragen, die alle Menschen unmittelbar betreffen, die also nicht der Abstraktion staatlicher Verwaltung und wirtschaftlicher Kalkulation überlassen werden dürfen.

Diese Aufgabe verfolgt die Freie Bildungsstiftung unter anderem: durch die Durchführung öffentlicher „Bildungsforen“ // die Vernetzung freier zivilgesellschaftlicher Bildungsinitiativen // den Aufbau einer Stiftungsgesellschaft zur Förderung freier individueller Begegnungen und daraus hervorgehender gesellschaftlicher Innovationen // die Unterstützung und Mitwirkung an Projekten, die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen und Initiativen des Geisteslebens vermitteln // die Förderung einer freien wissenschaftlichen Grundlagenforschung zu Fragen der Bildung, Kultur und des sozialen Lebens.

Gedacht ist die Freie Bildungsstiftung als ein öffentliches und in gewisser Weise „neutrales“ Organ, woran sich die verschiedensten Individualitäten mit ihren Initiativen anschließen können, um durch gegenseitige Wahrnehmung und Zusammenarbeit die Kräfte zu potenzieren. Das Besondere der Initiative der Freien Bildungsstiftung liegt darin, dass nicht von bestehendem Geldkapital ausgegangen und nun ein spezifischer Stiftungszweck damit verbunden wird, sondern primär ganz aus dem Geistesleben heraus der Moment des „Sinn-Stiftens“ im Mittelpunkt steht. Deshalb braucht die Freie Bildungsstiftung im Grunde auch nur soviel Geld, dass sie angemessene Kommunikation und Begegnung ermöglichen kann - die eigentlichen assoziativen Beziehungen zwischen Wirtschafts- und Geistesleben sollen angeregt, aber nicht zentral verwaltet werden (denn sonst hätten wir in der Tendenz wieder staatsähnliche Strukturen).

In Zusammenarbeit mit der GLS Treuhand e.V. wurde ein gemeinnütziges Aufbaukonto eingerichtet, um einerseits mit dem Aufbau des Stiftungskapitals beginnen und andererseits bereits Projekte durchführen zu können.

So können Sie mitwirken: durch Teilnahme an Veranstaltungen der Freien Bildungsstiftung // durch ideelle und tatkräftige Mitarbeit // durch eine Spende für die laufende Arbeit oder ein spezifisches Projekt // durch eine Spende zum Aufbau des Stiftungskapitals. Bankverbindung: GLS Treuhand e.V., Kto. Nr. 13 022 710, BLZ 430 609 67, Verwendungszweck: 41050 Freie Bildungsstiftung, Die Mitglieder des Initiativkreises sind: Stefan Böhme (Berlin), Thomas Brunner (Cottbus),

Corinna Gleide (Eberbach), Ralf Gleide (Eberbach), Stefan Grimm (Cottbus), Thomas Keil (Chemnitz), Maria Kleo (Cottbus), Cornelia Lehmann (Cottbus), Ulja Novatschkova (Berlin), Sascha Scholz (Erfurt), Clara Steinkellner (Wien), Philipp Tok (Dornach), Hans Wolkers (Cottbus).

Nähere Auskunft: Clara Steinkellner, Rothenhofgasse 41/36, A-1100 Wien, 0043 (0) 699 - 8140 9959. Thomas Brunner, Kahrener Hauptstr. 19, 03051 Cottbus, 0355 - 488 7480, kontakt@freiebildungsstiftung.de, www.freiebildungsstiftung.de.

Geld, Klima, Engagement

Die International Summer School „Social Banking: Profit for People and Planet“ vom 27. Juli bis 01. August 2008 in Dänemark

„Social“ und „Banking“? Warum ist es wichtig, dass Bank- und Finanzdienstleister an einer nachhaltigen Entwicklung mitwirken? Wie können wir Geld so einsetzen, dass dieses vor allem den Menschen und der Umwelt zu Gute kommt? Welche konkreten Möglichkeiten haben wir als Bank, als Mitarbeiter oder als Kunde?

Diese Fragen werden auf der International Summer School 2008: „Social Banking: Profit for People and Planet“ vom 27. 07. - 01. 08 2008 bei Århus in Dänemark diskutiert. Die Summer School gibt interessierten und engagierten Menschen einen umfassenden Überblick über Bedarf und Angebot des sozial orientierten Bank- und Finanzwesens. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen bekommen die Möglichkeit, die Themen mit erfahrenen Vortragenden aus Praxis und Wissenschaft zu diskutieren und können relevante Fähigkeiten in dem Bereich erwerben. Organisiert wird die Summer School vom Institute for Social Banking, Bochum, in Kooperation mit der Merkur Bank, Dänemark.

Mehr Informationen zur nächsten Summer School und zum Ausbildungsangebot des Institute for Social Banking finden Sie unter www.social-banking.org. Kontakt: Dr. Sven Remer, Christstraße 9, 44789 Bochum, Tel: 0234 - 5797-185. E-Mail: info@social-banking.org

Veranstaltungen im forum 3 Stuttgart

Kontrovers: Impulse der sozialen Dreigliederung im 20. und 21. Jahrhundert

Vortrag und Gespräch mit Dr. Christoph Strawe. Freitag, 4. Juli, 20.00 Uhr, Gymnasiumstr. 21

Der Arbeitsansatz der „sozialen Dreigliederung“ ist 90 Jahre nach der Begründung durch Rudolf Steiner

immer noch weitgehend unbekannt. Dies, obwohl Dreigliederungsmotive in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen 1989 und seit 1999 eine Rolle spielen. Was ist der Kern sozialer Dreigliederung? Stimmen jüngst vorgebrachte Argumente, es handele sich nicht um den Versuch, kulturelle Freiheit, partizipatorische Demokratie und solidarische Ökonomie herbeizuführen, sondern um einen Trick zur Etablierung elitärer Macht? Ist die Verbindung mit der Anthroposophie für die Dreigliederung zur Belastung geworden? Was kann dieses Konzept zur Lösung der konkreten sozialen Probleme des 21. Jahrhunderts beitragen? Der Abend soll zur Aufklärung über diese Fragen beitragen. Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

Klimawandel und Erdbewusstsein - Geistige Aspekte für eine ökologische Krise

**Vortrag und Wahrnehmungsübungen mit
Wolfgang Schneider, Geomant, ANIMA LOCI
Quedlinburg. Freitag, 11. Juli, 20.00 Uhr**

Der Klimawandel ist Realität geworden. Unser Handeln in den nächsten Jahren entscheidet über die Zukunft des Menschen und der Erde. Ein grenzenloser Materialismus führte zu dieser ökologischen Krise. Zur ihrer Bewältigung ist eine Erweiterung des Bewusstseins erforderlich, die auch das Geistige umfasst. Erst die Entwicklung eines Verständnisses einer lebendigen Erde ermöglicht dem Menschen, die Krise zu bewältigen. Die Erde selbst kommt hier durch die Entfaltung neuer Bewusstseinskraft dem Menschen entgegen.

Der Geomant Wolfgang Schneider berichtet von seinen Erfahrungen dieser Erdkräfte und möchte diese in Wahrnehmungsübungen erlebbar machen. Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

Sawubona - Wir sehen. Die Erde, unsere Ahnen und die geistigen Mächte

**Vortrag und Gespräch mit Orland Bishop,
Shade Tree Multi-Cultural Foundation,
Los Angeles, USA. Samstag, 19. Juli, 20.00 Uhr**

Der Zulu-Gruß „Sawubona“ bedeutet: „Wir sehen Dich!“. Denn durch unsere Augen blicken nicht nur wir selbst, sondern auch die Erde, unsere Ahnen und die geistigen Mächte. Sawubona drückt Dank dafür aus, dass wir uns begegnen und ist gleichzeitig eine Einladung, miteinander einen Weg zu gehen. Wenn wir solche Beziehungen zueinander finden, denen wir uns in Freiheit widmen können, dann wächst aus ihnen Vertrauen, das uns gemeinsam trägt und eine Grundlage für eine bessere Zukunft bilden kann.

Orland Bishop vereint ein tiefes Engagement für die Menschenrechte und kulturelle Erneuerung mit umfangreichen Studien der Medizin, Naturopathie, Psychologie und indigener Kosmologie. Er wird aus seinen spirituellen Einsichten darstellen, mit welchen Fragen und Hoffnungen die geistigen Mächte, unsere Ahnen und unsere Erde auf uns Lebende blicken.

Engagement und Bewusstsein '08

**Zwei Wochen intensives Training für junge
Menschen mit Orland Bishop, USA, und
Nicanor Perlas, Philippinen. 20. Juli - 1. August**

Werde, der Du bist

Bewusstsein und Wirklichkeit - Eine Woche mit Orland Bishop

Durch unterschiedliche Übungen und Aktivitäten, durch Begegnung und Gespräche soll ein Bewusstsein für die eigene und gemeinsame Wirklichkeit entstehen. Ein tiefer Einblick in die eigene Person, deren Potenzial und Fähigkeiten kann helfen, die eigene Aufgabe in dieser Welt klarer zu erkennen und einen Zugang zu den Kräften des Herzens zu finden. Moderne Wege der Einweihung, Mentoring und die authentische Begegnung mit dem Anderen und der Welt sind Kernthemen von Orlands Arbeit und der gemeinsamen Woche.

Sei, der Du wirst

Engagement mit Wahrhaftigkeit - Eine Woche mit Nicanor Perlas

Das Finden der eigenen Initiative und deren Umsetzung braucht die Fähigkeit des Visionierens, ein klares Bild der momentanen Lage der globalen und gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch einen Entwurf einer Gesellschaft der Zukunft.

- Welche Fragen und Aufgaben stellen sich der Zivilgesellschaft heute und in Zukunft?
- Welches Menschenbild braucht es für ein wahrhaftiges Engagement?
- Wie kann ich aus meinem inneren Potenzial wirksam Zukunft gestalten?

Anmeldung und Informationen: www.engage08.de.
Organisation: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart, Tel. +49 711 - 29 11 78, Tel. +49 711 - 4400 749 - 77, E-Mail: engage08@gmx.de



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Hat die Selbstverwaltung eine Zukunft?

Führungsfragen in freien Schulen
(und anderen Einrichtungen in freier
Trägerschaft)

Seminar, Sa/So, 28./29. Juni 2008

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261, D - 34131 Kassel.
Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross
und Dr. Christoph Strawe

Lange Zeit galt im Umfeld freier Schulen die schulische Selbstverwaltung als besonderer Ausweis der Zukunftsfähigkeit. In den Waldorfschulen war man stolz darauf, ohne Direktor auszukommen. Doch inzwischen ist vielfach die Begeisterung einem Gefühl der Verunsicherung in Bezug auf die Sozialgestalt der Schule - und oft auch auf die Grundlagen der Pädagogik - gewichen. Zeitverschwendung, Kompetenzgerangel und schwerfällige Entscheidungsprozesse führen zu Zeitmangel, Erschöpfung, Unverbindlichkeit und Rückzug aus der Kollegiumsarbeit. Zunehmender äußerer Druck und Finanzierungsprobleme verstärken den Eindruck, mit den vorhandenen Organisationsstrukturen immer komplexeren Problemen immer weniger gewachsen zu sein, und führen zum Ruf nach „Führung“.

Die Antwort auf die Frage, um welche Führung es sich handeln soll, ist erkennbar davon abhängig, ob man die unbestreitbaren Krisenerscheinungen dem Selbstverwaltungsprinzip anlastet oder den Unvollkommenheiten der bisherigen Selbstverwaltungspraxis. Die erste Haltung führt letztlich dazu, an die Stelle der Selbstverwaltung wieder Formen hierarchischer Führung zu setzen. Die zweite führt zu der Frage, in welchen konkreten Formen Führung in der Selbstverwaltung entwickelt werden kann, um die Arbeit effizienter und fruchtbarer zu machen. In dem Seminar wird ein Raum zur Bearbeitung dieser brennenden Fragen geboten.

Samstag, 28. Juni 2008

09.30: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15: Selbstverwaltung - ein Modell in der Krise - Die Symptome und ihre Ursachen (Referat Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 12.30: Bearbeitung im Gespräch // 14.00 - 15.00: Schule: System, Unternehmen, Organisation? Welche Sozialgestalt braucht der pädagogische Impuls? (Referat Christoph Strawe) // 15.00 - 15.45: Bearbeitung im Gespräch // 16.15 - 17.15: Führungsaufgaben im Schulorganismus - Herausforderungen hierarchiefreier Zusammenarbeit

(Referat Udo Herrmannstorfer) // 17.30 - 18.30: Bearbeitung von Problemstellungen in Gruppen // 19.30 - 21.00: Selbstverwaltung als Führungsmodell (Referat Michael Ross)

Sonntag, 29. Juni 2008

09.00 - 10.30: Forum: Eltern - Kunden, Teilhaber oder Vertragspartner? // 11.00 - 12.30: Entwicklungsperspektiven der Selbstverwaltung. Gespräch und Schlusswort

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 120 (CHF 200), Gemeinschaftsvollverpflegung EUR 27,50 (CHF 45). Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/Texte_html/HotelsKassel oder auf Anfrage.

Selbsterziehung und Selbstverwaltung Soziale Gemeinschaften als Entwicklungsort

Seminar, Fr, 14. - So, 16. November 2008 -
Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, 60433
Frankfurt am Main. Mit Udo Herrmannstorfer,
Prof. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe.

Selbstverwaltung kann nur gelingen, wenn Aufgabenbewusstsein und Verantwortlichkeit, Können und Gestaltungskompetenz, Kommunikations- und Verabredungskultur gepflegt und die Finanzen in Ordnung gehalten werden. Das erfordert entsprechende Zusammenarbeitstrukturen - in einer Schule zum Beispiel innerhalb eines Kollegiums oder zwischen Eltern und Lehrern. Denn Führung in der Selbstverwaltung beruht nicht auf Herrschaftswissen weniger, sondern auf dem Mitdenken und dem Engagement aller. Und das heißt auch, dass sie abhängig ist von der Fähigkeitsentwicklung jedes Einzelnen.

Selbstverwaltung hat immer auch mit Selbstführung, diese mit Selbsterziehung zu tun. Dadurch, dass Menschen an ihren Aufgaben wachsen, werden soziale Aufgabengemeinschaften zugleich zu Entwicklungsorten für die Beteiligten. Die Beschäftigung mit diesen inneren Aspekten der Selbstverwaltung wird jedoch im Alltag häufig durch die Fülle der Einzelaufgaben zurückgedrängt. Dadurch drohen Impulse zu verflachen oder gar durch Normen ersetzt zu werden. Immer wieder bedarf es der gemeinsamen vertiefenden und erneuernde geistige Arbeit an den Grundlagen und des Bemühens

jedes Einzelnen, sich selbst immer besser zu schulen. Nur so gelingen gegenwartsgemäßes Handeln in der Selbstverwaltung, die Gestaltung des Verhältnisses von Einzelnen und Aufgabengemeinschaft und die Ver-menschlichung der Arbeit. Das Seminar bietet Raum zur intensiven Auseinandersetzung mit diesen Fragen.

Freitag, 14.11.

19.30: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Soziale Menschen - soziale Verhältnisse? (Vortrag Udo Herrmannstorfer mit Aussprache)

Samstag, 15.11.

9.30 - 11.00: Führungs- und Verantwortungsfähigkeiten in der Selbstverwaltung (Vortrag Dr. Christoph Strawe) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Degeneration und Regeneration in Verbänden und anderen institutionsübergreifenden Kooperationsformen (Vortrag Prof. Harald Spehl) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Mit den Aufgaben über sich hinauswachsen - Die „zwölf Tugenden“ (Vortrag Udo Herrmannstorfer)

Sonntag, 16.11.08

9.00 - 10.30: Wege der Selbsterziehung - Soziale Gemeinschaften als Entwicklungsort (Forum mit allen Referenten) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 140 (CHF 240), Gemeinschaftsvollverpflegung zusätzlich EUR 22 (CHF 35)

Organisatorisches

Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67. (Bitte Name und Veranstaltung vermerken). Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen.

Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten nach Möglichkeit nur im Einzelfall. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch der Rücksprache.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, D - 70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

Studiengang Sozialentwicklung

Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse - Sozialqualifizierende berufsbegleitende Ausbildung

Das zweijährige Studienangebot richtet sich besonders an Verantwortungsträger in alternativen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte. Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer (Dornach), Mag. Friedrich Platzer (Wien), Dr. Michael Ross (Berlin), Prof. Dr. Harald Spehl (Trier/Mainz), Dr. Christoph Strawe (Stuttgart).

Ein neuer Durchgang hat Februar 2008 begonnen. Bei Interesse an der Teilnahme an einem weiteren Durchgang, der voraussichtlich Ende 2009 oder Anfang 2010 beginnen würde, wenden Sie sich bitte an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart, Tel. 0711 - 23 68 950, Fax 0711 - 23 60 218, E-Mail: Institut@sozialimpulse.de

Themen

1. Studienjahr

Arbeitswoche: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminare Fr/Sa:

Grundlagen und Bedeutung der Selbstverwaltung im sozialen Organismus

Von der Organisation zum Organismus: (Gliederung, soziale Lebensprozesse und Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens
Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung

2. Studienjahr

Arbeitswoche: Sozialgestaltung und Menschenverständnis - Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminare Fr/Sa:

Die Neuordnung des Geldwesens

Individualität und Staat I: Der Vertrag als Quelle modernen Rechts

Individualität und Staat II: Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

In Entwicklungen denken (Nachhaltige Entwicklung)

Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

Abschließende Intervision der TeilnehmerInnen